

Das Parlament

Berlin, Montag 25. März 2013

www.das-parlament.de

63. Jahrgang | Nr. 13/14 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Gegen die Verklärung

Bernd Neumann Er gehört zu den politisch ganz Erfahrenen im Merkmals Kabinett: Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und



Medien präsentierte am Freitag vor dem Bundestag den Regierungsbericht zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Das mehr als 250-seitige Konvolut gut zwei Jahrzehnte nach der Einheit ist Produkt jahrelanger Fleißarbeit unter Federführung Neumanns. Dazu haben etliche Ressorts, Länder, Gedenkstätten und Initiativen beigetragen. Die DDR-Aufarbeitung ist eine der vielen Aufgaben im Zuständigkeitsgeflecht des Kultur-Staatsministers. Seit 2005 bekleidet der 71-Jährige, das „Gesicht“ der Bremer CDU, 25 Jahre im Bundestag und früherer Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, dieses Amt. Einer „Verklärung“ der kommunistischen Diktatur entgegenzuwirken, ist Neumann besonders wichtig. kru

ZAHLE DER WOCHE

2,918

Millionen Anträge auf private Akteneinsicht sind seit Gründung der Stasi-Unterlagenbehörde eingegangen. Diese Zahl nannte Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, in seinem elften Tätigkeitsbericht, der jetzt Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) übergeben wurde. Der Bericht betrifft die Jahre 2011 und 2012.

ZITAT DER WOCHE

»Wir brauchen eine Ehrenpension für SED-Opfer.«

Wolfgang Wieland, Bündnis 90/Die Grünen, in der Debatte des Bundestags am Freitag über die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Löhne Verdienststücke zwischen Männern und Frauen soll geschlossen werden Seite 6

KULTUR UND MEDIEN

Medienworkshop Junge Journalisten besuchen den Bundestag Seite 7

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Hightech-Strategie Innovationsinitiativen der Regierung werden gebündelt Seite 11

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Anlagebetrug Wie geschlossene Fonds zur Falle werden können Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Die Schatten einer Diktatur

SED-UNRECHT Bundestag debattiert über Stand der Aufarbeitung fast 24 Jahre nach dem Mauerfall

Ein Schlusstrich unter das begangene Unrecht kann und wird es nicht geben.“ Dieser Aussage von Kultur-Staatsminister Bernd Neumann (CDU) zum Auftakt der Bundestagsdebatte über die Aufarbeitung der SED-Diktatur am vergangenen Freitag konnten die Vertreter aller Fraktionen noch zustimmen. Doch die Aussprache förderte ebenso gravierende Meinungsunterschiede zutage: Im Zentrum stand die Frage nach der Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde (BSTU). Deren Grundlage läuft Ende 2019 mit der Gültigkeitsdauer des Stasi-Unterlagengesetzes aus. Wie es danach weitergehen soll, ist bislang jedoch noch nicht geklärt.

Neumann zog eine positive Bilanz aus der über 20-jährigen Aufarbeitung der SED-Diktatur. Der entsprechende Bericht der Bundesregierung (17/12115) dokumentiere in „beeindruckender Weise“ die Leistungen der Aufarbeitung. Die Bundesregierung habe das Gedenkstättenkonzept zur nationalsozialistischen und kommunistischen Diktatur auf deutschem Boden im Jahr 2008 weiterentwickelt und die Finanzmittel dafür um 50 Prozent erhöht. Der Bund stelle jährlich 100 Millionen Euro für die Aufarbeitung der SED-Diktatur zur Verfügung, sagte Neumann. Er räumte zugleich ein, dass die vorgelegten Studien über das mangelnde Wissen bei deutschen Schülern über die DDR „beunruhigend“ seien. Hier bestehe Handlungsbedarf.

Unterstützung signalisierte Neumann für den Vorschlag des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, auf dem Gelände des ehemaligen Stasi-Hauptquartiers in Berlin-Lichtenberg einen authentischen Lernort zur SED-Diktatur einzurichten. Über den von Jahn vorgeschlagenen Namen „Campus der Demokratie“ könne allerdings noch diskutiert werden.

Kritik von SPD und Grünen Diesen Diskussionsbedarf mahnte auch Bundestagsvizepräsidentin Wolfgang Thierse (SPD) an. Dieser hatte Jahn Vorschlag bereits in den vergangenen Wochen wiederholt kritisiert. Die Stasi-Unterlagenbehörde sei bei ihrer Gründung im Jahr 1990 nicht für die Ewigkeit konzipiert worden. Über ihre Zukunft habe der Bundestag zu entscheiden, sagte Thierse. Die Regierung verweigere jedoch eine Diskussion im Parlament über deren Zukunft. Auch dem Bericht sei dazu nichts zu entnehmen. Die Regierung verspreche der Koalition, sei in der laufenden Legislaturperiode auch kein Gremium eingesetzt worden, um Vorschläge für die Zukunft der BSTU zu entwickeln. Dieser Kritik schloss sich auch Wolfgang Wieland (Bündnis 90/Die Grünen) an. Die Regierung habe vier



Fall der Mauer: Gemälde an der „East Side Gallery“ in Berlin, für deren durchgängigen Erhalt in den vergangenen Wochen viele Bürger demonstriert haben.

Jahre verschenkt. Thierse betonte, dass die Stasi-Akten im Sinn der Aufarbeitung in jedem Fall auch nach 2019 zugänglich sein müssten. Doch dafür müssten auch der richtige Rahmen gefunden werden. Zugleich forderte Thierse jedoch ein Ende der Stasi-Überprüfungen nach 2019: „30 Jahre nach dem Fall der Mauer ist es weder politisch noch menschlich angemessen, dass dann weit zurückliegende Stasi-Verwicklungen noch ein Hinderungsgrund für Anstellungen darstellen sollen.“ Patrick Kurth, Sprecher für den Aufbau Ost der FDP-Fraktion, hielt Thierse entgegen, dass die schwarz-gelbe Koalition „neuen Schwung“ in die Aufarbeitung gebracht hätte. Demonstrativ stellte er sich schützend vor Roland Jahn und warf Thierse vor, er wolle die Stasi-Unterlagenbehörde möglichst schnell schließen. Kurth forderte, dass die Stasi-Überprüfungen so lange fortgesetzt werden, wie Opfer und Täter im Berufsleben aufeinander treffen könnten. Er warnte allerdings davor, den Fokus der Aufarbeitung allein auf die Stasi zu legen. Die Diktatur in der DDR sei eine SED-Diktatur gewesen. Vor allem die Linkspartei versu-

che, dies immer wieder in den Hintergrund zu schieben. Über die Aufarbeitung der Vergangenheit in der Linkspartei lieferte sich Wolfgang Wieland (Grüne) mit Dietmar Bartsch (Die Linke) einen verbalen Schlagabtausch. Im Gegensatz zu den Blockparteien in der DDR habe sich die Linkspartei beziehungsweise die PDS „selbstkritisch“ mit der eigenen Vergangenheit auseinandergesetzt, argumentierte Bartsch. Er wehrte sich zugleich gegen eine Gleichsetzung der DDR mit der NS-Diktatur, wie dies im Regierungsbericht anklinge. „Dies ist nicht akzeptabel“, sagte Bartsch. Die Gründung der DDR sei eine Folge des Hitler-Faschismus gewesen. Die DDR habe den 8. Mai 1945 deutlich früher als die Bundesrepublik als „Tag der Befreiung“ gewürdigt, argumentierte er. Nicht ohne Grund hätten sich viele Intellektuelle nach dem Zweiten Weltkrieg für die DDR entschieden.

Wieland hielt Bartsch entgegen, es sei nicht akzeptabel, „Geschichtsrevisionismus“ zu betreiben. Die DDR sei „von der ersten Minute an eine Diktatur“ gewesen. Zur Aufarbeitung gehörten auch „Reue und das Eingeständnis von Schuld“, argumentierte Wieland. Dies sei die Linkspartei den Opfern der SED-Diktatur bis heute schuldig geblieben. Die Gelder, die die PDS aus dem Parteivermögen der SED „in dunkle Kanäle“ umgeleitet habe, hätten den Opfern zugestanden. Wieland sprach sich in diesem Zusammenhang zugleich für eine Ehrenpension für die Opfer der SED-Diktatur aus. Die Opferrente reiche nicht aus. Eine unbürokratischere Entschädigung ehemaliger Stasi-Häftlinge forderte auch Thierse. Alexander Weinlein

»Einen Schlusstrich unter das Unrecht kann und wird es nicht geben.«

Bernd Neumann (CDU)

Den Wortlaut des Berichts der Bundesregierung finden Sie auf www.bundestag.de

Opfer, Täter, Akten und Gedenkstätten

AUFARBEITUNG Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur reicht von der Wiedergutmachung bis zur Strafverfolgung

Stasi-Akten Das Stasi-Unterlagen-Gesetz, das der Bundestag am 14. November 1991 verabschiedete, regelt den Umgang mit und den Zugang zu den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Bis Ende 2012 sind bei der Stasi-Unterlagenbehörde (BSTU) rund 2,9 Millionen Anträge auf Akteneinsicht von Bürgern eingegangen. Hinzu kamen Anträge der Wissenschaft und der Medien sowie Ersuchen wegen Überprüfungen auf eine Tätigkeit für die Stasi, wegen Rehabilitierungen, Wiedergutmachungen und Strafverfolgung. Insgesamt gingen rund 6,8 Millionen Anträge und Ersuchen bis Ende 2012 beim BSTU ein.

Gedenkstätten Auf Grundlage der Berichte der beiden Enquete-Kommissionen des Bundestages zur SED-Diktatur entwickelte die Bundesregierung 1999 ihr Gedenkstättenkonzept. Im Kern sieht es die Förderung von Gedenkstätten mit nationaler Bedeutung für die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur und des Zweiten Weltkriegs und kommunistischen Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR vor.

Rehabilitierung Auf Grundlage des Einigungsvertrages verabschiedete der Bundes-



Besetzung der Stasi-Zentrale in Berlin im Jahr 1990 durch Demonstranten

tag eine Reihe von Rehabilitierungsgesetzen. Diese sollen sicherstellen, dass alle Menschen rehabilitiert werden können, die Opfer einer politisch motivierten Strafverfolgungsmaßnahme oder einer sonstigen staats- und verfassungswidrigen Entscheidung in der SBZ und der DDR wurden. Bund und Länder haben bis Ende 2011 für die Durchführung dieser Gesetze insgesamt 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Heimkinder Seit Juli 2012 besteht der vom Bund und den ostdeutschen Ländern eingerichtete Fonds „Heimziehung in der DDR“. Aus diesem Fonds mit einem Volumen von 40 Millionen Euro sollen ehemaligen DDR-Heimkindern Entschädigungen und andere Hilfen gezahlt werden.

Beratung Bundesweit stehen Beratungsstellen für die Opfer der SED-Diktatur zur

Verfügung. Ihr Angebot reicht von der Unterstützung in entscheidungsrechtlichen Fragen bis hin zur psychotherapeutischen Hilfe bei Erkrankungen, die durch Haft und andere Repressionen ausgelöst wurden.

Verurteilungen In den fünf neuen Bundesländern und Berlin wurden nach der Einheit hunderte von Strafverfahren vor allem wegen Tötungen und Gewaltakten an der innerdeutschen Grenze und anderen Menschenrechtsverletzungen in der DDR eingeleitet und in vielen Fällen mit Verurteilungen abgeschlossen.

Restitution Um auch materielles Unrecht auszugleichen, verabschiedete die letzte DDR-Volkammer das Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen, das mit dem Einigungsvertrag in Kraft trat. Es regelte auch die Entschädigung und Rückgaben bei Enteignungen während der NS-Zeit. aw

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



EDITORIAL

Gelebt, nicht verwaltet

VON JÖRG BIALLAS

Wenn Geschichte spannend dargestellt wird, kann sie die Massen durchaus faszinieren. Zuletzt war das bei dem TV-Weltkriegspos „Unsere Mütter, unsere Väter“ zu besichtigen. Millionen verfolgten die Trilogie an den Bildschirmen. In den Zeitungen wurden vom Boulevard bis zum seriösen Feuilleton Drehbuch und Aufbereitung manchmal kritisch, manchmal lobend verhandelt. Leicht vorstellbar, dass die Sendungen Anlass geboten haben, in Familien generationenübergreifend über das Leben in der Nazi-Diktatur mit all seinen furchtbaren Auswüchsen zu sprechen. Die Vermittlung historischer Erkenntnisse aus den Erzählungen der Altvordern wird in aller Regel einen nachhaltigeren Effekt zeitigen als etwa Schulunterricht. Auch das Leben in der zweiten deutschen Diktatur ist für die nachwachsende Generation eine Episode der Geschichte. Heutige junge Menschen sind in die Einheit hineingeboren worden. Für sie ist die Deutsche Demokratische Republik emotional so weit weg wie die Weimarer Republik. Entsprechend rudimentär sind meist leider auch die historischen Kenntnisse. Allein deshalb ist es wichtig, dass die Erinnerungskultur über das Leben in der DDR fester Bestandteil des öffentlichen Bewusstseins bleibt. Aufarbeitung darf nicht vorrangig verwaltet werden, darf nicht Selbstzweck sein. Sie muss gelebt werden. Zum Beispiel in den ostdeutschen Kommunen. Dort vollzieht sich gerade ein Generationenwechsel der besonderen Art. Vollerorts gehen die Macher der ersten Stunde aus den Rathäusern, Stadtwerken, Hochschulen oder der privaten Wirtschaft in den Ruhestand. Menschen aus Ost und West, denen es etwas bedeutet hat, an exponierter Stelle das gesunde Land wieder aufzubauen. Viele von ihnen haben Großes vollbracht, auch weil sie um die moralische Verpflichtung wussten, die das klägliche Erbe jahrzehntelanger Misswirtschaft und Unterdrückung hinterlassen hatte. Für die Macher der nächsten Generation dürfte es emotional einerlei sein, ob sie in Dresden oder Düsseldorf, Rostock oder Regensburg, Leipzig oder Ludwigshafen leben und arbeiten. Diese Form der Unbekümmertheit ist einerseits beruhigend, weil sie Ausweis einer selbstverständlichen Zusammengehörigkeit von Ost und West ist. Andererseits ist es ausgesprochen hilfreich, gelegentlich zu reflektieren: Ohne die historische Einzigartigkeit des Mauerfalls wäre all das nicht erlebbar.

GASTKOMMENTARE

IST DIE DDR-AUFARBEITUNG GEGLÜCKT?

Vieles ist gelungen

PRO



Thomas Rogalla »Berliner Zeitung«

Es wäre ein Leichtes, diese Zeitungsseite mit den Fehlern, Unzulänglichkeiten, Ungerechtigkeiten zu füllen, die bei der „Aufarbeitung“ der DDR-Diktatur seit 1989 gemacht wurden...

Fatale Fixierung

CONTRA



Ralf Schuler »Bild«-Zeitung

Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit ist nicht gescheitert, aber sie ist deshalb noch lange nicht gelungen. Die augenscheinlichste Fehlentwicklung ist die Fixierung der öffentlichen Aufarbeitung...

Herr Jahn, im vergangenen Jahr wollten erstmals seit Jahren wieder mehr Bürger Einsicht in die Stasi-Akten nehmen. Hat Sie der Anstieg um rund 7.600 Anträge überrascht?

Wie erklären Sie sich diesen Anstieg bei den Anträgen auf Akteneinsicht? Darüber liegen zwar keine wissenschaftlichen Untersuchungen vor...

Parallel zur wachsenden Zahl der Anträge haben sich die Bearbeitungszeiten mitunter erheblich verlängert. Sie haben dies mit dem Personalabbau in der Stasi-Untersuchungsbehörde begründet...

Nach ihren Angaben sind inzwischen rund 93 Prozent der Stasi-Akten aufgearbeitet. Können Sie abschätzen, bis wann dies abgeschlossen sein wird?

Bei ihrem Amtsantritt haben Sie sich deutlich gegen eine Weiterbeschäftigung ehemaliger Stasi-Mitarbeiter ausgesprochen. Mit der Gesetzesnovelle wurden schließlich die Grundlagen für Versetzungen geschaffen...

Sie haben sich für die Errichtung eines „Campus der Demokratie“ auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg ausgesprochen. Was verstehen Sie darunter?

»Es wurde Großes geleistet«

Roland Jahn Der Beauftragte für die Stasi-Unterlagen fordert einen behutsamen Umgang mit den authentischen Orten der Diktatur



Es geht nicht um eine Behörde für die Ewigkeit. Entscheidend ist, dass über die Stasi-Vergangenheit aufgeklärt wird. Dafür müssen Strukturen geschaffen werden.

Der Bundestag debattierte am vergangenen Freitag über den Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Würden Sie diese Aufarbeitung in den vergangenen 20 Jahren als geglückt bezeichnen?

Sehen Sie Defizite?

Wir müssen immer die Menschen im Blick haben. Bei der Regelung von Haftfolgeschäden gibt es beispielsweise durchaus Nachbesserungsbedarf.

In Berlin demonstrieren derzeit Bürger für den Erhalt der East-Side-Gallery, einem der letzten längeren, zusammenhängenden Mauerabschnitte. Beweisen die Demonstranten mehr Bewusstsein für die Vergangenheit als die politischen Verantwortlichen?

Wie stehen Sie zu der Forderung der Opferverbände nach einem zentralen Mahnmahl für die Opfer der kommunistischen Diktatur? Braucht Deutschland ein solches Mahnmahl angesichts doch zahlreicher Gedenkort?

Das Interview führte Alexander Weinlein.

Zunächst geht es darum, alle Berliner Standorte der Behörde an diesem Ort zusammenzulegen. Dort befindet sich bereits das Archiv und das Stasi-Museum...



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Freiheitsbewusste: Patrick Kurth

Patrick Kurth sagt es unumwunden: „Solange sich frühere Täter und Opfer noch im Arbeitsleben über Weg laufen können, brauchen wir die Stasi-Untersuchungsbehörde.“



© UFF/Photokontext/Block

»Solange sich frühere Täter und Opfer noch im Arbeitsleben über den Weg laufen können, brauchen wir die Stasi-Untersuchungsbehörde.«

Aufgabe. Den jungen FDP-Abgeordneten ärgern Haltungen im Westen, all das gehe die Bürger dort eigentlich nichts an. Dabei hätten DDR und Stasi breit in die Politik des Westens eingewirkt.

versuche an DDR-Bürgern für Westfirmen. Alles Aufgaben für eine notwendige Aufarbeitung der DDR-Zeit. Wichtig ist es für den FDP-Abgeordneten, die Jugend, die nicht mehr die „Generation Wandzeitung“ sei und Honecker für einen Bundeskanzler halte...

Hans Krump

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag, Druck und Layout, Abonnement, Anzeigen-Vertriebsleitung, Leserservice/Abonnement, Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition, Fotos, Redaktionsschluss 22. März 2013

Das Parlament ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)



Babynest heißt die Babyklappe in diesem Krankenhaus in Halle an der Saale. In mehr als zehn Jahren wurden fast 20 Säuglinge im Babynest abgelegt. Es war das erste in Sachsen-Anhalt.

Anspruch auf Vollzeit verlangt

ARBEITSZEITEN Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung auf, durch ein neues Gesetz das Recht auf Teilzeit durch ein Rückkehrrecht auf Vollzeit zu ergänzen. Dies ist das Ziel eines Antrages der Grünen (17/12843), der dem Bundestag vergangenen Donnerstag erstmals vorlag. Der Antrag wurde zur Beratung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen.

Nach Meinung der Grünen sind die Arbeitszeiten bis heute zu wenig auf die Bedürfnisse von Müttern und Vätern ausgerichtet. Dem Statistischen Bundesamt zufolge arbeiteten 2010 in Deutschland 45,6 Prozent der erwerbstätigen Frauen in Teilzeit. Die meisten von ihnen hätten ihre Arbeitsstunden reduziert, um sich um ihre Familie zu kümmern. „Während viele Frauen ihre Arbeitszeit gerne erhöhen würden, gibt es eine wachsende Zahl von Männern, die sie reduzieren möchte, um ebenfalls mehr Zeit für die Familie zu haben“, schreiben die Grünen. Das fehlende Rückkehrrecht auf eine Vollzeittätigkeit mache die Inanspruchnahme von Teilzeit in der aktiven Familienphase jedoch für viele unattraktiv und auch riskant. „Ein gesetzlicher Anspruch auf Rückkehr in die Vollzeit ist somit zugleich ein wichtiger Baustein für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, führen die Grünen weiter aus. Auch für Menschen, die Angehörige pflegten, hätte dieser Anspruch eine positive Wirkung. **tw**

Grünen-Vorstoß abgelehnt

EHRENAMT Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte ehrenamtliches Engagement bei Beziehern von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) und dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) fördern. In einem Antrag (17/9950) fordern die Grünen die Bundesregierung auf, per Gesetz zu regeln, dass die Übungsleiterpauschale analog zum Einkommenssteuerrecht bis zur Höhe von monatlich 175 Euro nicht auf Leistungen nach SGB II und SGB XII angerechnet wird. Aus öffentlichen Kassen gezahlte pauschale Aufwandsentschädigungen – etwa für kommunalpolitische Tätigkeiten – sollen ebenfalls nicht auf Arbeitslosengeld II, ergänzendes Arbeitslosengeld II, Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundversicherung im Alter angerechnet werden. Bürgerschaftliches Engagement könne die Arbeitsfähigkeit arbeitsloser Menschen erhalten und deren Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen, schreiben die Abgeordneten zur Begründung. Es sei daher „kontraproduktiv“, wenn steuerfreie Pauschalen und Entschädigungen auf die genannten Sozialleistungen angerechnet würden.

Dem Bundestag lag die Vorlage am vergangenen Donnerstag zur abschließenden Beratung vor. Die SPD unterstützte die von den Grünen geforderten Regelungen, die Linke hält sie zumindest für einen kleinen Fortschritt. Hingegen befürchtete die FDP, dass die geforderte Nichtanrechnung den Anreiz zur Aufnahme einer regulären Beschäftigung vermindern könnte. Aus Sicht der Union ist die derzeit für Arbeitnehmer und Leistungsbezieher geltende Regelung bereits sachgerecht.

Der Bundestag lehnte den Antrag mit der Stimmenmehrheit von CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der Linken ab. **tw**

Hilfe für Frauen in Not

FAMILIENRECHT Der Bundestag debattiert Gesetzentwurf zur vertraulichen Geburt

Am Tag, als der Bundestag den Gesetzentwurf zur vertraulichen Geburt diskutierte, verurteilte das Landgericht Flensburg eine Mutter aus Husum zu neun Jahren Haft. Die 29-Jährige hatte zwischen 2006 und 2012 fünf Kinder zur Welt gebracht und anschließend getötet. Hätte es das Leben der Babys gerettet, wenn ihre Mutter die Möglichkeit zur vertraulichen Geburt gehabt hätte? Man muss es bezweifeln: Sie habe die Schwangerschaften verdrängt, sagte die Frau im Prozess, und könne bis heute nicht begreifen, was sie getan habe. Auch das Gericht attestierte ihr, sie sei wohl in einem psychischen Ausnahmezustand nicht in der Lage gewesen, anders zu handeln.

wolle, sagte Familienministerin Kristina Schröder (CDU). Sie will Betroffenen Auswege wie die vertrauliche Geburt bieten.

Geburt unter Pseudonym Per Gesetz sollen Frauen die Möglichkeit haben, mit oder ohne vorherige Beratung in einer Klinik unter Pseudonym ein Kind zur Welt bringen und es dort zu lassen. Ihre Daten sollen aufgenommen und in einem versiegelten Umschlag aufbewahrt werden, der an das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben übersendet wird. Ist das Kind 16 Jahre alt, soll es die Möglichkeit haben, die Identität der Mutter zu erfahren - es sei denn, diese macht gewichtige Gründe dafür geltend, dass sie anonym bleiben möchte. Geht es nach dem Willen der Koalition, soll die vertrauliche Geburt langfristig die umstrittenen Babyklappen ersetzen: Die sind in die Kritik geraten, seit Untersuchungen nachweisen konnten, dass dadurch Kindsaussetzungen oder -tötungen nicht verhindert werden. Als problematisch werteten Experten zudem, dass Kinder, die in einer Babyklappe abgelegt wurden, keinerlei Chance haben, irgendwann zu erfahren, wer ihre Eltern sind. Gleiches gilt für die anonyme

Geburt, bei der Frauen im Krankenhaus entbinden und ihre Kinder ohne Angabe persönlicher Daten zurücklassen. Dies hatte auch der Deutsche Ethikrat in einer Stellungnahme (17/190) als „ethisch und rechtlich sehr problematisch“ bewertet. In der Plenardebatte zeigten sich die Meinungen der Abgeordneten gespalten. Während die liberale Abgeordnete Miriam Gruß für den Koalitionsentwurf warb und betonte, dass wenn nur ein einziges Kind durch eine Babyklappe gerettet werde, deren Existenz gerechtfertigt sei, wiesen die Sozialdemokraten die Argumente von FDP, CDU und CSU vehement zurück.

Kritik der Opposition Die SPD-Familienpolitikerin Caren Marks bemängelt, der Gesetzentwurf bleibe „auf halber Strecke stehen“, weil er die rechtliche Grauzone, in der sich Babyklappen und anonyme Geburt befänden, letztlich akzeptiere und suggeriere, dass die vertrauliche Geburt dazu nur eine Alternative sei. Damit aber werde das „verfassungsrechtlich garantierte Recht des Kindes“ auf Kenntnis seiner Abstammung unterlaufen. Eine Duldung der Babyklappen bringe Kinder „um ein elementares Grundrecht“. Es sei zudem „besorgniserregend“, dass zunehmend auch ältere oder behinderte Babys in den Klappen abgelegt würden. Norbert Geis (CSU) betonte, man wisse inzwischen, wie wichtig die Kenntnis um die eigene Herkunft für die Identitätsbildung sei. Es bestehe die Hoffnung, dass es in einer Beratung gelinge, eine verzweifelte

Schwangere davon zu überzeugen, sich doch für ihr Kind zu entscheiden. Stärker aus Sicht betroffener Frauen argumentierte die Grünen-Abgeordnete Katja Dörner. Sie plädierte dagegen für das Recht der Mütter auf Anonymität: Dies sei für viele die Grundvoraussetzung dafür, sich überhaupt in einen Beratungsprozess zu begeben. Es sei für sie „nur schwer vorstellbar“, so Dörner, dass die betroffenen Mütter akzeptieren könnten, dass im Zweifel ein Familienrecht darüber entscheiden solle, ob ihre Daten vertraulich bleiben könnten. Bei

der Preisgabe der Daten dürfe Zwang „keine Rolle spielen“. Weitere Kritik am Koalitionsentwurf äußerte Diana Golze (Die Linke). Sie habe Zweifel daran, dass mit der „längst überfälligen“ Initiative „wirklich ein großer Wurf“ gelungen sei. Es gebe noch erheblichen Beratungsbedarf hinsichtlich der Rechtsstellung der Väter und zu der Frage, wie die verschiedenen Beratungsangebote so miteinander vernetzt werden sollen, dass Schwangere und junge Mütter eine kontinuierliche Beratung ermöglicht werde. **Susanne Kailitz**



»Es geht darum, Schwangere in Notlagen überhaupt zu erreichen.«
Kristina Schröder (CDU)

Extreme Notlagen Ob und wie Frauen in einer solchen Notlage überhaupt zu erreichen sind, das kann derzeit niemand genau sagen. Auch die Abgeordneten räumten dies am vergangenen Donnerstag ein, als ein Koalitionsentwurf „zum Ausbau der Hilfen für Schwangere und zur Regelung der vertraulichen Geburt“ (17/12814) in erster Lesung debattiert wurde. Es sei schwer, die Beweggründe einer Mutter zu verstehen, die ihr Neugeborenes nach der Geburt so schnell wie möglich weggeben

STICHWORT

VERTRAULICHE GEBURT

> Gesetzentwurf Frauen sollen die Möglichkeit haben, Kinder unter Pseudonym zur Welt zu bringen. Ihre Daten werden jedoch erfasst und die Kinder haben das Recht, mit 16 Jahren Informationen über ihre Herkunft zu bekommen.

> Informationen Damit das Angebot für Schwangere in Notlagen möglichst niedrigschwellig ist, soll eine bundesweite Hotline eingerichtet werden, an der sich Frauen über ihre Möglichkeiten beraten lassen können.

> Situation heute Ungewollte Kinder können heute in Babyklappen abgelegt oder nach einer anonymen Geburt im Krankenhaus zurückgelassen werden. Sie werden dann in der Regel in Adoptivfamilien aufgenommen. Zwischen Sommer 2009 und Oktober 2011 betraf dies 973 Kinder.



Verschiedenartige Ansprüche

GHETTO-RENTEN Die Fraktionen sind uneins über die Behandlung zweier Gruppen von Leistungsberechtigten

Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke wollen Renten für Beschäftigten in Ghettos rückwirkend ab 1997 auszahlen. SPD und Grüne fordern die Bundesregierung in einem gemeinsamen Antrag (17/10094) auf, für ehemalige Ghetto-Insassen bei zunächst abgelehnten und erst nach 2009 bewilligten Rentenanträgen eine rückwirkende Auszahlung der Rente ab dem 1. Juli 1997 zu ermöglichen. Die Linken verfolgen mit einem eigenen Antrag (17/7985) dasselbe Ziel.

Rentenzahlungen seien für die Jahre 1997 bis 2005 um rund 45 Prozent aufgewertet worden. Die höhere Rente gleiche den späteren Rentenbeginn aus. „Was die Opposition vorschlägt, führt nicht zu mehr Gerechtigkeit“, ist sich Weiß sicher. Der SPD-Abgeordnete Anton Schaaf widersprach: „Menschen aus ein- und der selben Fallgruppe werden unterschiedlich behandelt, und das

ist ungerecht.“ Es beschäme ihn, dass es nicht gelungen sei, die Ungleichbehandlung der beiden Gruppen von Rentnern zu beseitigen. Der FDP-Abgeordnete Heinrich L. Kolb räumte ein, dass es Unterschiede zwischen denjenigen, die bereits seit 1997 eine Ghettonrente bezögen, und denjenigen die ihren Rentenanspruch erst hätten einklagen müs-

sen, gebe. Eine rentenrechtliche Lösung dieses Problems sei jedoch, insbesondere im Hinblick auf das hohe Alter der Betroffenen, ungeeignet. Die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke kritisierte die erwartete Ablehnung der Oppositionsanträge durch die Koalition. Dies werde zur Folge haben, „dass sich die Opfer erneut verhöhnt fühlen“, sagten Jelpke. Ghetto-Renten seine keine Entschädigung, ihnen lägen vielmehr rentenrechtliche Ansprüche zugrunde. Der Grünen-Abgeordnete Wolfgang Strengmann-Kuhn appellierte an alle Fraktionen, die Gespräche über eine Lösung des Problems der unterschiedlichen Rentenhöhen weiterzuführen. Eine Gleichbehandlung wäre „ein Stück Wiedergutmachung für das, was passiert ist“, sagte der Abgeordnete. Der Bundestag hat vergangenen Donnerstag über die Anträge abschließend beraten. Das Plenum lehnte beide Anträge mit der Koalitionsmehrheit gegen die Stimmen von SPD, Linken und Grünen ab. **tw**



Lublin 1941: Wer in einem solchen Ghetto gegen Entgelt arbeitete, erhält eine Rente.

Ablehnende Bescheide Nach Angaben von SPD, Grünen und Linken sind in den ersten Jahren nach Inkrafttreten des 2002 vom Bundestag verabschiedeten Gesetzes zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto nahezu alle Anträge abgelehnt worden. Wie die drei Fraktionen in ihren Anträgen übereinstimmend darlegen, wurden aufgrund einer Entscheidung des Bundessozialgerichts aus dem Jahr 2009 genau 26.186 Fälle neu geprüft und davon 23.818 positiv beschieden. Die Begünstigten hätten die Rente jedoch nur rückwirkend ab dem Jahr 2005 erhalten. Der CDU-Abgeordnete Peter Weiß verwies darauf, dass die Begrenzung der rückwirkenden Zahlungen die davon betroffenen Rentner finanziell nicht benachteilige. Die

Anzeige

Hamburger Edition

Erste systematische Gesamtschau der Nürnberger Nachfolgeprozesse

Erstmals werden in diesem Band alle Prozesse vor den Nürnberger Militärtribunalen (NMT), in denen amerikanische Ankläger zwischen 1946 und 1949 die Funktionseliten aus Militär, Bürokratie, Partei und Wirtschaft des »Dritten Reiches« vor Gericht stellten, umfassend dargelegt und analysiert sowie die historischen Kontexte und juristischen Probleme systematisch dargestellt.

€ 49 | 900 Seiten | ISBN 978-3-86854-260-8 www.hamburger-edition.de

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

Linke will Tabakwerbung unterbinden

Die Fraktion Die Linke fordert die Bundesregierung auf, das Rahmenabkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs der Weltgesundheitsorganisation (WHO) umzusetzen. In einem Antrag (17/12838) verlangt die Linke insbesondere die vollständige Unterbindung der Tabakwerbung im Sinne des Vertragstextes durch ein entsprechendes Gesetz. Deutschland habe sich mit der Unterzeichnung des Abkommens verpflichtet, Maßnahmen zur Eindämmung der tabakbedingten gesundheitlichen Schäden einzuleiten und insbesondere alle Formen der Förderung des Tabakverkaufs und Tabak-sponsoring zu verbieten, schreiben die Linken. Das Plenum hat den Antrag an den Gesundheitsausschuss überwiesen. **twv**

Initiative gegen »Abstinenz-Dogma«

Die Fraktion Die Linke setzt sich für eine Lockerung der rechtlichen Voraussetzungen für eine Substitutionsbehandlung Opiat-Abhängiger mit Diamorphin ein. In einem Antrag (17/12825) fordert sie die Bundesregierung auf, die fachlich-medizinischen Festlegungen aus der Betäubungsmittelverschreibungsverordnung (BtMVV) zu streichen und der Selbstverwaltung zu übergeben. Nach Auffassung der Abgeordneten ist die Substitutionstherapie die beste Methode, um die negativen gesundheitlichen und sozialen Folgen der Opiat-Abhängigkeit zu bekämpfen. Zurzeit verhindere jedoch „das Abstinenz-Dogma“ der BtMVV „medizinisch sinnvolle Behandlungen“, schreiben die Linken. Das Plenum hat den Antrag an den Gesundheitsausschuss überwiesen. **twv**

Bessere Versorgung für Behinderte gefordert

Die Grünen fordern die Bundesregierung auf, die Gesundheitsversorgung im Sinne der Artikel 25 und 26 des Grundgesetzes über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) umzugestalten. In einem entsprechenden Antrag (17/12712) erklären die Grünen es für notwendig, alle Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, die Leistungsansprüche und die Organisation der Gesundheitsversorgung regeln, auf noch bestehende Widersprüche zur UN-BRK zu überprüfen und diese gegebenenfalls zu beseitigen. In Deutschland lebten immer mehr Menschen mit Behinderungen und psychischen Krankheiten. **twv**

Titel bleibt im Personalausweis

Die Grünen sind mit ihrem Vorstoß gescheitert, den Doktorgrad aus dem Personalausweis zu streichen. Der Bundestag lehnte ihren Gesetzentwurf (17/8128, 17/11908) am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Koalition ab. Die Grünen hatten argumentiert, dass es sich bei dem Dokortitel weder um einen Namensbestandteil noch um einen persönlichen Titel handle. Ferner habe eine Reihe prominenter Plagiatsfälle gezeigt, dass es in Deutschland Anreize gebe, den Doktorgrad vorrangig zur Steigerung der gesellschaftlichen Reputation zu erlangen. Mit der Streichung würde Deutschland sich an internationale Gepflogenheiten anpassen. **twv**



Protestkundgebung anlässlich des Internationalen Frauentages am 23. März 2012 (links) und weibliche Angestellte einer Gelsenkirchener Fotofirma nach einem verlorenen Prozess um Gleichstellung beim Lohn 1979.



Das Kreuz mit dem Lohn

ENTGELTGLEICHHEIT Koalition lehnt Initiativen von SPD und Grünen für Frauen ab

Mit der schwarz-gelben Koalition wird es keine gesetzliche Regelung zur Entgeltgleichheit von Männern und Frauen geben. Dies wurde am vergangenen Donnerstag in der Debatte des Bundestags deutlich. Zwar sind alle Fraktionen dafür, die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern zu schließen, doch während die Opposition dafür auf Gesetze baut, wollen Union und FDP Freiwilligkeit und mehr Eigenverantwortung der Frauen. Der Bundestag verabschiedete am Ende der Debatte einen Antrag der Koalition (17/12483), wonach die „Benachteiligung von Frauen in der Wirtschaft und Arbeitswelt“ beseitigt werden soll. Ein Gesetzentwurf der SPD für ein Entgeltgleichheitsgesetz (17/9781) und ein Antrag der Grünen zur Verhinderung von Entgeltdiskriminierung von Frauen (17/8897) fanden dagegen keine Mehrheit. Die Abgeordneten folgten damit dem Votum des Ausschusses für Arbeit und Soziales (17/12782, 17/12575).

Projekte In der Debatte betonte die stellvertretende Vorsitzende der Gruppe der Frauen in der Union, Nadine Schön (CDU), die Koalition habe mit ihren Initiativen zum Ausbau der Kita-Betreuung und zu familienfreundlichen Arbeitszeiten sowie dem Bestreben, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, bereits viele strukturelle Maßnahmen auf den Weg gebracht. Die Union sei zudem entschlossen,

noch in dieser Wahlperiode mehr Rentenpunkte für Frauen durchzusetzen, die vor 1992 Kinder bekommen haben. Eine größere Entgeltgleichheit wirke auch der Rentenlücke entgegen. Die Anträge der Opposition bezeichnete Schön als „Placebo-Gesetze“. Offenbar versuche die Opposition, den Eindruck zu erwecken, es sei „nur ein kleines Gesetz“ nötig, um die Lohnlücke zu schließen. Angesichts dessen überfalle sie „das kalte Grausen“. Der Vorschlag, dass künftig alle Unternehmen mit mehr als 15 Mitarbeitern regelmäßig ihre Lohnstrukturen offenlegen sollen, sei „rechtlich äußerst bedenklich“ und nicht umsetzbar. Auf ein so leicht durchschaubares „Wahlkampfmanöver“, mit dem der SPD-Spitzenkandidat „aufgehübscht“ werden solle, würden die Frauen in Deutschland nicht hereinfallen.

Lohnlücke Für die FDP betonte Nicole Bracht-Bendt, „Handlungsbedarf“ bestehe dort, wo es unterschiedliche Löhne bei gleicher Qualifikation gebe. Es sei aber „reine Irreführung und Stimmungsmache“, wenn behauptet werde, Frauen würden generell bei gleicher Qualifikation 22 Prozent weniger verdienen als Männer. Die Lohnlücke lasse sich zum größten Teil auf familienbedingte Erwerbsunterbrechungen zurückführen, zudem entschieden sich viele Frauen „für Berufe im unteren Einkommensbereich“. Es sei nötig, junge Frauen darauf hinzuweisen, dass die Berufswahl „das entscheidende Kriterium“ für Verdienst und Aufstiegsmöglichkeiten sei. Diese Argumente trafen auf entschiedenen Widerspruch bei den Oppositionsfraktio-

nen. Deutschland sei beim Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern „europaweit Schlusslicht“, unterstrich der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier. Die Einkommensunterschiede seien kein individuelles Problem, vielmehr würden Frauen systematisch benachteiligt.

Auch Diana Golze, Familienpolitikerin der Linksfraktion, sagte, mit der Schuldzuweisung an die Frauen stehe sich die Politik an der Verantwortung. Es gehe um „gesellschaftliche Ungerechtigkeiten“. Sie halte es für bezeichnend, dass das Thema Erzieher-Bezahlung erst auf den Tisch gekommen

Für die Bündnisgrünen forderte Katrin Göring-Eckardt die Koalition zum Handeln auf. Der Terminus „freiwillige Verpflichtung“, der in all ihren Anträgen zum Thema auftauche, sei „ein Codewort für Abwarten und Nichtstun“. Verbindliche Regelungen zur Überprüfung und Durchsetzung von Entgeltgleichheit seien nötig. Es wäre allerdings „absurd“, von der schwarz-gelben Regierung zu erwarten, sie werde die Situation von Frauen zu deren Wohl ändern.



Männliche und weibliche Angestellte einer Agentur

Die Bundesregierung kenne diese Diagnose und die nötigen Rezepte, sie handle aber nicht. Das „Betreuungsgeld, das mehr Probleme schafft als beseitigt“, sei die „zynische Antwort“ an die Frauen, die arbeiten müssten und verzweifelt nach Kitaplätzen suchten.

sei, als mehr Männer für den Beruf gewonnen werden sollten. Die Koalition solle angesichts der Ablehnung von Frauenquoten, dem Festhalten am Ehegattensplittung und der Einführung des Betreuungsgelds gar nicht erst „so tun, als ob die Gleichstellung der Geschlechter“ ihr Anliegen sei.

Aktionstag Einen Tag vor der Debatte im Bundestag hatten die Parteien ihre Positionen bereits anlässlich des „Equal Pay Day“ demonstriert. Dieser internationale Aktionstag für die Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen wird auf Initiative der Business and Professional Women (BPW) Germany seit 2008 in Deutschland durchgeführt. Vom 1. Januar 2012 bis zum 21. März 2013, so haben die Veranstalter ausgerechnet, müssten Frauen in Deutschland arbeiten, um den gleichen Verdienst zu erzielen, den ihre männlichen Kollegen im Jahr 2012 erwirtschaftet haben. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes fielen weibliche Gehälter in Deutschland im Jahr 2012 im Durchschnitt um 22 Prozent geringer aus als die männlichen Einkünfte. Allerdings sind diese Zahlen unstritten: Die Einkommen werden vom Bundesamt unabhängig von der Position der Beschäftigten, ihrer Ausbildung und der Branchenzugehörigkeit verglichen. Viele Wirtschaftsinstitute errechnen daher einen geringeren Einkommensunterschied. **Susanne Kailitz**

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de

Konzepte gegen Arbeitsstress

ARBEITSWELT Psychische Belastungen durch Termin- und Leistungsdruck nehmen zu

Die physischen und psychischen Belastungen in der Arbeitswelt haben zugenommen. Diese Auffassung vertritt die Fraktion der SPD in einem Antrag (17/12818), über den der Bundestag vergangenen Donnerstag erstmals debattiert hat. Er wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen. Die Verdichtung der Arbeit, steigende Arbeitszeiten sowie immer mehr Schicht-, Abend- und Nachtarbeit erhöhten den psychosozialen Druck auf die Arbeitnehmer, meint die SPD.

Anti-Stress-Verordnung Die geltenden Bestimmungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz würden den gewandelten Bedingungen aber nicht mehr gerecht. Die Sozialdemokraten verlangen daher von der Bundesregierung ergänzende gesetzliche und untergesetzliche Maßnahmen, wie eine sogenannte Anti-Stress-Verordnung. In der Debatte verwies der SPD-Abgeordnete Josip Juratovic auf den zunehmenden Leistungsdruck in Pflege und Krankenpfle-

ge. Pflegekräfte seien manchmal verzweifelt, „weil die Menschlichkeit wegen der industriellen Arbeitsabläufe verloren geht“. Arbeits- und Gesundheitsschutz müssten daher dringend modernisiert werden. Der CDU-Abgeordnete Matthias Zimmer erklärte, auch die Union halte es für bedenklich, „dass die Zahl psychisch bedingter Fälle von Arbeitsunfähigkeit zunimmt“, sagte Zimmer. Der Schutz der seelischen Ge-

sundheit im Betrieb stehe und falle aber mit der Unternehmenskultur. Diese lasse sich jedoch nur schwer rechtlich regeln. „Anti-stress per Gesetz würde ins Leere laufen“, meinte Zimmer. Der FDP-Abgeordnete Heinrich L. Kolb verwies auf Angaben des Statistischen Bundesamtes, wonach der deutschen Wirtschaft allein durch psychische Erkrankungen Kosten von jährlich 29 Milliarden Euro entstehen. Die Politik könne dagegen aber Einiges tun, etwa durch Maßnahmen wie die „Initiative Neue Qualität der Arbeit“ des Arbeitsministeriums.

Die Linken Abgeordnete Jutta Krellmann erklärte, viele Forderungen der SPD deckten sich mit denen der Linken. Es gebe aber einen großen Unterschied: „Sie behandeln in Ihrem Antrag die Symptome und nicht die Ursachen“, bemängelte Krellmann. Der Wandel der Arbeitswelt sei aber „keine Naturkatastrophe“, sondern politisch gewollt. Nach Ansicht der Grünen-Abgeordneten Beate Müller-Gemmeke hat der Stressreport 2012 bestätigt, dass mehr als die Hälfte der Beschäftigten unter starkem Termin- und Leistungsdruck stehe. Die Bundesregierung habe auf die Ergebnisse des Stressreports aber nur mit einer „gesetzlichen Minieregung“ im Arbeitsschutzgesetz reagiert, sagte Müller-Gemmeke. **twv**



Montagearbeit kann belastend sein.

Korrekt oder geschönt?

SOZIALES Konflikt um den Armuts- und Reichtumsbericht

Der Bundestag hat vergangene Woche über die Methoden der Berichterstattung über Armut und Reichtum in Deutschland beraten. Dem Plenum lag dazu ein Antrag der Fraktion Die Linke vor (17/12709) vor. Darin erhebt die Linke die Forderung, die Verantwortung für die Erstellung eines Armuts- und Reichtumsberichts von der Bundesregierung auf den Deutschen Bundestag zu übertragen. Weiter heißt es in dem Antrag: „Der Deutsche Bundestag beruft zu Beginn jeder neuen Legislaturperiode eine Kommission aus unabhängiger Wissenschaft, Gewerkschaften, Verbänden sowie Interessenvertretungen der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Personen ein, um eine wissenschaftlich fundierte und kritische Bestandsaufnahme der sozialen Wirklichkeit in Deutschland zu erarbeiten.“

Politische Verantwortung Nach Ansicht des FDP-Abgeordneten Pascal Kober kann es nicht Aufgabe einer aus Wissenschaftlern bestehenden Kommission sein, politische Handlungsanweisungen zu formulieren. „Dies muss weiterhin Sache der Politik sein“, ist Kober überzeugt. Auch für den Grünen-Abgeordneten Markus Kurth gehört der Armuts- und Reichtumsbericht in die Zuständigkeit der Bundesregierung. „Aus dieser Verantwortung sollte sie auch

nicht entlassen werden“, meinte Kurth. Aus seiner Sicht handelt es sich bei dem Dokument vor allem um einen sozialpolitischen Rechenschaftsbericht. Der CSU-Abgeordnete Max Straubinger betonte, dass die wissenschaftliche Basis für den Armuts- und Reichtumsbericht vollständig bekannt sei. „Mehr Transparenz ist kaum möglich“, meinte Straubinger. Die Einsetzung einer Kommission sei daher völlig unbegründet. „Am Bericht haben doch ganz überwiegend diejenigen mitgearbeitet, die auch in eine vermeintlich unabhängige Kommission berufen werden würden“, argumentierte der Abgeordnete. Die SPD-Abgeordnete Gabriele Lösekrug-Möller ist da skeptischer: „Die Regierung hat getrickst. Entscheidende und richtige Feststellungen wurden gestrichen oder in 549 Seiten versteckt.“ Der an sich gelungene Bericht habe dadurch sehr gelitten und sei weit unter seinen Möglichkeiten geblieben. Der Abgeordnete der Linken, Matthias W. Birkwald, unterstrich das Hauptziel des Antrages seiner Fraktion: Es bedürfe einer Kommission, die sich „ohne ideologische Verschleiervorurteile“ der Armuts- und Reichtumsberichterstattung annehme. Der Antrag wurde zur Beratung an den federführenden Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen. **twv**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Wer dieser Tage mit Tunesien spricht, hört viele Klagen. Die wirtschaftlichen Probleme scheinen heute noch größer als unter Diktator Zine el-Abidine Ben Ali. Viele ausländische Firmen, die einst mit Steuervorteilen in das nordafrikanische Land gelockt wurden, haben ihre Fabriken nach Streiks und Plünderungen geschlossen. Der Tourismus steckt in der Krise. Salafisten zerstören heilige Stätten, die nicht ihren religiösen Vorstellungen entsprechen. Das Verhältnis zwischen der islamistischen Ennahda-Bewegung und den liberalen Parteien ist von Misstrauen geprägt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass sich Islamisten, Sozialdemokraten und Mitte-Links-Parteien in einer Übergangsregierung zusammengerufen haben.

Nach der Ermordung des populären Oppositionellen Chokri Belaid im Februar kam es zu Massenprotesten, die an den Beginn der „Jasminrevolution“ vor mehr als zwei Jahren erinnerten. Die Weggefährten von Belaid gaben den Islamisten die Schuld an seinem Tod. Der islamistische Regierungschef Hamadi Jebali kündigte daraufhin die Gründung einer Technokratie-Regierung an. Als das misslang, warf er das Handtuch. Auch sein Nachfolger Ali Larajedh gehört der Ennahda an.

Viel Gesprächsstoff also für Tunesiens Präsident Moncef Marzouki, der in der vergangenen Woche bei seinem Berlin-Besuch auch mit Bundespräsident Norbert Lammert (CDU) zusammentraf. Beide waren sich bei ihrem Gespräch einig, dass ein Erfolg des tunesischen Transformationsprozesses auch auf andere Staaten in der Region ausstrahlen würde. Marzouki verwies zugleich auf die Gefahren während des Übergangs zur Demokratie: Hauptziel des Reformprozesses sei es, eine neue Diktatur in Tunesien abzuwenden.

Auf den ersten Blick gibt es Parallelen zwischen den Problemen der Tunesier, die Anfang 2011 den Auftakt für die Revolutionen des „Arabischen Frühlings“ gegeben hatten, und den Schwierigkeiten, mit denen sich auch Ägypten herumschlägt. Doch die Tunesier klagen eindeutig auf höherem Niveau. Zwar gingen nach dem Attentat auf Belaid Schockwellen durch das Land. Doch bei den Ägyptern, die sich im Januar 2011 gegen ihren Langzeitherrscher Husni Mubarak erhoben hatten, sieht es noch wesentlich düsterer aus. Das liegt unter anderem auch an dem im Vergleich zu Tunesien niedrigeren Bildungsniveau in Ägypten.

Einflussreiche Islamisten Während die Ennahda-Partei in Tunis bei wichtigen Entscheidungen Kompromisse mit den säkularen Kräften schließen muss, regieren die Muslimbrüder in Kairo derzeit mit fast uneingeschränkter Macht. Lediglich die Justiz weist die Regierenden von der „Freiheits- und Gerechtigkeitspartei“ gelegentlich in die Schranken. Protestaktionen von Revolutionsgruppen und liberalen Parteien enden immer wieder in blutigen Straßenschlachten, bei denen Tote zu beklagen sind. Eines haben die beiden Umbrüchler gemein: Sowohl in Ägypten als auch in Tunesien profitieren die Islamisten von der Zersplitterung und den organisatorischen Schwächen der säkularen Parteien.

Enttäuscht sind die säkularen Kräfte in Tunesien nicht nur von den machtbewussten Islamisten, denen sie undemokratische Praktiken und Vetternwirtschaft vorwerfen, sondern auch von Präsident Marzouki. Der Menschenrechtler gilt zwar als einer der ihnen. Viele Gegner der Islamisten werfen ihm jedoch vor, er habe sich beim Versuch, die islamistische Ennahda durch Einbindung in

Aufbruch ins Ungewisse

NORDAFRIKA Mehr als zwei Jahre nach Beginn des »Arabischen Frühlings« bleibt die Lage in Tunesien und Ägypten angespannt



Junge Frauen folgen Anfang März einem Demonstrationsaufruf der tunesischen Gewerkschaft UGTT gegen den Regierungskurs.

die Regierung zu zähmen, von dieser entmachten lassen.

Der ursprünglich geplante Termin für eine neue tunesische Verfassung verstrich im Oktober 2012, ohne dass sich die Vertreter der rivalisierenden politischen Lager auf einen Text einigen konnten. Jetzt gibt es einen neuen Zeitplan: Ende April soll die Verfassung vorliegen. Die Parlamentswahl soll spätestens im Dezember stattfinden. Zu den strittigsten Fragen im Verfassungsprozess gehört – ähnlich wie im vergangenen Jahr in Ägypten – die Frage, welche Rolle die Scharia, die islamische Rechtsordnung, und die Geistlichen im Gesetzgebungsprozess spielen sollen. Hier mussten

die Islamisten angesichts massiver Ablehnung der anderen Parteien Abstriche machen. Doch ob Ennahda-Chef Rachid el Ghannouchi, der auch ohne öffentliches Amt als einer der mächtigsten Akteure in Tunesien gilt, in dieser Frage nicht vielleicht doch auf eine zweite Runde hofft, bleibt offen.

Radikale Salafisten Befürchtet wird auch, dass die moderaten Islamisten von Ennahda eines Tages die radikalen Salafisten als Trumpfkarte aus dem Ärmel schütteln. Ein Teil der Salafisten-Bewegung, die bisher nicht an Wahlen teilgenommen hat, bereitet sich auf die Parlamentswahl vor und or-

ganisiert sich parteipolitisch. Bislang hat die aus der Muslimbrüderschaft hervorgegangene Ennahda-Bewegung die aggressive Salafisten benutzt, um sich selbst in Abgrenzung zu den langbärtigen Radikalen als moderate Partei zu profilieren. Auch in der Frage, welches politische System Tunesien für die Zukunft wählen soll, gab es große Meinungsverschiedenheiten. Die Islamisten, die sich wohl bei einer Direktwahl des Präsidenten keine guten Chancen ausrechnen, befürworteten eine parlamentarische Demokratie. Die liberalen Parteien trommelten für ein Präsidialsystem. Am Ende der Verhandlungen wird es wohl auf eine Mischform hinauslaufen.

Lautstarke Kritik und wiederkehrende Strafenproteste bedeuten nicht, dass die ehemaligen Machthaber Ben Ali oder Mubarak in ihren Heimatländern vermisst werden. Der Vorwurf, die Zustände seien so unhaltbar wie unter den alten Regimen, gilt in Tunesien wie in Ägypten zu den schlimmsten Beschimpfungen der Opposition für die aktuellen Regierungen. Schließlich waren es auch Muslimbrüder, die in den alten Regimen Repression und Verfolgungen ausgesetzt waren.

Die Ratschläge, die Tunesiens Führung heute von westlichen Besuchern erhält, ähneln dem, was sich der ägyptische Präsident Mohammed Mursi von Seiten Europas und der USA anhören muss: Ohne die Zusammenarbeit mit den liberalen Kräften gibt es keinen politischen Frieden und keine Investitionen. Anders als im Falle Tunesien könnte das in Ägypten auch bedeuten, dass die dringend benötigten Gelder aus Europa und den USA nicht fließen. Über einen von Ägypten angefragten IWF-Kredit in Höhe von über 4,8 Milliarden US-Dollar ist noch nicht entschieden. Zwar hat die US-Regierung kürzlich betont, dieser Kredit werde nicht nach politischen, sondern ökonomischen Kriterien vergeben. Die Muslimbrüder tun sich mit dem dann anstehenden wirtschaftlichen Reformauftrag schwer: Die Wahrscheinlichkeit, dass der Abbau von Subventionen für Lebensmittel und Energie eine neue Welle von Protesten nach sich ziehen würde, ist groß.

Enthemmte Polizisten Inzwischen dämmert auch den Optimisten, die Ägypten im Februar 2011 als Modell für andere arabische Umbruchstaaten empfohlen hatten, dass die schon im Anfangsstadium abgewürgte ägyptische Revolution vielleicht doch eher als Beispiel dafür herhalten kann, wie man es besser nicht machen sollte. Vor allem das Verhalten der ägyptischen Polizei scheint oftmals vollkommen aus dem Ruder zu laufen. Einerseits wendet sie vielerorts noch die gleichen brutalen Methoden an wie einst unter Mubarak. Andererseits greift sie oft da nicht ein, wo es nottut. In einigen Regionen auf der Sinai-Halbinsel im Norden Ägyptens ist die Polizei seit 2011 gar nicht mehr präsent. Die Zahl der Entführungen und Eigentumsdelikte hat dramatisch zugenommen. Bei Demonstrationen greifen die Polizisten häufig schnell zum Mittel der Gewalt. Andersorts sehen sie jedoch tatenlos zu, wie Islamisten einerseits Demonstranten der Oppositionsbewegung auf offener Straße misshandeln oder andererseits Oppositionelle die Büros der Muslimbrüderschaft verwüsten. In den vergangenen Wochen verschwanden in Ägypten mehrere junge Aktivisten, die hinterher tot aufgefunden wurden. In mindestens einem Fall besteht kaum Zweifel, dass der Verschwundene in Polizeigewahrsam schwer gefoltert wurde. So schließt sich der Kreis. Denn in Ägypten war es der Fall des Blogger Chahid Said aus Alexandria, der im Juni 2010 das Feuer zum Glimmen brachte und an dem sich schließlich ein halbes Jahr später die Funken der Revolte entzündet hatten. Said war von korrupten Polizisten, denen er auf die Schliche gekommen war, zu Tode geprügelt worden. Auch der Tod des Tunesiers Mohamed Bouazizi ist kein Einzelschicksal geblieben: Mehrere junge Männer folgten in den vergangenen zwei Jahren dem Beispiel Bouazizis, der durch seine Selbstverbrennung als Protest gegen Behördenwillkür zur Symbolfigur der tunesischen Revolution geworden war. *Anne-Béatrice Clasmann / ahe*

Anne-Béatrice Clasmann ist dpa-Korrespondentin für die arabische Welt.

CHRONIK

Ausgangspunkte der Protestbewegung des „Arabischen Frühlings“ sind Tunesien und kurz darauf Ägypten. Beide Länder sind nach dem Sturz der Potentaten Zine el-Abidine Ben Ali und Husni Mubarak vor mehr als zwei Jahren nicht zur Ruhe gekommen.

17. Dezember 2010 Der Gemüsehändler Mohamed Bouazizi verbrennt sich aus Verzweiflung über Behördenwillkür selbst. Empörung bricht sich Bahn, zwei Tage nach der Verzeufungstat fordern Tausende auf einer Kundgebung Reformen und bilden den Keim zur tunesischen „Jasminrevolution“.

14. Januar 2011 Tunesiens Präsident Ben Ali flieht nach 23 Jahren an der Macht ins saudische Exil.

25. Januar 2011 Erster „Tag des Zorns“ in Ägypten. Die Demonstrationen richten sich gegen Armut, Arbeitslosigkeit, Korruption und die 30-jährige Herrschaft von Präsident Mubarak. Sie münden in wochenlangen Massenprotesten auf dem Tahrir-Platz in Kairo.

11. Februar 2011 Der Rücktritt Mubaraks wird verkündet, der Militärrat übernimmt die Macht.

23. Oktober 2011 Die unter Ben Ali als extremistisch verbotene Bewegung Ennahda (Wiedergeburt) um Rachid el Ghannouchi gewinnt die tunesischen Parlamentswahlen. Die islamistische Partei erreicht 90 von 217 Sitzen in der verfassunggebenden Versammlung.

12./13. Dezember 2011 Moncef Marzouki wird als erster demokratisch gewählter Präsident Tunesiens vereidigt. Seine Mitte-Links-Partei CPR (Kongress für die Republik) war bei den Wahlen stärkste Kraft hinter Ennahda, mit der sie sich verbündet hat.

23. Januar 2012 Konstituierende Sitzung des neu gewählten ägyptischen Parlaments: Die islamistische „Freiheits- und Gerechtigkeitspartei“ kam bei der Wahl auf mehr als 45 Prozent, die salafistische „Partei des Lichts“ auf knapp ein Viertel der Stimmen. Liberale Parteien und das Bündnis „Die Revolution geht weiter“ sind die großen Verlierer.

14. September 2012 Bei einem Angriff auf die US-Botschaft in Tunis kommen mindestens vier Menschen ums Leben. Eine aufgebrauchte Menschenmenge hatte aus Protest gegen ein privat in den USA gedrehtes Schmähvideo über den Propheten Mohammed die Botschaft attackiert.

16./17. Juni 2012 Bei der Stichwahl zum Präsidentenam in Ägypten setzt sich der Muslimbrüder Mohammed Mursi knapp gegen den früheren Offizier und ehemaligen Premier Ahmad Schäfi durch.

15./22. Dezember 2012 Vor dem Hintergrund schwerer Straßenproteste wird die neue ägyptische Verfassung in einem Referendum angenommen.

6. Februar 2013 Unbekannte erschießen in Tunesien den Anführer der oppositionellen Bewegung der patriotischen Demokraten, Chokri Belaid. In Tunis und anderen Städten versammeln sich Tausende Menschen zu Protestkundgebungen. Es kommt zu Ausschreitungen. In der Folge tritt Premier Hamadi Jebali (Ennahda) zurück. Nachfolger ist sein Parteifreund Ali Larajedh. *ahelbpd/dpa*

Die Früchte des Zorns

AUSWÄRTIGES Islamisten sind bisher die Gewinner der arabischen Umbrüche. In einer Anhörung plädierten Experten für einen differenzierten Umgang mit den neuen politischen Akteuren

Lässt sich der Politische Islam mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Einklang bringen? Abschließende Antworten auf diese Frage wollten Islam- und Politikwissenschaftler und Vertreter von politischen Stiftungen vergangene Woche im Auswärtigen Ausschuss nicht geben. In einer Anhörung, die der Entwicklung des Politischen Islam in den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas gewidmet war, stand vor allem die Frage im Mittelpunkt, ob und auf welche Weise die islamisch geprägten Staaten der Region demokratische Verhältnisse und Rechtsstaatlichkeit anstreben und welche Rolle dabei islamistische Kräfte einnehmen. In einem Punkt bestand Einigkeit unter den fünf Sachverständigen: Islamisten wie die Muslimbrüder waren nicht die treibende Kraft hinter dem „Arabischen Frühling“, aber in vielen Ländern wie in Tunesien und Ägypten sind sie in demokratischen Wahlen zum entscheidenden Akteur, zum „Gewinner“ der Umwälzungen geworden.

Unterschätzte Muslimbrüder Der Sachverständige Thomas Birringer (Konrad-Adenauer-Stiftung) unterstrich, dass das Erstarren des Politischen Islams keine neue Entwicklung, sondern durch die Umbrüche in der arabischen Welt erst richtig sichtbar geworden sei. Kräfte wie die Muslimbrüder seien unterschätzt worden und zwar nicht nur im Westen sondern auch von den säku-

laren Eliten in den Ländern selbst, sagte Birringer. Zu beobachten sei im Augenblick, dass sie nach den Wahlerfolgen in Ländern wie Ägypten und Tunesien zunächst nicht eine islamistische Agenda verfolgten, sondern die Sicherung ihrer Macht. Birringer ging auch auf die Unterstützung durch Katar und Saudi-Arabien ein: Während das kleine aber wohlhabende Katar mit der Unterstützung der Muslimbrüder vor allem macht- und regionalpolitische Ambitionen hege, förderten verschiedene Akteure in Saudi-Arabien vor allem aus religiösen Motiven Salafisten in den benachbarten Ländern des „Arabischen Frühlings“.

Michael Bröning von der Friedrich-Ebert-Stiftung nannte mehrere Faktoren, die den Erfolg der Muslimbrüder ausmachten: Sie könnten sich glaubwürdig von den alten Regimen abgrenzen und böten für weite Teile der Bevölkerung eine überzeugende gesellschaftspolitische Alternative. Zudem hätten sie durch ihr teils jahrzehntelanges soziales Engagement breite Akzeptanz sowie einen höheren Organisationsgrad als die Parteien der politischen Konkurrenz. Bröning machte deutlich, dass Islamisten weiterhin eine wichtige Rolle spielen würden, sich aber zugleich durch ihre Beteiligung an der Macht der Richtungsstreit im islamistischen Lager verschärfen werde – etwa zwischen Muslimbrüdern und Salafisten. Kernfrage sei, ob

die „Staaten des Arabischen Frühlings islamistisch, oder ob die Islamisten staatsstragend werden“, sagte Bröning.

Streitpunkt Scharia Der Islamwissenschaftler Mathieu Guidère (Universität Toulouse) betonte, dass Islamisten erstmals ein „muslimische Demokratie“, ein förmlich demokratisches System auf Basis des Islams, anstreben. Dabei gebe es allerdings immer wieder Reibungspunkte, die aus unter-

schiedlichen Wertvorstellungen resultieren: So stoße man bei islamistischen Wählern häufig auf Unverständnis mit dem Argument, dass Demokratie nicht nur die Macht der Mehrheit bedeute, sondern auch die Achtung der Minderheitenrechte. Guidère warb für eine differenzierte Betrachtung der Scharia, die seit dem 13. Jahrhundert Anwendung finde: Er warte davor, das islamische Rechtssystem auf drakonische Strafen wie das Abhacken von Händen zu reduzie-

ren. Zur Scharia gehörten neben dem Strafrecht vor allem Kodizes zum Zivil- und Familienrecht und zum Wirtschaftsrecht. „Die Scharia gab es immer“, und sie sei auch heute in einem Drittel der islamischen Welt Grundlage des Rechts, sagte Guidère. Entscheidend sei die Form ihrer Auslegung und Anwendung.

Rückwärtsgewandte Utopie Die Islamwissenschaftlerin Gudrun Krämer (Freie Universität Berlin) sagte, dass die Anerkennung eines rechtsstaatlichen und demokratischen Systems unter Islamisten zwar durchaus wachse, ohne dass dies allerdings in ihrer bisherigen politischen Praxis niederschläge. Muslimbrüder und Salafisten die gemeinsame Vorstellung eines Staates auf Basis des Islams verbinden. Beide würden einen „Tugendstaat“ anstreben - mit seinen Möglichkeiten, aber eben auch mit seinen repressiven Gefahren, sagte Krämer. Während Muslimbrüder jedoch ein Bewusstsein dafür hätten, dass Rechtsnormen des 7. Jahrhunderts nicht einfach auf die heutige Zeit übertragbar seien, würden Salafisten einer genau solchen „politischen Utopie“ anhängen. Krämer verwies zudem auf die „erstaunlich selten angesprochenen“ wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Islamisten: Sowohl Salafisten als auch moderate Muslimbrüder strebten auf diesem Feld eine kapitalistische Ordnung „mit sozialem Gewissen“ an.



Ägyptens Präsident Mohammed Mursi (Mitte) vor Anhängern in Kairo

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

Handelsabkommen mit Peru und Kolumbien gebilligt

Die EU hat ein Handelsabkommen mit Kolumbien und Peru geschlossen. Da die EU für Teile des Abkommens keine Kompetenz besitzt, werden neben der EU auch ihre Mitgliedstaaten Vertragspartner. Der Bundestag stimmte am Donnerstag mit Mehrheit der Koalition gegen die Stimmen der Opposition dem Gesetzentwurf zu dem Handelsabkommen (17/12354, 17/12810, 17/12875) zu. „Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Globalisierung und der sich intensivierenden Handelsströme zwischen Europa und Lateinamerika hat es die Europäische Union als ihre Aufgabe erkannt, die Chancen für die bestehende Komplementarität der Wirtschaftsräume zu nutzen, um dadurch den Wohlstand der Länder zu mehren, das Wachstum zu konsolidieren und so die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern“, schrieb die Regierung dazu. Ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion (17/12877) wurde von der Koalitionsmehrheit abgelehnt. hle

Tourismuspolitische Ziele für die Zukunft

Die Erschließung neuer touristischer Märkte, eine Stärkung der einheimischen Destinationen und der Ausbau des Tourismus mit Schwellen- und Entwicklungsländern sind die drei wichtigsten Arbeitsfelder für die Zukunft. Das teilte der neugewählte Präsident des Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW), Michael Frenzel, am Mittwoch den Mitgliedern des Tourismusausschusses mit. Allgemein gehe es der Tourismusbranche gut, sagte Frenzel. Allerdings werde die Branche oft unterschätzt, immerhin arbeiteten sieben Prozent der Angestellten in Deutschland in dem Wirtschaftszweig. Für die zukünftige Entwicklung betonte Frenzel drei Arbeitsfelder. Die deutsche Tourismusbranche müsse neue Märkte gewinnen, dazu zählten China und Russland, aber auch die Türkei oder Südamerika. Diese Länder böten noch neue Besucherpotentiale. Die BTW will sich weiterhin für den Tourismus in und mit Schwellen- und Entwicklungsländern engagieren, beispielsweise in Nordafrika. Als dritten Punkt stellte Frenzel den Tourismus innerhalb Deutschland als Arbeitsfeld vor, das weiter gestärkt und für die Zukunft gerüstet werden müsse. jbb

Neue Regelung beim Messwesen geplant

Die Bundesregierung will das gesetzliche Messwesen neu regeln und hat dazu einen entsprechenden Gesetzentwurf (17/12727) eingebracht, der am Donnerstag erstmals beraten wurde. Damit soll eine neue durchgängige Systematik für das gesetzliche Messwesen geschaffen werden, nachdem Eichordnung und Eichgesetz durch nachträgliche Anpassungen an europäische Entwicklungen unübersichtlich geworden seien. Wie die Bundesregierung weiter schreibt, bleibt die Eichung von Messgeräten zum Beispiel für die Ermittlung des Verbrauchs von Elektrizität, Gas, Wasser oder Wärme als hoheitlicher Akt erhalten, wird allerdings eingeschränkt auf den bisher als „Nacheichung“ bezeichneten Bereich. Die Ersteichung wird abgeschafft. hle

Grünen-Vorstoß zu Staatspleiten abgelehnt

Gegen das Votum der Opposition hat der Bundestag am Donnerstag einen Antrag der Grünen (17/8162) abgelehnt, in dem sich die Fraktion für die Einführung eines transparenten und unabhängigen Staateninsolvenzverfahrens eingesetzt hatte. Er folgte damit einer Empfehlung des Finanzausschusses (17/10031). Ein solches Verfahren sollte nach den Vorstellungen der Grünen auf Antrag des Schuldnerlandes beginnen und eine neutrale, unabhängige Instanz haben, die über Schuldentragfähigkeit und Legitimität der Schulden entscheidet. hle

Opposition warnt vor Wasserprivatisierung

Anlässlich der Diskussion mehrerer EU-Vorlagen zur Wasserwirtschaft haben die Fraktionen von SPD, Linke und Grünen erneut vor einer Privatisierung der Wasserversorgung gewarnt. In der öffentlichen Sitzung des Unterausschusses am Mittwoch warnten Vertreter der Opposition vor der Annahme, Wasser sei eine Handelsware und forderten öffentliche Kontrolle der Wasserversorgung. Von den Koalitionspartnern hieß es, durch die EU-Konzeptionsrichtlinie werde keine Kommune zur Privatisierung der Wasserversorgung gezwungen. hau



Mit Romantik hat das nichts zu tun: Nach der Stromabschaltung wie hier bei einer Familie in Hannover gibt nur noch eine Kerze Licht.

Kein kostenloser Grundstrom für alle

ENERGIE Linksfraktion scheitert mit Forderung nach Verbot von Sperren

Es ist ein Teufelskreis: Wenn stark steigende Preise und Arbeitslosigkeit zusammenkommen, reicht das Familienbudget oft nicht mehr, um die Stromrechnung zu bezahlen. Die Energieversorger sind rigoros: Der Strom wird abgeklippt, Kühlschrank, Herd, Licht und Fernseher funktionieren nicht mehr. Nach Schätzungen der nordrhein-westfälischen Verbraucherzentrale waren 2010 bundesweit 600.000 Haushalte von Stromsperren betroffen. Im vergangenen Winter sei allein 200.000 Hartz-IV-Empfänger der Strom abgedreht worden, berichtete der Paritätische Wohlfahrtsverband. Strom selbst ist erheblich teurer geworden: seit 2010 stiegen die Tarifkosten für Privathaushalte um 70 Prozent.

Starke Preiserhöhungen Am Donnerstag kam das Thema in den Bundestag, wo auf Wunsch der Linksfraktion über die „soziale Gestaltung der Energiepreise“ debattiert wurde. Auftaktrednerin Caren Lay (Die Linke) stellte das Millionenproblem von Johannes

Teysen, dem Chef des Energiekonzerns E.ON, den Nöten von Geringverdienern gegenüber. Energisch forderte Lay: „Es muss endlich etwas passieren, um den rasanten Anstieg der Energiekosten, der Strom-, der Heizungs- und der Gaskosten zu reduzieren.“ Wobei sie klarmachte, dass sie damit nicht den Vorschlag von Umweltminister Peter Altmaier meinte, die EEG-Umlage auf den Strompreis zu begrenzen und auch die Erzeuger erneuerbarer Energie heranzuziehen: „Sie sagen Strompreispbremse, und Sie meinen Erneuerbare-Energien-Bremse.“ Die Linksfraktion fordert, das Abklemmen vom Strom durch die Energieversorger wegen Zahlungsrückständen gesetzlich zu untersagen. Unter Hinweis auf das gerade in Berlin herrschende kalte Winterwetter ap-

plizierte Lay an die anderen Fraktionen: „Folgen Sie dem Beispiel von Frankreich und Belgien und lassen Sie uns diese Stromsperren verbieten – wenigstens im Winter!“ Darauf gingen die anderen Fraktionen allerdings nicht ein. Eine andere Forderung der Linken, die Stromsteuer zu senken, machten sich die SPD und die Grünen dagegen zu eigen, wenn auch nicht im gleichen Umfang. Dem hielt Thomas Bareiß (CDU) entgegen, die mögliche Entlastung der Verbraucher durch eine Steuersenkung würde schon in kurzer Zeit durch die Erhöhung der EEG-Umlage wieder „aufgefressen“, falls das Erneuerbare-Energien-Gesetz nicht geändert würde. „Die Strukturen des EEG müssen angepasst werden mit Markt und Wettbewerb, dann werden wir auch die Strompreise wieder in den Griff kriegen“, sagte Bareiß. Marktform sei es auch, die Höhe der EEG-Umlage für einige Jahre einzufrieren. Die zuvor von Lay kritisierte Befreiung energieintensiver Unternehmen von der EEG-Umlage verteidigte Bareiß mit den Worten, die Regierung solle dafür sorgen, dass die Energiepreise nicht zum Arbeitsplatzkiller

wird, sondern im Gegenteil zum Arbeitsplatzschaffer.“ Sein Fraktionskollege Georg Nüßlein (CSU) wandte sich mit einem sehr grundsätzlichen Argument gegen Forderungen aus der Opposition, Geringverdiener gezielt zu entlasten, beispielsweise durch Sozialtarife. Auf der einen Seite würden in verschiedenen Zusammenhängen immer wieder Vergünstigungen für Geringverdiener geschaffen oder gefordert, auf der anderen Seite wolle man wegen der Wettbewerbsfähigkeit die Kosten für Unternehmen begrenzen. Für die Mittelschicht der Bevölkerung drohe dadurch eine „Zangenbewegung, wo man die ganz oben entlastet, wo man die ganz unten entlastet, und die in der Mitte zahlen die Zeche.“

Der sozialdemokratische Hauptredner Hubertus Heil erklärte, seine Fraktion und die SPD-regierten Länder seien bereit, bei der Energiewende konstruktiv mitzumachen. An den Vorschlägen von Altmaier zur Strompreisbegrenzung ließ er aber kein gutes Haar. Es sei „zweifelhaft, ob das die Energiekosten bremst, aber es ist sicher, dass es die Energiewende bremst“. Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bundesregierung kommentierte Heil mit der Bemerkung: „Rösler, Altmaier, Ramsauer – die drei von der Zankstelle.“ An Bareiß gerichtet sagte er: „Wenn man in der Regierungsverantwortung ist, dann darf man nicht solche Reden halten, sondern dann gepackt werden mit Markt und Wettbewerb, dann werden wir auch die Strompreise wieder in den Griff kriegen“, sagte Bareiß. Marktform sei es auch, die Höhe der EEG-Umlage für einige Jahre einzufrieren. Die zuvor von Lay kritisierte Befreiung energieintensiver Unternehmen von der EEG-Umlage verteidigte Bareiß mit den Worten, die Regierung solle dafür sorgen, dass die Energiepreise nicht zum Arbeitsplatzkiller

Als Zusatzpunkt wurden eine Große Anfrage der SPD-Fraktion (17/10366) mit dem Titel „Die Energiewende – Kosten für Verbraucherinnen, Verbraucher und Unternehmen“, die Antwort der Bundesregierung darauf (17/12246) sowie ein Entschließungsantrag der Fraktion (17/12538, 17/12874) mitdebattiert. In letzterem stellten die Sozialdemokraten fest, die Regierung sei mit der Kostenbegrenzung der Energiewende gescheitert und habe nur Investitionsunsicherheit geschaffen. In der abschließenden Abstimmung wurde der kurzfristig eingebrachte Antrag der Linksfraktion an die Ausschüsse verwiesen. Die anderen dort bereits behandelten Anträge der Linken und der SPD fanden durchweg keine Mehrheit. Peter Stützel

»Lassen sie uns diese Stromsperren verbieten – wenigstens im Winter.«

Varen Lay (Die Linke)

»Rösler, Altmaier, Ramsauer – die drei von der Zankstelle.«

Hubertus Heil (SPD)

Opposition setzt auf Erdkabel

WIRTSCHAFT Bundesregierung und Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP haben sehr kritisch auf einen Gesetzgebungsvorstoß des Bundesrates zum Vorrang der Erdverkabelung (17/11369) reagiert. In einer Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie in der vergangenen Woche erklärte der Sprecher der Bundesregierung, die Erdverkabelung solle wegen ihrer Nachteile eine Ausnahme bleiben. Zu den Nachteilen gehörten die um den Faktor 2,75 höheren Kosten im Vergleich zu Freileitungen sowie ökologische und technische Gründe. Auch nach Ansicht der CDU/CSU-Fraktion kann die Erdverkabelung keine Alleinlösung sein. In betroffenen Gemeinden gebe es erhebliche Bedenken. Aus ökologischer Sicht seien die bei der Erdverkabelung notwendigen erheblichen Eingriffe in die Natur und der größere Flächenverbrauch gegenüber Freileitungen zu bedenken. Die FDP-Fraktion verwies auf die höheren Kosten, die die Regierung auf den Faktor 2,75 im Vergleich zu Freileitungen beziffert hatte. Die SPD-Fraktion setzte sich für Pilotprojekte bei der Erdverkabelung ein, weil keine Erfahrungen für unterirdische Leitungen im Bereich 380 Kilovolt (kV) über größere Distanzen vorliegen würden. Linksfraktion und Grüne warfen der Regierung vor, den Gesetzentwurf falsch auszulegen. Es gehe nicht um die Erdverkabelung als Alleinlösung, sondern um die Präzisierung der Vorrangstellung, argumentierte die Linksfraktion. Bei den höheren Kosten müsse auch berücksichtigt werden, dass es bei Freileitungen durch Verzögerungen aufgrund von Bürgerprotesten zu Kostensteigerungen komme. Ein Sprecher der Grünen wies darauf hin, im Gesetzentwurf des Bundesrates gehe es um Leitungen von 110 kV und nicht 380 kV. Bei 110 kV sei die Erdverkabelung völlig problemlos. hle

Mehr Wettbewerb auf der Schiene

VERKEHR UND BAU Die Bundesregierung will den Wettbewerb auf der Schiene stärken und die Effizienz im Eisenbahnsektor steigern. Dazu hat sie den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Regulierung im Eisenbahnbereich (17/12726) vorgelegt, der am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wurde. Um dies zu erreichen, will die Regierung die Entgelte für die Nutzung einer Eisenbahninfrastruktur regulieren, den Zugang zur Eisenbahninfrastruktur verbessern und die Befugnisse der Bundesnetzagentur stärken. Im Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) sowie in der Eisenbahninfrastruktur-Benutzungsverordnung (EIBV) sind Vorschriften über die Regulierung im Eisenbahnbereich enthalten, heißt es im Gesetzentwurf. Im Bereich des Zugangs seien die Vorschriften grundsätzlich ausreichend, im Bereich der Entgeltregulierung müssten die Vorschriften grundlegend überarbeitet werden. Deshalb sollen die relevanten Vorschriften nunmehr in einem Gesetz, dem Eisenbahngeregulierungsgesetz, zusammengefasst und besonders die Vorschriften zur Entgeltregulierung auch weitgehend neu gestaltet werden. Mit dem Gesetz werde die 1994 eingeführte Strukturreform der Eisenbahnen weitergeführt, schreibt die Regierung. mik

KfW-Aufsicht neu geregelt

FINANZEN Das Bundesfinanzministerium soll im Benehmen mit dem Bundeswirtschaftsministerium in Zukunft per Rechtsverordnung festlegen können, welche bankaufsichtlichen Vorschriften bei der staatlichen Förderbank KfW anzuwenden sind. In einem von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (17/12815) heißt es, die KfW unterliege nicht dem Kreditwesengesetz, weil sie ein besonderes Geschäftsmodell habe, einen gesetzlich festgelegten staatlichen Auftrag verfolge und daher grundsätzlich nicht mit anderen Kreditinstituten vergleichbar sei. Außerdem sei sie von den Vorschriften der EU-Bankenrichtlinie ausgenommen. Zwar halte die KfW bereits wesentliche Aufsichtsvorschriften freiwillig ein, aber es gebe „ein Bedürfnis, rechtsverbindlich und transparent festlegen zu können, welche bankaufsichtlichen Standards für die KfW entsprechend gelten“. Dabei müsse auch die besondere Rolle der KfW berücksichtigt werden, schreiben die Fraktionen, deren Entwurf vom Bundestag am Donnerstag an die Ausschüsse überwiesen wurde. Ursprüngliche Überlegungen in der Koalition, Teile des KfW-Gewinns dem Haushalt zuzuführen, waren wieder verworfen worden. Der KfW-Vorstandsvorsitzende Ulrich Schröder hatte im Wirtschaftsausschuss seinen Widerstand gegen eine Ausschüttung der Gewinne an die Eigentümer Bund und Bundesländer bekräftigt. hle





Der Bundestag ist derzeit von Zukunftsvisionen erfüllt. Im Foyer des Paul-Löbe-Hauses gastiert noch bis zum 28. März die Ausstellung „Ideen 2020“, die auch Bundesforschungsministerin Johanna Wanka (CDU) besuchte.

Wie Google Steuern spart

FINANZEN Durch das geschickte Ausnutzen des unterschiedlichen Steuerrechts in verschiedenen Ländern und interne Verrechnungen gelingt es internationalen Konzernen, ihre Steuerlast erheblich zu senken. Dies bestätigten mehrere Sachverständige bei einem öffentlichen Fachgespräch des Finanzausschusses in der letzten Woche. Professor Hubertus Baumhoff von der Kanzlei Flick Glocke Schaumburg zeigte am Beispiel des amerikanischen Suchmaschinenbetreibers Google auf, welche Möglichkeiten verschachtelte Konzerne haben. Durch ein geschicktes System von Lizenzentnahmen und -gebühren, das über Filialen in Irland und den Niederlanden abgewickelt werde, würden die Gewinne schließlich steuerfrei auf den Bermudas landen. Die USA könnten nichts gegen Googles Bermuda-Gesellschaft unternehmen. Es werde geschätzt, dass der Konzern 33 Milliarden Dollar steuerfrei gebunkert habe. „In Deutschland wäre diese Gestaltung nicht möglich“, sagte Baumhoff. Von der Deutschen Bank hieß es, bei den geschilderten Fällen handele es sich eher um ein Problem des amerikanischen Gesetzgebers. In Deutschland seien solche Modelle nicht möglich. Der Bundestag stimmte einem Antrag der Koalition (17/12827) gegen Gewinnverlagerungen zu. Ein Antrag der SPD-Fraktion (17/12819) wurde an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. *hle*

Grünen-Vorstoß abgelehnt

VERKEHR UND BAU Die energetische Quartiersanierung muss nicht sozial gerechter ausgestaltet werden. Einen entsprechenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/11205), in dem eine sozialgerechtere energetische Sanierung gefordert wurde, lehnte der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vergangene Woche mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP ab. Bei Enthaltung der SPD votierte die antragstellende Fraktion sowie die Linke dafür. Die Grünen fordern in ihrem Antrag von der Bundesregierung, die sozialgerechte energetische Quartiersanierung als neuen Förderschwerpunkt festzulegen und dafür jährlich drei Milliarden Euro aufzuwenden. Damit sollen unter anderem Hausbesitzer über mögliche Sanierungsmaßnahmen und deren Finanzierung informiert werden. Weiter fordern die Abgeordneten, dass die Städtebauförderung verstetigt und weiterentwickelt wird. Die Mittel sollen im kommenden Haushaltsjahr auf 610 Millionen Euro angehoben und perspektivisch auf den tatsächlichen Bedarf von 700 Millionen Euro jährlich erhöht werden. Die Grünen betonten im Ausschuss, dass ein ganzheitliches Sanierungskonzept gebraucht werde. Die Hausbesitzer seien allein teilweise überfordert. Außerdem müsse eine Bürgerbeteiligung verpflichtend sein. Für die Linksfraktion beinhaltet der Antrag den richtigen Instrumentenkanon. Die Koalitionsfraktionen betonten, dass viele Bestandteile des Antrags bereits geltendes Recht und Bestandteil der aktuellen Förderung sei. Insgesamt würde er über das „Ziel hinauschießen“. Die SPD-Fraktion begründete ihren Entschluss vor allem damit, dass nicht alle Bestandteile des Antrags finanzierbar sei. Insgesamt gehe er aber in „die richtige Richtung“. *mik*

Strategien für die Zukunft

FORSCHUNGSFÖRDERUNG Bundestag debattiert über Hightech-Entwicklung in Deutschland

Die Lebensgrundlagen für die Zukunft zu schaffen, ist nicht nur Aufgabe der zukünftigen Generationen. Schon jetzt müssen die richtigen Strategien gefunden werden, um eine Wachstumsstrategie zu entwickeln, die nachhaltig und qualitativ ist.

0,14 Prozent erhöht. Damit gebe es nicht einmal mehr einen Inflationsausgleich. Von der Forschungspolitik sei nicht mehr zu erwarten, schloss sie unversöhnlich. **Gute Volkswirtschaft als Basis** Der Debatte lagen der Aktionsplan „Zukunftsprojekte der Hightech-Strategie (HTS-Aktionsplan)“ (17/9261) sowie SPD-Anträge (17/247, 17/9574) zwei jeweils ein Antrag von Grünen (17/130) und Linken (17/8952) zugrunde. Zu Beginn hatte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka gesprochen und die Erfolge in der Bildungs- und Forschungspolitik hervorgehoben. Die Bundesministerin, die gerade sechs Wochen im Amt ist, sagte: „Deutschland gehört weltweit zu den innovativsten Ländern.“ Das läge an der Entdeckerfreude und der Innovationsfreude der Menschen. Die deutsche Volkswirtschaft sei heute die viertgrößte nach den USA, China und Japan. „Das ist die Basis für unsere Lebensqualität. Das Niveau muss man halten.“ Die Ministerin lobte die Arbeit in den Gesundheitszentren – in denen mit der Erforschung von Volkskrankheiten eine kleine „Revolution“ stattgefunden habe – und die

Initiative Industrie 4.0, mit der die Informatisierung der klassischen Industrien vorangetrieben werden soll. „Unsere Stärke sind vernetzte Strukturen“, sagte Wanka, die durch Industrie 4.0 gefördert würden. René Rösper (SPD) warf der Bundesministerin vor, in Wahrheit wenig zum Bericht gesagt zu haben und gleichzeitig im Haushalt wichtige Technologietitel gekürzt zu haben. Er nannte unter anderem Mikrosystemtechnologie, Neue Technologie, Optische Technologie, Arbeits- und Dienstleistungsforschungen. Weiter sagte Rösper: „Mit ihrem Namen wird das Ende von 15 Jahren guter und vernünftiger Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland verbunden sein.“ Diese gute Zeit habe 1998 mit der rot-grünen Regierung begonnen. Die jetzige Koalition würde die Früchte der Arbeit ernten. Rösper nannte als Beispiele unter anderem die Exzellenzinitiative und das Ganztagschulprogramm.

geblieben. Bei dem eigentlich sehr sinnvollen Kapitel „Auch im Alter selbstbestimmtes Leben“ sei nur auf die technische Unterstützung von älteren Menschen eingegangen worden: „Damit zäumen sie das Pferd von hinten auf.“

Innovationskraft Albert Rupprecht (CSU) verteidigte die Arbeit der Regierung und der Koalition. „Wir haben Spitzenunternehmen und Spitzenprodukte in Deutschland, die die gesamte Welt nachfragt und braucht.“ Entscheidend für die Stärke der

Wirtschaft sei die Innovationskraft der Unternehmen in Deutschland. Die Unternehmen lieferten deshalb Spitzenprodukte in der Welt, weil sie Strukturen vorfänden, die ihnen das ermöglichen. Im Anschluss an die eineinhalbstündige Plenardebatte im Bundestag wurde dann der Aktionsplan zur weiteren Beratung an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse überwiesen. Die Anträge wurden allesamt, den Beschlussempfehlungen der jeweiligen Ausschüsse folgend, abgelehnt. *Annette Rollmann*

Interfraktionelle Einigkeit Fraktionsübergreifend sind sich wohl fast alle Politiker einig, dass dabei die Investition in Bildung, Forschung und Innovation maßgeblich sind. Doch was heißt nachhaltige Wachstumsstrategie? Wie kann man wirtschaftlichen und kulturellen Wohlstand schaffen? Wie schafft man makroökonomische Rahmenbedingungen, die trotz europäischer Schuldenkrise sicher sind? Darüber debattierte am Donnerstag der Deutsche Bundestag recht kontrovers.



»Wir haben Spitzenfirmen und Spitzenprodukte in Deutschland.«
Albert Rupprecht (CSU)

Krista Sager (Grüne) warf angesichts der geplanten Haushaltskürzungen im Bildungs- und Forschungsbereich ab 2015 der neuen Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) in ihrer Rede vor: „Da bleibt doch nur noch die alte Fußballregel: Die Wahrheit ist auf dem Platz. Und wo ist der Platz, wenn es um die Zukunft geht?“ 2014 werde der Bildungs- und Forschungshaushalt um

schungspolitik hervorgehoben. Die Bundesministerin, die gerade sechs Wochen im Amt ist, sagte: „Deutschland gehört weltweit zu den innovativsten Ländern.“ Das läge an der Entdeckerfreude und der Innovationsfreude der Menschen. Die deutsche Volkswirtschaft sei heute die viertgrößte nach den USA, China und Japan. „Das ist die Basis für unsere Lebensqualität. Das Niveau muss man halten.“ Die Ministerin lobte die Arbeit in den Gesundheitszentren – in denen mit der Erforschung von Volkskrankheiten eine kleine „Revolution“ stattgefunden habe – und die

Impulse für die Wissenschaft Martin Neumann (FDP) nannte die Rede Rösper als „abenteuerlich“. Die Hightech-Strategie habe dazu beigetragen, dass es wesentliche Impulse in Wirtschaft und Wissenschaft gegeben habe. Aber dies sei kein Erfolg der SPD, sondern der Koalition, die „die Hightech-Strategie erst zu einem Gesamtkonzept aus dem Wirtwar einzelner Maßnahmen“ gemacht habe. Petra Sitte (Die Linke) sagte, soziale, soziologische und kulturelle Fragen seien in der Unterrichtung weitgehend unberücksichtigt

STICHWORT

AKTIONSPLAN – Die Projekte im Überblick

> Klima und Energie für eine nachhaltige Zukunft Das Zukunftsprojekt „Intelligenter Umbau der Energieversorgung“ fragt, wie die Energieversorgung in Deutschland langfristig zuverlässig, umweltverträglich und bezahlbar sein kann.

> Gesellschaft des längeren Lebens Das Zukunftsprojekt „Auch im Alter ein selbstbestimmtes Leben führen“ entwickelt Antworten auf die mit der Alterung verbundene Gefahr des Verlusts der Selbstständigkeit.

> Sicherheit in der digitalen Welt Das Zukunftsprojekt „Sichere Identitäten“ zeigt neue Wege auf, wie in einer zunehmend vernetzten Welt der Schutz der Privatsphäre gewährleistet werden kann.



Preiswerter tanken mit der Smartphone-App

WIRTSCHAFT Benzinpreisportale liefern Autofahrern die günstigsten Preise. Koalition will Wettbewerb ankurbeln

Preiswerter tanken mit dem Telefon: Das soll bald keine Vision mehr sein, sondern funktionieren. Tankstellenpreise werden in Zukunft bundesweit erfasst, und Betreiber von Applikationen für Funktelefone (Apps) können darauf per Internet zurückgreifen und ihren Kunden die im Minutentakt aktualisierten Daten zur Verfügung stellen. Der Autofahrer bekommt die Chance, besonders preiswerte Tankstellen anzusteuern.

nen CDU/CSU und FDP waren ebenso wie die SPD-Fraktion dafür, die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich. Wettbewerb führe zu sinkenden Preisen, gab sich Schweickert überzeugt. Die Verbraucher würden jetzt in die Lage versetzt, beim Preiswettbewerb mitzuspielen. Es werde künftig „ein Kinderspiel sein, die besten

preiseligsten Tankstellen in einer Region zu finden“. Georg Nüßlein (CSU) betonte die Wichtigkeit der Transparenz, die jetzt geschaffen werde. Dass sich bereits 60 Interessenten für die Nutzung der Preisdaten gemeldet hätten, zeige, „dass wir auf einem guten Weg sind“. Von der SPD-Fraktion kam Kritik an den stark schwankenden Preisen und der Preis-

entwicklung. Die Verbraucher könnten die Situation nicht mehr überblicken. Daher müsse die Politik eingreifen. Wenn dies über die Markttransparenzstelle keinen Erfolg haben sollte, „sehen wir uns an dieser Stelle wieder“, sagte der SPD-Politiker. Auch in diesem Jahr würden die Benzinpreise zu Ostern wieder steigen, gab sich Johanna Voß (Die Linke) überzeugt. Das Kartellamt habe bei den Benzinpreisen resigniert. Die Bundesregierung lege nur eine Scheinlösung vor. Die Stellung der Oligopolisten auf dem deutschen Benzinmarkt bleibe unberührt, kritisierte die Abgeordnete, die „Alternativen zum Auto“ anmahnte. Auch Oliver Krischer (Die Grünen) zeigte sich unzufrieden: „Zu glauben, das Problem werde gelöst, ist eine Illusion.“ Mit der Markttransparenzstelle könne bestenfalls das Problem besser beschrieben werden. Die wirkliche Antwort auf steigende Benzinpreise heiße: „Weg vom Öl.“ Aber in diesem Bereich komme von der Koalition gar nichts. *hle*



Freie Tankstellen sind traditionell preiswerter als die große Konkurrenz

Ein anspruchsvolles Ziel gab Erik Schweickert (FDP) am Donnerstag im Bundestag aus: „Wir als schwarz-gelbe Regierungsfaktionen möchten den Kunden zum König machen.“ Und deshalb wolle die Koalition den Preiswettbewerb an den Tankstellen ankurbeln. Geschehen soll dies über die Einrichtung einer Markttransparenzstelle, die Benzinpreisdaten sammelt und im Minutentakt über das Internet zur Verfügung stellen soll. Auf diese Daten können Benzinpreisportale zugreifen und sie dann den Autofahrern zur Verfügung stellen. Auf Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie stimmte der Bundestag nach einstündiger Debatte der von der von der Bundesregierung vorgelegten Verordnung zur Markttransparenzstelle für Kraftstoffe (17/12390, 17/12441 Nr. 2.5, 17/12746) zu. Die Koalitionsfraktio-

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

- Mehr Information.
- Mehr Themen.
- Mehr Hintergrund.
- Mehr Köpfe.
- Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Anlegerschutz und Anwälte bringen Klagen von Anlegern, die sich betrogen fühlen, ins Münchener Landgerichtsgebäude. Die Klagen häufen sich inzwischen.

Gefangen im Haifischbecken

FINANZBERATUNG I Anleger fühlen sich oft im Stich gelassen. Für manche öffnet sich eine Schuldenfalle

So also sieht ein Schuldenberg aus. Etwas scheu schaut Anna (Name geändert) ihn an, als überragte er alles. Dabei presst sich dieser Berg in einen einzigen Aktenordner. Bettina Heine öffnet ihn und studiert das erste Blatt, darauf ein Beschluss des Amtsgerichts. „Ihr Verbraucherinsolvenzverfahren wurde eröffnet“, liest sie vor. „Gab es schon einen Termin für die Forderungsfeststellung?“ Anna stockt. „Nicht dass ich wüsste“, sagt sie, „das hätte ich mitgekriegt.“ Bettina Heine nickt zweimal mit dem Kopf. „Kein Problem, rufen Sie mal bei Ihrer Treuhänderin an.“ Anna schaut erleichtert, sie lehnt sich zurück – hier bei einem Checktermin in der Schuldner- und Insolvenzberatung Charlottenburg-Wilmersdorf in Berlin.

Hohe Konsumausgaben Anna, 29, macht sich mit Hilfe ihrer Beraterin Bettina Heine auf den Weg zu schwarzen Zahlen. Sie sagt: „Ich lebe jetzt bewusster und gewissenhafter.“ Das war nicht immer so, sie hatte ein Ausgabenproblem. „Ich habe immer gearbeitet“, erinnert sie sich, „das Geld kam herein“. Sie fühlte sich stark. Und kannte keine Grenzen: Telefonieren? „Handy-Verträge gab es immer.“ Reisen? „Fast jedes Wochenende war ich mit meiner Clique in Deutschland unterwegs, wir waren neugierig und wollten Spaß.“ Das neue Girokonto verfügte über einen Dispo. Anna hatte gar nicht darum gebeten. Der war rasch aufgebraucht. Und die Ansprüche stiegen. Im Internet hatte sie einen Kredit aufgespürt, 10.000 Euro bekam sie nach wenigen Klicks gepumpt. Und dass sie sich Geld von ihrer EC-Karte auch in Spielsalons auszahlen lassen kann, wenn Automaten längst streiken, das erfuhr sie in ihrem Freundeskreis. Dann verlor sie ihren Job in einem Café – und ein Loch tat sich auf. Anna findet nun mit der Schuldenberatung langsam wieder hinaus. In eine Verschuldung geraten nicht wenige in Deutschland. Nach Angaben des Creditreform Schuldenatlas 2012 sind 6,6 Millionen Bürger überschuldet; 2011 waren es 6,4 Millionen. Und es handelt sich weitaus nicht immer um Sorglosigkeit wie bei Anna. Die Fälle nehmen zu, in denen sich Haushalte wegen fehlgeschlagener Investitionen massiv verschulden. Über 8.000 Anfragen und Beschwerden zu Finanzdienstleistungen liefen allein bei der baden-württembergischen Verbraucherzentrale in Stuttgart auf.

Die Rentenreform vor über zehn Jahren zwingt Verbraucher in den Markt der Finanzdienstleistungen, wenn sie ihren Lebensstandard im Alter sichern wollen. Nur: „Der Gesetzgeber hat die Verbraucher in ein Haifischbecken geschubst, ohne vorher die Haie aus dem Becken zu nehmen“, sagt

Niels Nauhauser von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg. Falsche Anlageberatung entwickelt sich zu einem Gesellschaftsproblem. „Wir haben in Deutschland keine echte Anlageberatung“, kritisiert Nauhauser. „Der Markt wird dominiert von Verkäufern, die ihre Finanzprodukte gegen Provision und Margen vermitteln.“ Die Folge: Ein Vermittler verdient nichts, wenn er seinem Kunden keine Anlage verkauft, sondern zum Beispiel zur Schuldentilgung rät. „Verkäufer, die auf Abschluss- und Bestandsprovisionen oder Margen angewiesen sind, können aus dem Marktangebot nicht die besten und günstigsten Produkte empfehlen.“ Ein Teufelskreis hat sich etabliert. Und der Finanzmarkt wird immer unübersichtlicher. Die dreistesten Fälle schaffen es an die Öffentlichkeit. Heute löst das Gebaren der Immobilienfirma S&K nur Kopfschütteln aus, ihre Prunkvillen, ein Fuhrpark mit Bentley, Aston Martin und Lamborghini sowie Partys mit C-Promis und Elefanten – das müssen doch Blender sein, denkt man; nur vertrauen ihnen Elitiche ihre Ersparnisse an, bevor die Polizei die S&K-Manager verhaftet. Tausende Anleger sollen ihnen auf den Leim gegangen sein, der Wert von Immobilien wurde nach oben hin verfälscht. Schon vor rund drei Jahren erregte S&K Argwohn, damals erwarb die Firma Lebenspolissen. Den Versicherten stellte man das Dreifache des üblichen Rückkaufwerts in Aussicht. Nach damaligen Angaben des Anleger-schutzmagazins „Graumarktinfo“ sollte das Geld in kleinen Raten an die Anleger fließen. 24 Jahre würde es dauern, bis sie die gesamte Summe erhalten. Schneeballsysteme wie das von S&K scheitern zwangsläufig. Solange mehr neue Kun-



Konto im Minus: Zeit für eine Beratung

den einzahlen als alte herausnehmen, kann solch ein Betrug den Schein wahren. Doch schließlich will jeder seine Rendite – und der Schwindel fliegt auf. Aufmerksame Verbraucher hätten im vornherein bei S&K zweifeln können, Alarmsignale gab es. Doch welcher Anleger studiert schon Prospekt und rechnet sie penibel nach? „Es gibt nicht die drei Warnzeichen, die unseriöse Anlageberatung mal eben so auffliegen lassen“, sagt Verbraucherschutz Nauhauser. „Die Anbieter sind hier sehr gut geschult, kennen die üblichen Einwände bestens und verkaufen ihre Produkte trotzdem.“

Dennoch gibt es Punkte, bei denen Anleger hellhörig werden sollten. Wenn zum Beispiel sehr hohe Renditen versprochen werden. Oder der Finanzdienstleister hohe Ausgaben veranschlagt, anstatt so viel Geld wie möglich in das Investment fließen zu lassen. Und Mund-zu-Mund-Propaganda und eine einfache, überzeugende Story klingen oft besser als sie es am Ende sind. Aktuell sind die Zinsen für Bankkredite niedrig. „Da muss man sich schon fragen, warum ein Unternehmen, das seriöse Absichten hat und Sicherheiten bieten kann, sein Kapital nicht viel preiswerter mit einem Bankkredit aufstockt“, sagte Daniel Bauer von der Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger SdK dem „Handelsblatt“.

Traum vom schnellen Geld Auf der anderen Seite lockt der Traum vom schnellen Geld, in diesen Tagen besonders, da Geld niedrig verzinst auf Konten verharret. Der Ökonom Charles Kindleberger ist bei seiner Untersuchung von historischen Finanzcrashes zur These gekommen: Boom schafft Betrug. In Deutschland hat sich längst eine Kreditgesellschaft entwickelt. 1970 wurden noch zwanzig Milliarden Euro an Konsumentenkrediten vergeben. Aber allein von 1989 bis 1999 verdoppelte sich zum Beispiel der Umfang dieser Kredite auf 216 Milliarden Euro. Kindlebergers These: je mehr Kredite angeboten werden, desto mehr Korruption. Das viele Geld der Anleger sorgt für viel Hoffnung und Vertrauen – zu viel. Denn dies hat gemäß Kindleberger zur Folge, dass Anleger die Risiken ihrer Investments unterschätzen. Nauhauser fordert einen Eingriff des Staates. „Die Messlatte für gerichtlich nicht zu beanstandende Anlageberatung ist so niedrig, dass sie quasi in der Erde vergraben ist“, sagt er. „Fehlberatung im ökonomischen Sinne ist in Deutschland der absolute Regelfall, weil es weitläufig an Sachkunde mangelt. Zudem mangelt es an einer Aufsicht über die Qualität von Anlageberatung.“ Auf die finanzierenden Banken kann ein mit seinem Berater unzufriedener Verbraucher nicht bauen. Ein Urteil des Oberlan-

desgerichts Hamm sprach jüngst eine Bank von der Mitschuld an einem unwirtschaftlichen Geschäft frei; das Geldinstitut war nicht beratend tätig gewesen, sondern hatte nur einen Kredit für das Investment gestellt.

Privatinsolvenz Bleibt der Verbraucher weitgehend allein mit seinen Fragen der Altersvorsorge? Einfache Lösungen zeichnen sich nicht ab. So hat eine Studie der Hamburger Verbraucherzentrale erfasst, dass in den vergangenen zehn Jahren Verbraucher durch den Abschluss von Kapitallebens- und privaten Rentenversicherungen einen Verlust bis zu 160 Milliarden Euro erlitten haben.

Kann sich ein Haushalt nicht von seinen Schulden befreien, bleibt die Privatinsolvenz. Seit 1999 bietet die Insolvenzordnung die Chance, in einem Verfahren von allen Schulden befreit zu werden. Die Idee: Der Schuldner offenbart sich, hält sich strikt an einen Haushaltsplan – und alle Gläubiger haben auf den Rest jener Forderungen zu verzichten, der innerhalb des 76 Monate dauernden Verfahrens nicht aufgetrieben werden kann. Für die Schuldner bedeutet dieser Schuldenbereinigungsplan keinen Freibrief. Er erfordert eiserne Disziplin. Bettina Heine zum Beispiel brachte Anna zunächst dazu, alle Briefe alphabetisch zu ordnen, eine klare Übersicht der monatlichen Einnahmen und Ausgaben zu erstellen.

Das Amtsgericht billigte schließlich Annas Schuldenbereinigungsplan. Viel kann die Arbeitslose nicht zurückzahlen. „Seitdem drehe ich aber jeden Cent um.“ Und sie hat sich im Vorjahr qualifiziert, das Abitur gemacht, will studieren. Viele von ihrer damaligen Clique, sagt sie, würden immer noch im Schuldensumpf verharren. Manche nahmen nun Drogen. Wer einen Termin bei Bettina Heine haben will, muss sich viele Wochen lang gedulden. Die Beratungsstellen sind überlaufen. Aber Anna kann durchatmen. „Das hier ist wie ein Marathon, aber mit jedem Schritt fühle ich mich freier.“ Annas Schuldenberg – in etwas mehr als fünf Jahren hat sie ihn bezwungen. Jan Rübel

Alternative zu den Provisions-Geschäften

FINANZBERATUNG II Bundesregierung will »Honorarberatung« per Gesetz stärken

Wenn Geld angelegt werden soll, braucht der oft über den Kapitalmarkt schlecht informierte Anleger Beratung. Und da können Risiken lauern. Banken und Versicherungen können die eigenen Produkte in rosigen Farben malen. Neutral und ohne Provisionen kann dagegen der „Honorarberater“ tätig werden. Der arbeitet natürlich nicht uneigennützig, sondern verlangt ein Honorar für seine Leistung. Die Koalition will diesen noch kleinen Berufsstand fördern und hat dazu den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung und Regulierung einer Honorarberatung über Finanzinstrumente (17/12295) eingebracht. Damit soll eine Alternative zur Beratung auf Provisionsbasis aufgezeigt werden.

In einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses in der vergangenen Woche begrüßten Beraterverbände und Fondsgesellschaften die Pläne für die gesetzliche Verankerung des „Honorarberaters“, der über einen hinreichenden Marktüberblick verfügen muss und sich nicht auf eigene oder auf Finanzinstrumente von ihm nahestehenden Anbietern beschränken darf.

Enorme Vermögensverluste So erklärte der Bundesverband deutscher Honorarberater: „Angesichts der enormen Vermögensverluste, die Anleger aufgrund falscher Anlageberatung erleiden, aber auch der Folgeschäden für die Branche selbst, ist ein Systemwechsel in der Finanzindustrie zwingend.“ Für den Verband ist ein Provisionsverbot sogar die beste Lösung. Die Bundesinitiative der Honorarberater begrüßte den Gesetzentwurf und schlug eine Ausweitung der auf Wertpapieranlagen beschränkten Honorarberatung auf Versicherungen



Wie Geld richtig angelegt werden kann, sollen künftig Berater gegen Honorar verraten.

und andere Finanzdienstleistungen wie Kredite, Finanzierung und Bausparen vor. Ähnlich äußerte sich der Bundesverband Finanz-Planer, der den Gesetzentwurf in seiner Stellungnahme als weiteren Schritt zu einem umfassenden Honorar-Finanzberater bezeichnete, „der zu allen Fragestellungen im Bereich Versicherungen, Kapitalanlagen und Baufinanzierung auf Honorarbasis neutral, sachkundig und im besten Sinne des Kunden berät“.

Auch der Fondsverband BVI unterstützte den Gesetzentwurf „uneingeschränkt“, wies aber zugleich darauf hin, dass auf die Provisionsberatung nicht verzichtet werden könne. Vom Verband geschlossene Fonds hieß es, die vorliegenden Regelungen seien gut geeignet, „zusätzlich zu den bestehenden Vertriebsstrukturen in Deutschland ei-

nen Mehrwert für Anleger zu schaffen“. Widerstand gab es vom Bundesverband der Vermögensberater. In keiner Weise nachvollziehen könne man die schon im Gesetzestitel deklarierte „Förderung“ der Honoraranlageberatung. Für eine staatliche Förderung bestehe keine Notwendigkeit. Der Markt solle entscheiden, welche Marktanteile die Honorarberatung habe: „Bislang hat er sich jedoch gegen die Honorarberatung von Verbrauchern entschieden“, so das Fazit der Vermögensberater. hle

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



»Angebot an Zypern gilt«

HAUSHALT „Wir stehen weiterhin zu unserem Angebot an Zypern.“ Dies erklärte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vergangene Woche im Haushaltsausschuss, wo er den Abgeordneten über das Sondertreffen der Eurogruppe am 15. März 2013 zu Zypern berichtete und über die Konsequenzen aus der Ablehnung des Hilfspaketes durch das zypriotische Parlament informierte. Notwendig sei aber auf jeden Fall, dass Zypern seinen Anteil zur Rekapitalisierung und Umstrukturierung des zypriotischen Bankensystems in Höhe von insgesamt rund sieben Milliarden Euro bringen werde, sagte er weiter. Dies müsse nicht durch eine einmalige Abgabe der Anleger geschehen – wie im Hilfsprogramm vorgeschlagen. Wie dies geschehen solle, sei alleine die Entscheidung der Zyprioten. Im übrigen sei alles getan worden, dass die Krise Zyperns nicht auf den Euro überschwapen könne. Die Union wies darauf hin, dass zunächst nur Einlagen über 100.000 Euro zu den Abgaben herangezogen werden sollten. Erst auf Initiative der zypriotischen Regierung seien auch Guthaben mit weniger als 100.000 Euro ins Auge gefasst worden. Die FDP betonte, dass die Einlagensicherung keine europäische Sicherung sei, sondern nur eine Sicherung der jeweiligen Staaten. Diese würden also nur dann die Einleger entschädigen, wenn der Staat dies bezahlen könne. Für die SPD hat die Bundesregierung den Fall Zypern „total unterschätzt“. Es sei unverständlich, dass die Finanzminister eine Lösung akzeptiert hätten, die das Vertrauen in die Einlagensicherung erschüttere. Zwar habe die SPD ebenfalls eine Beteiligung der Anleger gefordert, es sei aber immer klar gewesen, dass es einen Freibetrag von 100.000 Euro geben müsse. Dem stimmten auch die die Grünen zu. Für die Linksfraktion war „schon lange“ absehbar, dass das zypriotische Parlament nicht zustimmen werde. **mik**



Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven: Hier können selbst die größten Containerschiffe tideunabhängig schnell abgefertigt werden.

Die Zukunft liegt auf hoher See

WIRTSCHAFT Deutsche maritime Wirtschaft hat enormes Wachstumspotenzial. Probleme bei der Schiffsfinanzierung

Regierung und Koalitionsfraktionen haben ein positives Bild der maritimen Wirtschaft in Deutschland gezeichnet. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Hans-Joachim Otto (FDP), erklärte am Freitag im Bundestag: „Die maritime Wirtschaft in Deutschland ist eine strategisch unverzichtbare Zukunftsbranche mit einem überdurchschnittlichen Wachstumspotenzial.“ Deutschland als drittgrößtes Exportland der Welt brauche ein „starkes maritimes Cluster“. Eckhardt Rehberg (CDU) sprach von einer Erfolgslanz in diesem Wirtschaftszweig. So sei die Zahl der Landarbeitsplätze seit 1999 von 16.000 auf 23.000 gestiegen, und es gebe eine effiziente Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft zur Wachstumsausbildung.

SPD vermisst Antworten Dagegen zeichnete die Opposition ein anderes Bild. Die Bundesregierung habe in wichtigen Handlungsfeldern keine Antworten geliefert, klagte Uwe Beckmeyer (SPD). Die maritime Wirtschaft, eine Schlüsselbranche, sei auf sich gestellt. „Die Bundesregierung versteht sich als moderierend. Handeln ist nicht so ihr Ding“, sagte Beckmeyer, der der Regierung vorwarf, dem maritimen Standort zu schaden und einen Kurswechsel forderte. Der Modernisierungsprozess müsse mit einer strategischen Industriepolitik gesteuert werden. Dafür seien vier Dinge wichtig: Finanzierung, Förderung zukunftsfähiger Arbeit, eine umfassende Innovationsstrategie und die Stärkung der Infrastruktur. Der Parlamentarische Staatssekretär im Verkehrsministerium, Enak Ferlemann (CDU), antwortete Beckmeyer, er habe über ein Land geredet, „das ich gar nicht kenne“. Ferlemann lobte den intensiven Austausch von Politik und maritimer Wirtschaft bei der „Maritimen Konferenz“ im April in Kiel: „Viele andere Branchen würden sich wünschen, dass es so eine Gelegenheit gibt, sich auszutauschen.“ Die maritime Politik sei

bei Bundesregierung und Koalition in guten Händen, versicherte Ferlemann, der die maritime Politik als nationale Aufgabe bezeichnete. Auf einen besonderen Aspekt verwies Ingbert Liebing (CDU): Danach wird die Offshore-Stromerzeugung „Wachstumstreiber der maritimen Wirtschaft“ sein. Torsten Staffeldt (FDP) bezeichnete die deutsche maritime Wirtschaft „nach wie vor starken Player auf dem Weltmarkt“, der erhalten werden müsse. Dagegen verwies Herbert Behrens (Fraktion Die Linke) auf die zurückgehende Zahl der Schiffe unter deutscher Flagge. 600 Schiffe sollten es nach der Vereinbarung im maritimen Bündnis vor zehn Jahren sein. Es sei aber nur halb so viele. Die Bundesregierung müsse auf europäischer Ebene aktiv werden, um den Subventionswettbewerb zu stoppen, verlangte Behrens, der zudem den Bau und Export von Kriegsschiffen ablehnte. Die Mittel müssten in den zivilen Schiffsbau umgelenkt werden. Valerie Wilms (Grüne) kritisierte die Debatte als „übliche parlamentarische Beweisrührungsschau“ kurz vor der „Maritimen Konferenz“. Die deutsche maritime Wirtschaft sei weitgehend verschwunden. Deutschland habe zwar die weltweit größte Container-Schiffahrt-Nation, aber nicht unter deutscher Flagge. Es gebe eine „riesige Schiffsblase, die in Kürze platzen wird“, warnte sie. Die Regierung müsse endlich aus dem „maritimen Tiefschlaf“ erwachen. In dem an die Ausschüsse überwiesenen Dritten Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung und die Zukunftsperspektiven der maritimen Wirtschaft in Deutschland (17/12567) heißt es, Deutschland besitze mit 3.750 Handelsschiffen nicht nur die drittgrößte Handelsflotte weltweit, sondern auch die jüngste und modernste. In dem als Unterrichtung vorgelegten Bericht wird der weltweit Marktanteil der deutschen Handelsflotte auf 9,4 Prozent beziffert. Aufgrund der Überkapazitäten auf dem Weltmarkt seien die Fracht- und Containerrenten massiv eingebrochen und hätten die Betriebs- und Finanzierungskosten nur

noch zum Teil gedeckt. „Für 2013 ist noch mit keiner nachhaltigen Besserung der Lage in der internationalen Seeschiffahrt zu rechnen“, prognostiziert die Regierung, die sich aber andererseits überzeugt zeigt: „Die maritime Wirtschaft bleibt eine Zukunftsbranche, auch wenn das Wachstum gegenwärtig durch eine gedämpfte globale Wirtschaftsentwicklung und den Auswirkungen der Euro- und Bankenkrise spürbar gebremst wird.“ Die deutschen Werften hätten sich insbesondere durch die Konzentration auf den Spezialschiffbau 2012 gut behaupten können. In einem vom Bundestag beschlossenen Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP (17/12817) wird die Regierung aufgefordert, die Probleme der Schiffsfinanzierung zu lösen. Zu den weiteren Forderungen der Koalition gehören eine Verstärkung der Fördermittel für die Seeschiffahrt und die Schaffung einer einheitlichen modernen Flaggenstaatsverwaltung, „um die Attraktivität der deutschen Flagge zu stärken“. Außerdem sollen Engpässe beim Seehinterlandverkehr beseitigt werden. Beide Fraktionen fordern einen beschleunigten Ausbau der Offshore-Windenergie. Abgelehnt wurde ein SPD-Antrag (17/12723), in dem ein erheblicher Anpassungsdruck der maritimen Wirtschaft festgestellt wird. Die Bundesregierung müsse den Prozess der Neuausrichtung der maritimen Wirtschaft aktiv steuern. „Doch die Bundesregierung setzt in wichtigen Handlungsfeldern der maritimen Politik auf eine Liberalisierung von Märkten und den Rückzug des Staates – eine Haltung, die dem maritimen Standort insgesamt schadet“, wird kritisiert. Abgelehnt wurde mit Koalitionsmehrheit auch ein Antrag (17/12697, 17/12878) der Grünen. Die Fraktion verlangt, die Tonnagebesteuerung von Schiffen europäisch zu harmonisieren und ein europäisches Flaggenregister einzuführen. An die Ausschüsse überwiesen wurde ein Antrag der Linksfraktion (17/12823), in dem unter anderem ein Ende des Subventionswettbewerbs gefordert wird. **Hans-Jürgen Leersch**

Heikle Klippen umschiff

WACHSTUMS-ENQUETE Viele Differenzen zu Bericht

Einem Gewerkschafter fällt so etwas natürlich auf. 158 Seiten zählt der Bericht zu „Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile“, den die Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ vergangene Woche verabschiedete. In dem dicken Text finden sich exakt drei Zeilen zum Mindestlohn – mit der Bemerkung, die mit der Erstellung der Expertise beauftragte Projektgruppe 5 habe dieses Problem „intensiv“ diskutiert, allerdings „ohne neue Befunde und Erkenntnisse“. Das könne doch nicht sein, kritisierte der von der Linksfraktion benannte Sachverständige Norbert Reuter aus der Ver.di-Bundeszentrale, der Mindestlohn sei „doch ein gesellschaftliches Thema ersten Ranges“. Auch Dieter Hexel vom Bundes-DGB ärgerte sich. Zwar werde einer besseren Mitbestimmung das Wort geredet, doch werde das nicht näher erläutert, monierte der von der SPD delegierte Experte. Zudem setze er sich das Papier nicht mit der Misere auseinander, dass viele Beschäftigte von ihrer Arbeit nicht leben könnten: „Warum steht das da nicht?“ Der CDU-Abgeordnete Matthias Zimmer kontierte auf entwaffnende Weise. Arm durch Arbeit, Mindestlohn, Mitbestimmung: Hätte man dazu Näheres beschließen wollen, „dann wären wir in Konflikt geraten, und das hätte uns nicht gut getan“, brachte der Vizevorsitzende der Kommission das Dilemma auf den Punkt. Sabine Leidig (Linke), Leiterin der Projektgruppe 5: „Je mehr wir uns der Tagespolitik annähern, desto mehr Konflikte gab es.“ Solche Klippen hat man umschiffen. So wurde denn der von Leidigs Team entworfen Bericht anders als die Expertisen sonstiger Projektgruppen ohne größeren Streit hellgelb geblitzt: Eine Verständigung war möglich in der Problemanalyse und in der Proklamation des allgemeinen Ziels, die Arbeitswelt sowie das Konsumverhalten und die Lebensstile der Bürger stärker nachhaltig auszurichten – viel Konkretes findet sich aber nicht. Erwerbstätigen solle die Ausübung einer „qualitativ hochwertigen Arbeit“ ermöglicht werden, verlangte Leidig, Verbraucher müssten die Chance erhalten, einen nachhaltigen Konsum zu praktizieren. Gegen solche Forderungen mochte niemand etwas einwenden.

hergestellt werden“, heißt es in einer Bewertung der SPD-Parlamentarier. Das Papier der Kommission belässt es bei der Präsentation von drei unterschiedlichen Modellen als Basis künftiger politischer Diskussionen. Vor dem Hintergrund von Fachkräftemangel, Globalisierung und demographischem Wandel plädiert ein Konzept, das vor allem Union und FDP zuzuordnen ist, für eine Ausdehnung der Erwerbsarbeit, etwa durch eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit, und für mehr Flexibilisierung.

SPD gegen Ausdehnung Ein von der SPD favorisierter Entwurf zielt auf „Vollbeschäftigung in qualitativ hochwertiger Arbeit“, lehnt eine Ausweitung des gesamten Arbeitsvolumens ab und will die Arbeitszeit zwischen Frauen und Männern ausgeglichener verteilen. Linke und Grüne befürworten ein Modell, das soziale Sorgearbeit und bürgerschaftliches Engagement stärker mit Erwerbstätigkeit verknüpft. Konkreter wird die Expertise, wenn es um Konsumverhalten und Lebensstile geht. Autos mit ökologischem Antriebssystem könne man über Sonderfahrspuren bevorzugen. Carsharing-Fahrzeuge sollten bei Parkplätzen privilegiert werden, auch sollten sie verkehrsberuhigte Zonen nutzen können. Plädiert wird für eine Neuregelung der Ent-

»Je mehr wir uns der Tagespolitik näherten, desto mehr Konflikte gab es.«

Sabine Leidig (Die Linke)

nungspauschale. Aber wie? Offenbar war keine Einigung möglich.

Ein nachhaltiger Konsum müsse in den Lehrplänen an Schulen eine stärkere Rolle spielen, wird verlangt. Eine höhere Glaubwürdigkeit von Siegeln und Zertifikaten könne die Information über Waren verbessern. Ein Dreh- und Angelpunkt der Nachhaltigkeit: Firmen sollen Produkte mit längerer Lebensdauer entwickeln sowie deren Reparatur- und Recyclingmöglichkeiten verbessern. Gefordert wird eine Debatte über eine „Ernährungswende“. Nötig sei mehr Aufklärung über den Kauf „saisonalen und fair gehandelter Produkte“. Ein „Runder Tisch“ soll bis 2025 für eine Halbierung der Lebensmittelverluste sorgen. Brisant mutet die Forderung an, den Fleischkonsum der Bürger zu verringern: Dessen Verteuerung wird zwar nicht offen verlangt, doch ist von einer „entsprechenden Preisgestaltung“ die Rede, eine Fußnote erwähnt die Abschaffung der ermäßigten Mehrwertsteuer – und dies, obwohl die Preissteigerung bei Nahrungsmitteln über der Inflationsrate liegt. Darf der Staat Verbraucher über eine politisch motivierte Verteuerung von Lebensmitteln unter Druck setzen? Leidig räumte ein, dass Lebensstile eine individuelle Angelegenheit seien, doch auf deren Ausprägung nehme der Staat über Rahmenbedingungen Einfluss. Der Bericht will „plurale Lebensstile“ respektieren, aber: „Der Staat kann sich nicht aus den individuellen Freiheitsentscheidungen über Lebensstile heraushehlen.“ Aufgelöst wurden diese Widersprüche nicht. **Karl-Otto Sattler**

© picture-alliance/ga

Unterschiedliche Positionen Beim Thema Arbeit habe man indes vor allem unterschiedliche Positionen „sichtbar gemacht“, so die Links-Abgeordnete. Zu einigen vermochte man sich auf eine Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Frauen – weswegen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefördert und die Kinderbetreuung ausgebaut werden sollen. Einverständnis herrscht auch, die Leute durch eine Bildung und Ausbildung fit zu machen für einen Umbau der Wirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit. Wie aber soll eine „zukunftsfähige“ Arbeitswelt aussehen? Dazu „konnte kein Konsens

»Mittel umgeleitet«

VERKEHR UND BAU Schlagabtausch zum Nord-Ostseekanal

Der Schuldige für eine einwöchige Sperrung des Nord-Ostseekanals war für die Opposition schnell gefunden. In der vergangenen Woche schob sie in einer aktuellen Stunde vor allem Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) die Verantwortung zu, die dringend erforderliche Instandsetzung des Kanals zu verschleppen und für eine zuneh-

Schleswig-Holstein als Ramsauer“, sagte und betonte, Deutschland sei als „Mittelstandsland“ dezentral aufgestellt und dementsprechend auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen. Vor diesem Hintergrund setzte er sich für einen stärkeren „Pioniergeist“ ein und forderte, auf nationaler Ebene mehr „an einem Strang zu ziehen.“

Auch Torsten Staffeldt (FDP) mahnte eine stärkere gemeinsame Anstrengung an. „Der maritime Bereich muss eine höhere Wertigkeit erhalten“, sagte er und erteilte Forderungen aus der Opposition nach einer schnelleren Umsetzung der erforderlichen Modernisierungsmaßnahmen eine Absage. Demgegenüber kritisierte die Grünen-Abgeordnete Valerie Wilms für die zu lösenden Fragen des Kanals eine stärkere Sachorientierung. „Es reicht eben nicht, einen Spatenstich zu inszenieren. Wir müssen uns sachgerecht für den Erhalt dieser wichtigen Anlagen einsetzen.“ Herbert Behrens (Die Linke) konnte keine vorausschauende Planung erkennen, sondern lediglich Flickschusterei. Seit Mai 2010 könne eine fünfte Schleuse gebaut werden, 270 Millionen Euro seien hierfür bereitgestellt worden. „Doch passiert ist nichts!“ **jmb**



Wegen Schleusenarbeiten gesperrt: Nord-Ostseekanal

© picture-alliance/ga

meinde Verteuerung des Projektes verantwortlich zu sein. So warf der Hamburger Abgeordnete Johannes Kahrs (SPD) dem Minister vor, er habe für die Modernisierung des Kanals bereits zur Verfügung stehende Mittel nach Bayern umgeleitet, um diese für dortige Projekte zu verwenden. „Ich schies Sie“, entgegnete Ramsauer, „aber dies ist ein Foul, für das es im Fußball die rote Karte gibt.“ Unterstützung erhielt der Minister vom Unionsabgeordneten Philipp Murmann (CDU). „Kein Bayer war zuletzt häufiger in

KURZ NOTIERT

Honig soll eindeutig gekennzeichnet werden

Honig, der gentechnisch veränderte Pollen enthält, soll in Zukunft eindeutig gekennzeichnet werden. Das fordern die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (17/12839), der am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wurde. Die Imker- und Verbraucherverbände sollen bei der Erarbeitung der Honig-Kennzeichnung einbezogen werden. Eine allgemeine Deklarationspflicht für Pollen als Zutat im Honig müsse im Interesse der Honigwirtschaft vermieden werden, ohne die Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Organismen im Honig sowie Schadensersatzansprüche der Imker bei gentechnischen Verunreinigungen zu gefährden. **eis**

Grüne wollen Haltung der Legehennen verbessern

Die Grünen haben am vergangenen Donnerstag einen Antrag zur Verbesserung der Legehennenhaltung (17/12842) vorgelegt. Danach soll die Bundesregierung die im Bundesrat beschlossene Fünfte Verordnung zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung unverzüglich in Kraft setzen. Laut Antrag sollen alle Hermesbürgschaften für den Export und den Bau von Tierhaltungsanlagen, die deutschem oder europäischem Recht widersprechen, gestoppt und die Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung um Angaben zur Haltungform der Legehennen bei allen Lebensmitteln erweitert werden. **eis**

Keine Ausweitung der Eier-Kennzeichnungspflicht

Die Eier-Kennzeichnungspflicht muss nicht auf verarbeitete Eier ausgeweitet werden. Einen Antrag (17/9170) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dieser Forderung lehnte der Bundestag vergangenen Donnerstag ab (17/9973). Die Grünen forderte, ndie Bundesregierung dazu auf, die Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung so zu ändern, dass Angaben zur Haltungform der Legehennen bei allen Produkten, die Ei als Zutat enthalten, verpflichtend vorgeschrieben werden. Des Weiteren soll sie sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass die EU-weite Kennzeichnungspflicht für Eier auf eierhaltige Produkte jeder Art ausgedehnt wird und eine Tierhaltungskennzeichnung für alle tierischen Produkte geschaffen wird. **eis**

Neues Gesetz über intelligente Verkehrssysteme

Die Bundestag hat am Donnerstag dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/12371) über intelligente Verkehrssysteme im Straßenverkehr und deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern zugestimmt (17/12768). Damit wird die Richtlinie 2010/40/EU umgesetzt. **mik**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

AUFGEKEHRT

Berlin-Mitte hat Strahlkraft

Wenn das Parlament in Berlin ist, wird alles anders. Dann ist Schluss mit dem Raumschiff Bonn! Schluss mit dem ewigen Aufeinanderhocken von Politik, Medien und Lobbyisten. Die Politik, so die oft zu hörende Meinung damals, wäre dann endlich „näher am Menschen“ – als ob in Bonn nur Leute vom anderen Stern gelebt hätten. Mit Bonn ist nun ja seit fast 14 Jahren (so gut wie) Schluss, doch keineswegs mit dem Raumschiff Bonn. Denn das ist in Berlin gelandet, genauer gesagt: in Berlin-Mitte. Die neue Mitte ist das Zentrum des bundespolitischen Betriebes. Wer Politik und Medienpromis sehen möchte, weiß, in welchen Lokalen er auf sie stößt. Stadtführer bieten Routen auf den Spuren von Lobbyisten an – ideal für Fußkranke, weil „alles so schön nah beieinander liegt“. Der Mitte-Mensch verschmilzt geradezu mit seinem Bezirk, in dem er selten wohnt und der in weiten Teilen geprägt ist von kühler, schnörkelloser Architektur. Man erkennt ihn daran, wie er geht und was er trägt. Der bunten, schlendern Masse der Touristen setzt er den eigenen Schritt und die wichtige Miene entgegen. Politiker, Berater und Verbandsvertreter sind optisch kaum voneinander zu unterscheiden, sogar Journalisten, die sich früher gerne durch einen unangepassten Look auszeichneten, greifen vermehrt zum dunklen Anzug. Man trifft sich nicht heimlich im Hinterzimmer der Macht, sondern für alle sichtbar im Einstein, im Borchert oder anderen Lokalen in Berlin-Mitte. Mitte hat Strahlkraft. Wie ein Gütesiegel wird der Begriff schon auf Briefköpfen eingesetzt. Das Signal ist klar: Der Absender ist ganz dicht dran, ist ein Teil davon. Ein Teil des Raumschiffs. Aber dieses Wort verschweig man lieber. Das heißt jetzt Mitte. *Jacqueline Schäfer* ■

VOR 45 JAHREN ...

Eine Lücke im Kabinett

2. April 1968: Lücke tritt zurück. „Und wenn die Leiche auch noch so stinkt, von uns werden Sie nicht erfahren, dass sie tot ist.“ Für manchen Geschmack etwas zu makaber kommentierte Ernst Benda, 1967/68 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, vor Journalisten das sich abzeichnende Scheitern der geplanten Wahlrechtsreform. Dabei hatten sich Union und SPD bei ihren Koalitionsverhandlungen 1966 auf dieses Vorhaben verständigt. Zumindest sollte bis zur nächsten Bundestagswahl 1969 ein Übergangswahlrecht verabschiedet sein. Im Zentrum der damaligen Diskussion stand dabei Innenminister Paul Lücke (CDU).



Der zurückgetretene Paul Lücke (Mitte) ist wieder einfacher Abgeordneter.

Gemeinsam mit Herbert Wehner (SPD) bereitete Lücke die Einführung des Mehrheitswahlrechts nach britischem Vorbild vor. So wollte er stabile Mehrheitsverhältnisse im Bundestag sichern und Krisen wie zu Zeiten der Weimarer Republik verhindern. Außerdem sollte der Einzug der neozionistischen NPD in den Bundestag verhindert werden. Diese hatte seit ihrer Gründung 1964 bereits in sechs Landtagswahlen Erfolge erzielt. Doch bereits seit Juni 1967 äußerten immer mehr SPD-Politiker Zweifel an einem Erfolg der Wahlrechtsreform. Auf einem Parteitag im März 1968 beschlossen die Sozialdemokraten schließlich, die Wahlrechtsfrage erst nach der Bundestagswahl anzugehen. Vorher wurde eine Studie veröffentlicht, die der SPD bei einem Mehrheitswahlrecht gegenüber der Union schlechtere Chancen einräumte. Enttäuscht über die SPD räumte Lücke am 2. April seinen Posten. *Benjamin Stahl* ■

ORTSTERMIN: KINDER UND JUGENDLICHE IM BUNDESTAG



Der Bundestag hält mit kuppelkuckker.de, mitmischen.de, dem Kindertag (links unten) und dem Jugendparlament (rechts oben) viele Informationsangebote für Kinder bereit.



Nicht nur für Erwachsene

Die Tür ist verschlossen, doch die Sechsklässler aus Brandenburg stehen trotzdem staunend davor. Denn dahinter könnte die Bundeskanzlerin sitzen. Erst zaghaft, dann immer stärker pochen die 12-Jährigen an die große blaue Tür. Keine Reaktion. „Frau Merkel hat heute offenbar andere Termine“, sagt Alexandra Ufnal. Die Besucherführerin des Bundestages vergisst auch nicht, ihren jungen Gästen zu erklären, dass Angela Merkel (CDU) ihren eigentlichen Arbeitsplatz im Bundeskanzleramt hat. Zum zweiten Mal dieses Jahr war in der vergangenen Woche Kindertag im Bundestag. An insgesamt sechs Tagen im Jahr können Schulklassen oder Gruppen mit Kindern im Alter von fünf bis 14 Jahren sich durch das Gebäude führen lassen, mit einem auf sie abgestimmten Angebot. Schüler ab der zehnten Klasse können außerdem zweimal die Woche mit einem Plangruppe den Bundestag kennenlernen und ausprobieren, wie Gesetzgebung abläuft. Wer keine Gelegenheit hat, das deutsche Parlament zu besuchen, kann sich aber auch im Internet über die Vorgänge

im Bundestag, Themen der Tagesordnung oder einfach über die Art, wie Politik gemacht wird, informieren. Für Kinder ist kuppelkuckker.de gedacht. Hier laden der Adler Karlchen zusammen mit den Schülern Max und Lisa die Besucher ein, den Sitzungssaal und die Kuppel zu entdecken oder Nachrichten aus dem Bundestag zu hören. Auf mitmischen.de können Jugendliche über aktuellen politische Themen diskutieren, beispielsweise die doppelte Staatsbürgerschaft oder ehrenamtliches Engagement. Mit dem Spiel parlamentsprofi.de können Schüler ihr Wissen testen. In der Rubrik „Parlamännchen“, die regelmäßig auf Seite 3 dieser Zeitung erscheint, werden wichtige Begriffe besonders kindgerecht erklärt. Natürlich bemüht sich der Bundestag nicht nur, Kinder über seine Arbeit zu informieren. Die Abgeordneten setzen sich für die Rechte des Nachwuchses ein. Prominentestes Beispiel ist dafür die Kinderkommission, die seit 1988 die Interessen von Kindern und Jugendlichen vertritt. Aktuell beschäftigen sich die Abgeordneten vor allem mit

den Problemen und Bedürfnissen von Kindern psychisch kranker Eltern. Die derzeitige Vorsitzende Beate Walter-Rosenheimer ist klinische Psychologin, daher liegt ihr das Thema nah, erklärt sie. „Unser psychiatrisches System denkt Familienangehörige und besonders Kinder schon mehr mit als früher, aber sicher noch nicht in ausreichendem Maß.“ In der vergangenen Woche besuchte Beate Walter-Rosenheimer mit Kollegen die Ambulante Sozialpädagogik Charlottenburg (Amsoc). Die Berliner Einrichtung bietet eine vom Jugendamt finanzierte ambulante Hilfe für Familien. 33 festangestellte Mitarbeiter und 80 Ehrenamtliche kümmern sich um die Kinder und ihre Eltern. Bei dem Termin seien vielfältige Probleme angesprochen worden, sagt Walter-Rosenheimer, beispielsweise fehlendes Geld für ein Paten-Projekt. „Grundsätzlich bleibt festzuhalten, dass es noch mehr Aufklärung in der Gesellschaft braucht, damit die Stigmatisierung psychischer Krankheiten abgebaut wird.“ *Sandra Ketterer* ■

LESERPOST

Zur Ausgabe 10-11 vom 4.3.2013, „Mierscheid zum 80.“ auf Seite 14 und zur Ausgabe 8 vom 18.2.2013, „Eine Brücke für den ideellen Gesamtabgeordneten“ auf Seite 14:

Vielen Dank dafür, dass Sie uns Außenstehenden auch solche internen Schmankerl wie den ausgedachten Bundestagsabgeordneten Jakob Mierscheid präsentieren. Bis ich Ihren Artikel über die nach ihm benannte Brücke in der Ausgabe vom 18. Februar las, war mir Jakob Mierscheid vollkommen unbekannt. Ich finde die ganze Sache sehr witzig. Es ist schön, dass eine solche Tradition, man muss wohl fast schon sagen „Institution des Bundestages“, noch gepflegt wird und Bundestagspräsident Norbert Lammert ihm noch zum Geburtstag gratuliert.

Aufgrund ihrer Berichterstattung habe ich mir auch die Wikipedia-Seite Mierscheids angesehen und war erstaunt, welche weiteren Auswüchse sich die doch eher als humorlos verschrienen deutschen Amtstuben ausgedacht haben. Allerdings möchte ich anmerken, dass Jakob Mierscheid verdächtige Ähnlichkeit mit der fiktiven Figur Karl Ransier aus der Fernsehserie „RTL Samstag Nacht“ hat. Karl Ransier

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 15.-19.04.2013
Quote für Aufsichtsräte (Do),
Wirtschaftskriminalität (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

wurde in der Sendung immer wieder als „der wohl erfolgloseste Mensch aller Zeiten“ beschrieben. Ich hoffe für Herrn Mierscheid und dessen politische Karriere, dass hier keinerlei Verwandtschaft besteht und die Ähnlichkeit nur äußerlicher Natur ist.

Annelene Weber, per E-Mail

Zur Ausgabe 12 vom 18.3.2013, „Kopf der Woche“ auf Seite 1 und zur Ausgabe 8 vom 18.2.2013, „Rücktritt des Papstes“ auf Seite 13:

Ich finde es gut, dass Sie in ihrer letzten Ausgabe den neuen Papst in ihrer Rubrik „Kopf der Woche“ abgebildet haben. Ich denke, seine Wahl war eindeutig das bestimmende

Thema der Woche. Allerdings haben Sie sich wiederholt, da die fünf Wahlgänge, die gebraucht wurden, um Papst Franziskus zu wählen, zweimal auftauchen: einmal in Ihrem Text und einmal als Zahl der Woche. Das ist ein kleiner Fauxpas. Allerdings gefällt es mir, dass Sie dieses Mal nicht die gleiche Darstellungsform gewählt haben, wie in Ihrer Ausgabe vom 18. Februar. In dieser hatten Sie den Rücktritt von Papst Benedikt XVI. thematisiert und alle Bundestagsfraktionen zu Wort kommen lassen. Ich kann zwar verstehen, dass Sie als Zeitung des Parlamentes alle Parteien berücksichtigen müssen, aber die einzelnen Aussagen der Fraktionen waren zum Teil doch inhaltlich sehr flach und voller Plattitüden. Beim Lesen konnte man sich des Ein-

drucks nicht erwehren, dass die Pressesprecher hier nur eine Aussage um der Aussage Willen abgegeben haben. Beim Lesen wurde selbst einem politisch interessierten Menschen wie mir verständlich, wie man das Interesse an Politik oder der Politikberichterstattung verlieren kann. Da lobe ich mir doch einfach eine kleine Meldung am Rande, wenn sie auch nicht mehr so aktuell sein mag. Optisch und vom Gesamteindruck ist diese dann viel stimmiger und wirkt weniger gequält.

Stefan Bernhardt, Berlin

PANNENMELDER

In dem Bericht über die Aktuelle Stunde des Bundestages zur umstrittenen Verfassungsreform in Ungarn in der Ausgabe vom 18. März ist der CDU-Abgeordnete Gunther Krichbaum falsch wiedergegeben worden. Krichbaum hatte gesagt, Deutschland müsse zu den Ereignissen in Ungarn mit Augenmaß Stellung beziehen. Entgegen der Darstellung in „Das Parlament“ hatte er allerdings betont, dass das keine Einmischung in innere Angelegenheiten Ungarns sei.

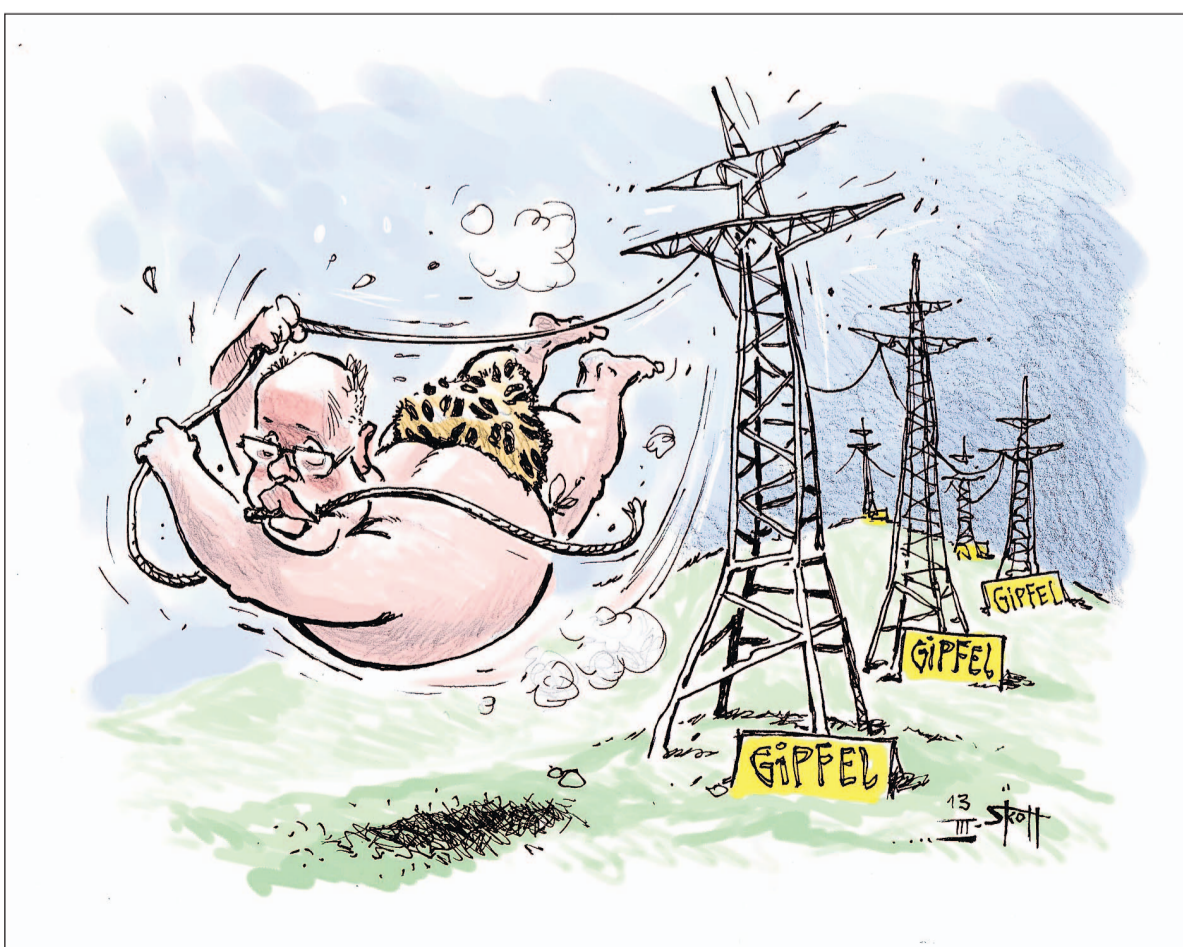
Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1,
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 8. April.

SEITENBLICKE



Lammert würdigt Rede von Wels

ERMÄCHTIGUNGSGESETZ An den 80. Jahrestag der Verabschiedung des sogenannten Ermächtigungsgesetzes erinnerte am Freitag Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) zu Beginn der Plenarsitzung. In der Berliner Kroll-Oper, wo der Reichstag nach dem verheerenden Brand vom 27. Februar 1933 zusammengesessen war, hätten die Abgeordneten am 23. März 1933 das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ beschlossen – mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit, allein gegen die Stimmen der Sozialdemokraten unter ihrem Fraktionsvorsitzenden Otto Wels, sagte Lammert. Dessen „denkwürdige und heldenhafte Rede“ sei – in den Worten seines Kollegen Wilhelm Hoegner – ein „letzter Gruß an das verbliebene Zeitalter der Menschlichkeit und des Menschenrechts“ gewesen. Lammert wies darauf hin, dass bei der Abstimmung im Reichstag bereits 107 Abgeordnete gefehlt hätten: neben 26 Parlamentariern der SPD 81 Fraktionsmitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), „die bereits in Haft saßen oder sich aus berechtigter Angst um ihr Leben auf der Flucht befanden“.



Norbert Lammert

Mit der Übertragung der gesetzgebenden Gewalt vom Parlament auf die Exekutive seien die Gewaltenteilung aufgehoben, die parlamentarische Demokratie aufgegeben und der Weg in die Diktatur zementiert worden, der seit dem 30. Januar 1933 mit „beispiellosem politischem Terror eingeschlagen worden war“, sagte der Bundestagspräsident. Die Abgeordneten erhoben sich von ihren Plätzen, als Norbert Lammert mit den Worten schloss: „Wir verneigen uns heute vor allen Opfern der nationalsozialistischen Diktatur und erinnern uns dankbar all derer, die während und nach der brutalen Zerstörung der ersten deutschen Demokratie durch ihren Mut und ihre Tatkraft den politischen, sozialen und moralischen Wiederaufbau unseres Landes ermöglicht haben.“ *vom* ■

PERSONALIA

>Gerhard Scheu Bundestagsabgeordneter 1983-2002, CSU

Am 27. März wird Gerhard Scheu 70 Jahre alt. Der promovierte Jurist und Verwaltungsbeamte aus Weilersbach im Kreis Forchheim wurde 1963 CSU-Mitglied, war stellvertretender Bezirksvorsitzender der CSU Oberfranken und gehörte von 1972 bis 1981 dem Kreistag in Forchheim an. Im Bundestag engagierte sich der Direktkandidat des Wahlkreises Bamberg im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, im Finanzausschuss, im Haushaltsausschuss, im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung sowie im Rechtsausschuss. Von 1993 bis 1994 leitete Gerhard Scheu im Bundestag den Untersuchungsausschuss „HIV-Infektionen durch Blut und Blutprodukte“.

>Wilhelm Jung Bundestagsabgeordneter 1980-1990, CDU

Im 26. März vollendet Wilhelm Jung sein 85. Lebensjahr. Der aus Lörrach stammende Bäckermeister und Präsident der Handwerkskammer Freiburg von 1974 bis 1995 trat 1962 der CDU bei. Von 1964 bis 1980 gehörte er dem baden-württembergischen Landtag an und war von 1974 bis 1980 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Im Bundestag vertrat Jung als Direktkandidat den Wahlkreis Lörrach-Müllheim und gehörte in allen drei Wahlperioden dem Finanzausschuss an.

>Horst-Ludwig Riemer Bundestagsabgeordneter 1980-1983, FDP

Horst-Ludwig Riemer begeht am 3. April seinen 80. Geburtstag. Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt aus Düsseldorf schloss sich 1952 der FDP an, stand von 1972 bis 1979 an der Spitze des Landesverbandes seiner Partei in Nordrhein-Westfalen und war von 1972 bis 1981 Mitglied des Bundesvorstands der FDP. Dem nordrhein-westfälischen Landtag gehörte Riemer von 1966 bis 1980 und von 1985 bis 1995 an und amtierte von 1970 bis 1979 als Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr in Düsseldorf. Im Bundestag arbeitete er im Verkehrsausschuss mit.

>Klaus-Peter Creter Bundestagsabgeordneter 1990, CDU

Am 8. April wird Klaus-Peter Creter 70 Jahre alt. Der Elektroingenieur und Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für Ostthüringen von 1995 bis 2008 trat 1972 der CDU in der DDR bei und war stellvertretender Kreisvorsitzender. 1989 übernahm er den CDU-Kreisvorsitz von Gera-Stadt. Von März bis Oktober 1990 gehörte Creter der ersten frei gewählten Volkskammer an und war Mitglied des Deutschen Bundestags bis zum Ende der 11. Wahlperiode. *bmh* ■



Dr. Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Innovation, Qualifikation und Kooperation sichern Vorsprung



Johanna Wanka (*1951)
Bundesministerin

Die deutsche Volkswirtschaft ist heute die viertgrößte – nach den USA, China und Japan. Das ist die Basis für unseren Wohlstand, für unsere Lebensqualität. Viertgrößte Volkswirtschaft – das muss man in Relation zum Anteil Deutschlands an der Weltbevölkerung sehen: Bei uns in der Bundesrepublik Deutschland leben nur 1,2 Prozent der Weltbevölkerung. Im Zuge der demografischen Entwicklung wird dieser Anteil auf 0,7 oder 0,8 Prozent sinken.

Was ist die Ursache dafür, dass wir so gut sind? Warum sind wir eine so starke Industrienation? Die Ursachen sind

eigentlich die Entdeckerfreude und der Erfindergeist der Menschen und die Innovationsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland. Deutschland gehört zu den innovativsten Ländern weltweit.

Dass das so ist, zeigen uns zahlreiche Rankings. Rankings sind aber immer nur gut, wenn man selber vorne ist. Insofern sind sie sehr relativ. Deswegen ist es gut, auch auf andere Indikatoren und Zahlen zu schauen: Der deutsche Anteil am Welthandel mit forschungs- und entwicklungsintensiven Gütern beträgt 12 Prozent – das ist ein Spitzenplatz –, und jedes zehnte weltmarktrelevante Patent kommt aus Deutschland. Das sind Daten, die zeigen, dass wir wirklich eine Spitzenposition innehaben, dass wir einen Vorsprung haben.

Diesen Vorsprung muss man halten. Deswegen muss der Bereich

Forschung und Entwicklung im politischen Geschäft weiterhin Priorität haben. Das ist außerordentlich wichtig. Wenn wir uns die Prioritätensetzung anschauen, wenn wir uns anschauen, was der Bund gemacht hat, dann stellen wir fest, dass auf Bundesebene in den letzten Jahren so viel wie noch nie für Forschung und Entwicklung ausgegeben worden ist.

2005 wurden für diesen Bereich 9 Milliarden Euro ausgegeben, im vergangenen Jahr waren es über 13 Milliarden Euro. Messlatte ist das Bruttoinlandsprodukt – auch wenn man darüber diskutieren kann, wie relativ dieser Wert ist: Die Zielmarke bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung lag bei 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wir liegen bei 2,9 Prozent. Deutschland gehört damit zu den wenigen Ländern, die mehr als 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgeben. Damit liegen wir auch weit über dem europäischen Schnitt.

Die Erfolge der Strategie Deutschlands in den letzten Jahren wurden auch in dem Gutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation, EFI, gewürdigt. Aber EFI hat auch deutlich gemacht, dass wir, wenn wir zu den innovationsstärksten Nationen gehören wollen, weiter gehen müssen. Deswegen gibt es von dieser Seite aus die Empfehlung, bis zum Jahr 2020 eine Steigerung auf 3,5 Prozent herbeizuführen und dann diesen hohen Level – es kann nicht unendlich gesteigert werden – zu halten. Ich denke, das ist eine sehr wichtige Messlatte, die uns dabei hilft, die Prioritätensetzung in entsprechende Effekte umzuwandeln. Damit meine ich nicht nur Geld, sondern auch Rahmenbedingungen. Jetzt sind es 2,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die wir für Forschung und Entwicklung ausgeben, und die Zielmarke liegt bei 3,5 Prozent.

Ich habe bereits gesagt, dass von der Bundesregierung noch nie so viel Geld für Forschung und Innovation ausgegeben wurde wie in den letzten Jahren. Das gilt aber auch für die Wirtschaft, die an den 2,9 Pro-

zent ihren Anteil hat. Beim Geld geht es jedoch nicht nur um die Menge, sondern besonders um die Frage, wie es eingesetzt wird. Es ist nicht so, dass Innovation allein dadurch erreicht wird, dass man im Max-Planck-Institut oder an anderer Stelle eine gute Erfindung macht. Vielmehr geht es auch um den Transfer, um eine Umsetzung in Geschäftsideen bzw. Produkte. Das ist ein außerordentlich komplizierter Prozess.

Die nationale Innovationsstrategie – die Hightech-Strategie 2020 –, zu der wir heute eine Zwischenbilanz ziehen, ist ein Instrument, das dazu dient, auch die Wirtschaft und die Bundesländer einzubeziehen. „Hightech-Strategie 2020“ ist ein toller Name. Aber wie gut diese Strategie ist, zeigt sich daran, dass sie sich auch auf die europäischen Strategien ausgewirkt hat. Die europäische Innovationsstrategie ist in ganz starkem Maße von der Hightech-Strategie 2020 angeregt und beeinflusst worden. Auch im Forschungsrahmenprogramm sind viele Komponenten davon übernommen worden. Der Chef der EFI-Kommission sagte mir – ich kann das jetzt nicht verifizieren –, dass die Amerikaner versuchen, aus diesem Konzept Honig zu saugen und es amerikanischen Verhältnissen anzupassen.

Was ist das Besondere an dieser Hightech-Strategie? Was ist das, was in den nächsten Jahren Erfolge bringen wird? Für eine erfolgreiche Durchführung der Hightech-Strategie sind drei Punkte entscheidend: Innovation, Qualifikation und Kooperation. Lassen Sie mich zu jedem dieser Punkte kurz sagen, was beabsichtigt war, was schon geschafft wurde und – das ist ja eine besonders interessante Frage – was noch vor uns liegt, welche Aufgaben noch bewältigt werden müssen.

Der erste Punkt ist Innovation; sie hat erste Priorität. In der Hightech-Strategie sind fünf große Felder definiert worden. Sie alle kennen sie, beispielsweise Klima, Mobilität und Sicherheit. Man braucht freie Forschung, bei diesen Größenordnungen aber auch Prioritätensetzung. Bei der Prioritätensetzung geht es nicht nur um Geld, sondern sie muss sich auch auf die Industrie richten. Und natürlich müssen die Rahmenbedingungen für die einzel-

nen Felder entsprechend günstig gestaltet werden.

Ich greife zwei dieser Felder heraus, zunächst die Gesundheit. Das, was in den letzten Jahren mit den Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung erreicht wurde, stellt im Bereich der Gesundheit eine kleine Revolution dar.

Das Ziel war es, die großen Volkskrankheiten zu erforschen sowie Bekämpfungsstrategien zu entwickeln. Die Idee war es, Gesundheitsforschungszentren – bestehend aus exzellenten universitären und außeruniversitären Einrichtungen – einzurichten. Das sollte die Struktur sein. Mittlerweile sind alle Gesundheitszentren in der Phase, in der sie sich etablieren. Das war ein sehr interessanter und sehr transparenter Prozess der Entscheidung. Wir haben in dieser Zeit auch viel getan, was die Projektförderung im Bereich der Lebenswissenschaften anbetrifft. Jetzt kommt es, da die Struktur, die man hat, richtig und gut ist – natürlich kann man immer darüber reden, ob man noch ein oder zwei Gesundheitszentren mehr braucht –, vor allen Dingen auf die Translation an. Das heißt, wir müssen die Ergebnisse der Forschung, die in den verschiedenen Bereichen mit den Strategien, die man verfolgt, betrieben wird, möglichst schnell ans Krankenbett bringen bzw. diese Phase verkürzen.

Ich will ein Beispiel nennen. Es gibt ein Deutsches Zentrum für Infektionsforschung. Beteiligt ist unter anderem das Helmholtz-Zentrum Braunschweig, beteiligt ist allerdings auch die TiHo, die Tierärztliche Hochschule Hannover. In diesem Rahmen befasst man sich auch mit dem gesamten Feld von Krankheiten, die von Tieren auf den Menschen übertragen werden können, und betreibt sehr weitgehende Forschung. Hier stellt sich die Frage: Wie können die Forschungsergebnisse angesichts sich wandelnder und neuer Krankheitsbilder möglichst schnell umgesetzt werden? Ein weiterer bedeutender Aspekt ist die individualisierte Medizin. Ganz wichtig ist aber auch das Thema Prävention. Diese Themen sind, was die Gesundheitszentren angeht, Querschnittsthemen. Das sind die Aufgaben, die sich uns auf diesem Feld jetzt stellen.

Ein zweiter Punkt, den ich herausgreifen möchte – das ist ein Zukunftsprojekt, das ich genial finde –, ist das Projekt Industrie 4.0. Wir alle haben in der Schule etwas über

die industrielle Revolution gelernt. Wir wissen, was damals passierte, Stichwort „Energie“. Wir wissen auch, was in den 70er-Jahren geschah. Aufgrund der Möglichkeiten, die das Internet bietet, was die Interaktion und die Kommunikation zwischen Maschinen betrifft, hat man heutzutage die Chance, auf ganz andere Art zu produzieren. Man kann individualisiert produzieren und große Produktionssysteme nutzen, mit denen man aber sehr individuell und sehr flexibel reagieren kann. Das ist die Idee hinter dem Projekt Industrie 4.0. Das ist ein Zukunftskonzept, das hier gefördert wird.

Ich glaube, hier hat Deutschland, hat die deutsche Industrie die Chance, eine Spitzenposition einzunehmen. Deutschland hat eine gute industrielle Basis. In Deutschland wurden in diesem Bereich Gott sei Dank kaum Arbeitsplätze abgebaut.

Deutschland hat seit vielen Jahren seine Stärken in der Maschinenbau-, der Verarbeitungs- und der Verfahrenstechnik. Jetzt geht es darum, dies miteinander zu kombinieren. Deswegen ist dieser Bereich gerade für Deutschland sehr wichtig. Hier eröffnen sich Chancen. Im Vergleich zu China und anderen Ländern ist Deutschland immer unterlegen, wenn es um die Massenproduktion geht. Unsere große Stärke sind vernetzte Strukturen, ist systemisches Denken. Genau dies wird im Rahmen des Projekts Industrie 4.0 gefördert.

Manches, was man von Ihnen hört, klingt ja eher wie Science-Fiction oder Ähnliches; ich jedenfalls habe diesen Eindruck. Auf der CeBIT wurde all das, damit man sich besser vorstellen kann, wie das überhaupt funktionieren soll, an einem sehr schönen Beispiel veranschaulicht. Es ist in der Tat noch viel Science-Fiction dabei. Das Vorhaben befindet sich aber schon im industriellen Prozess.

Fortsetzung auf Seite 2

Deutschland gehört zu den innovativsten Ländern weltweit.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Fortsetzung von Seite 1: Dr. Johanna Wanka (Bundesministerin für Bildung und Forschung)

Der industrielle Prozess ist, was das Projekt Industrie 4.0 betrifft, das eine. Etwas anderes ist aber genauso wichtig: das Thema Geschäftsideen. Es geht um die Fragen: Wie ist das verwertbar? Wie kann diese ganz neue Industriekultur verwertet und zum Erfolg geführt werden? Das ist nicht nur unsere Aufgabe für die Zukunft, sondern wir müssen uns schon jetzt fragen: Was bedeutet all das für die Arbeitswelt, für die Arbeitsorganisation? Da ich vorhin von „Revolution“ sprach, möchte ich zum Ausdruck bringen: Dadurch verändert sich die Arbeitswelt total. Deswegen ist es im Zusammenhang mit der Hightech-Strategie sehr wichtig, dass auch in diesem Bereich von Anfang an geforscht wird. Hierbei handelt es sich nämlich nicht um ein Schreckgespenst, nach dem Motto: Jetzt müssen alle Arbeitnehmer flexibel sein, nur noch von zu Hause aus arbeiten etc. Vielmehr geht es um den Aspekt: Bedeutet das nicht auch ein großes Plus für unsere Lebensqualität? Kann es nicht sogar positiv sein, dass wir jetzt ganz andere Arbeitsstrukturen haben, die auch einen ganz anderen Lebensrhythmus ermöglichen?

Ich habe zu zwei der fünf großen Bedarfswelder Beispiele genannt. Ich könnte das jetzt anhand anderer Beispiele wie dem Thema Energie ähnlich durchdeklinieren; das ist aber zeitlich nicht möglich.

Zweiter Punkt: Qualifikation. Ich erinnere mich sehr gut: Als ich in den 90er-Jahren Rektorin war, wurden wir in der KMK gescholten; Herr Oppermann auch noch im Jahre 2000 und danach. Es hieß: Viele Studenten verlassen Deutschland, keiner will in Deutschland studieren, Deutschland ist nicht attraktiv genug etc.

Diese Situation hat sich total gewandelt. Alle OECD-Vergleiche zeigen: Deutschland gehört zu den Nationen, in denen die Zustimmung der Studenten am größten ist. Deutschland belegt, wenn nach den begehrtesten Ländern gefragt wird, einen der Spitzenplätze und landet immer auf Rang drei oder vier. Die Hälfte der gut ausge-

bildeten Wissenschaftler an unseren Max-Planck-Instituten kommt aus dem Ausland. Deutschland ist ein attraktiver Standort. Die Studienanfängerzahlen liegen bei über 50 Prozent; 2005 waren es gerade einmal 36 Prozent. Es wird sogar schon darüber diskutiert, ob die Studienanfängerzahlen nicht zu hoch sind. Es besteht vor allen Dingen der Bedarf, den Deckel beim Hochschulpakt anzuheben. Die Bedingungen für ausländische Fachkräfte müssen noch weiter verbessert werden; hier ist allerdings schon einiges getan worden. Mein letzter Satz dazu: Wir müssen die Ressource Frau besser nutzen. Die Potenziale, die Frauen haben, werden in diesem Prozess dringend gebraucht. Sonst haben wir beim Thema Qualifikation keine Chance.

Dritter Punkt: Kooperation. Ich war immer ein Fan unseres Systems der Kooperation zwischen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen etc. Aber die Kooperation muss funktionieren. Mit vielen neuen Formaten wie der Exzellenzinitiative – oder zum Beispiel mit dem Spitzencluster-Wettbewerb, der im Rahmen der Hightech-Strategie mitläuft – haben wir in den letzten Jahren Enormes erreicht, um die Dinge, bei denen wir wissen, dass wir in zehn Jahren Weltmarktführer sind, richtig zu pushen. Oder nehmen Sie das Kooperationsmodell Forschungscampus oder die Fraunhofer-Anwendungszentren. Es geht darum, in die Fläche zu gehen mit Innovation, damit auch kleine und mittelständische Unternehmen davon profitieren.

Die ersten drei Fraunhofer-Anwendungszentren – das sage ich aus lokalpatriotischem Interesse – sind in Niedersachsen entstanden; auch die Länder müssen sich nämlich entsprechend engagieren.

Einen wirklich letzten Satz zur Kooperation: Wenn Deutschland im Wissenschaftsbereich gut sein soll, dann müssen nicht nur die Hochschulen als Herzstück des Wissenschaftssystems gut ausgestattet sein – das können die Länder ja machen, wenn sie wollen –, sondern dann muss auch der Bund Einfluss haben. Wir können nicht eine Industrialisierung der Entdecker und Erfinder sein, wenn der Bund keinerlei Einfluss auf das Herzstück des Wissenschaftssystems hat. Das ist völlig unabhängig vom Geld; das wäre auch so, wenn die Länder ganz viel Geld für diesen Bereich bereitstellen. Es ist aus prinzipiellen Gründen töricht, die Möglichkeiten, die es jetzt gibt und an deren Schaffung Annette Schavan und diese Bundesregierung ihren Anteil hatten, nicht dazu zu nutzen, die Kooperation mit den Hochschulen zu stärken; denn wir brauchen diese Kooperation.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Renè Röspel, SPD:

Spitzenforschung und Bildung kostet Geld



Renè Röspel (*1964)
Wahlkreis Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I

Werte Frau Wanka, ich hatte mich schon gefragt, warum in der Kernzeit – der wichtigsten Zeit einer Plenarwoche – eine Debatte über eine ein Jahr alte Unterrichtung der Bundesregierung zur Hightech-Strategie vorgesehen ist, ja was daran eigentlich so berichtenswert sein soll.

Ich habe die Auflösung gerade bekommen: Sie haben nur einige wenige Worte dazu gemacht, die individualisierte Medizin gerade eben erwähnt; aber zu der Unterrichtung haben Sie eigentlich nichts gesagt. Sie wollen eine Generaldebatte zu Bildung und Forschung. Die können Sie gerne bekommen – auch wenn ich gerne ein paar Fragen gestellt hätte, zum Beispiel wie Sie eigentlich die Kritik der Expertenkommission Forschung und Innovation aufnehmen. Sie feiern die Hightech-Strategie mit schönen neuen Worten; aber gleichzeitig hat die Bundesregierung im letzten Haushalt so wichtige Technologietitel wie Mikrosystemtechnologie, neue Technologien, neue Materialien, neue Werkstoffe, optische Technologien, Arbeits- und Dienstleistungsforschung gekürzt. Sie haben das Thema „Industrie 4.0“, mit einem neuen Etikett versehen, gerade genannt.

Bei dem, was wir als SPD seit Jahren fordern – mehr in Dienstleistungs- und Arbeitsforschung zu investieren –, gehen Sie genau den anderen Weg: Sie kürzen die Mittel dafür real auf Werte von 2009. Dazu hätte ich gerne ein paar Antworten gehabt; aber das ist ja heute offenbar nicht Thema.

Ich hätte auch gerne gefragt, wie wesentliche Bestandteile dieser Hightech-Strategie, die ja sinnvoll sind – klimaangepasste Stadt –, denn finanziert werden sollen.

Wenn man sich diese Unterrichtung durchliest, sieht man als kleine Fußnote, fast wie in einem Vertrag: „Das ausgewiesene Budget enthält Mittel des Energie- und Klima-

fonds ...“ – wie auf einem Beipackzettel steht: Bei nicht sachgerechter Anwendung können Kopfschmerzen auftreten.

Auch bei dem wichtigen Titel Elektromobilität steht wieder diese kleine Fußnote: „Das ausgewiesene Budget enthält Mittel des Energie- und Klimafonds ...“ Auch bei der wichtigen Frage des Umbaus der Energieversorgung – genau genommen heißt es: intelligenter Umbau der Energieversorgung – findet sich der Hinweis auf eine Finanzierung außerhalb des Bildungs- und Forschungsetats, wieder über den Energie- und Klimafonds.

Dieser Energie- und Klimafonds, meine Damen und Herren, soll sich aus den Erlösen aus dem Handel mit CO₂-Zertifikaten speisen. Wir wissen schon heute, dass die Erwartungen nicht erfüllt werden: Schon jetzt fehlen da 400 Millionen Euro.

Wenn Sie über die Hightech-Strategie reden, wäre es eigentlich an der Zeit gewesen, auch zu sagen, wie Sie das, was Sie da hineinschreiben, finanzieren wollen. Aber gut, Sie wollen nicht darüber reden. Ich knülle mein Konzept zur Hightech-Strategie jetzt zusammen und schmeiße es weg. Wir machen eine Generaldebatte; das hätten Sie gerne.

Ich muss zugeben: Eigentlich ist es nicht fair, wie der Finanzminister Sie als neue Ministerin behandelt; denn mit Ihrem Namen, Frau Wanka, wird das Ende von 15 Jahren guter und vernünftiger Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland verbunden sein.

Das Protokoll verzeichnet den Sturm der Regierungskoalition, aber er bleibt im Wasserglas stecken. – Ich werde Ihnen das auch kurz begründen:

Diese gute Zeit der Forschungs- und Bildungspolitik über übrigens drei Koalitionen hinweg hat 1998 begonnen, als Rot-Grün endlich wieder Bildungs- und Forschungspolitik auf Bundesebene verantwortet hat.

– Das trifft Sie offenbar. – Wir haben nämlich erstmals nach Jahren der Stagnation wieder mehr Geld in Bildung und Forschung investiert – und nicht nur mehr Geld, sondern wir haben auch Impulse gesetzt, die wichtig waren für das Land.

In ein Ganztagschulprogramm, das von Ihnen bekämpft wurde – mittlerweile schweigen Sie dazu –, haben wir 4 Milliarden Euro investiert.

Von allen Kommunen und Eltern wissen Sie, wie wichtig das für die Kinder und deren schulische Entwicklung war.

Wir waren es, die den Pakt für Forschung und Innovation, eine verlässliche Finanzierung der Forschung, auf den Weg gebracht haben.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland wissen wieder, dass es Aufwüchse und verlässlich mehr Geld in Deutschland gibt, um Forschung zu betreiben.

Auch die Exzellenzinitiative, die viel Bewegung in den Wissenschaftssektor gebracht hat, ist eine sozialdemokratische Initiative und auch Innovation gewesen. Das hat wichtige Impulse gesetzt.

Wir können übrigens alle gemeinsam froh sein, dass Deutschland wieder ein weltweit beachteter

guter Standort für Forschung und Wissenschaft ist. Die jungen Wissenschaftler kommen auch aus dem Ausland wieder zu uns zurück. Ich glaube, das ist etwas, was wir uns alle auf die Fahnen schreiben

können.

Was Sie als schwarz-gelbe Koalition seit 2009 richtigerweise fortgesetzt bzw. gemacht haben, ist dieser Mittelaufwuchs bzw. die Tatsache, dass Sie an finanziellen Mitteln noch eine Schippe draufgelegt haben.

Kompliment und Lob, dass Sie das fortgesetzt haben! Sie haben im Wissenschaftsbereich zwar keine neuen Impulse gesetzt – Sie haben ja gleich noch Redezeit und können uns allen das erklären –, aber Sie haben richtigerweise mehr Geld in das System gesteckt.

Ich bin allerdings gespannt, was Sie gleich auf die Frage, wo das Geld eigentlich herkam, antworten werden. Auch hier kann ich es Ihnen nicht ersparen, zu sagen, dass das nicht Ihre Initiative war, sondern dass Sie die Früchte einer Arbeit ernten, die die SPD gemacht hat.

Ich erinnere mich sehr genau, dass die SPD eine der größten Teuerungsmaßnahmen dieser Republik angegriffen und seit Jahren gesagt hat: Wir müssen diese Subvention beseitigen und in die Köpfe von Kindern und in Bildung und Forschung investieren. Sie können gleich sagen, welche Subvention Sie abgeschafft haben.

Beim Stichwort „Subvention“ fällt mir nur ein, dass Sie einen neuen Tatbestand geschaffen haben. Sie haben nämlich die Mövenpick-

Beschlüsse

Im Plenum des Bundestages wurden in der Zeit vom 18. bis 22. März 2013 folgende Vorlagen ohne Aussprache abschließend beraten:

Zustimmung

Finanzen „Gesetz zur Abschaffung des Branntweinmonopols (Branntweinmonopolabschaffungsgesetz)“ (Bundesregierung, 17/12301, 17/12765, 17/12766);
Umwelt „Zweite Verordnung zur Änderung der Deponieverordnung“ (Bundesregierung, 17/12454, 17/12583, 17/12853).

Wissenschaftler wissen wieder, dass es verlässlich mehr Geld in Deutschland für Forschung gibt.

Steuer und damit die Erleichterung für Hotels eingeführt.

Ja. Das kostet mein Land NRW jedes Jahr 400 Millionen Euro, die weniger für Bildung und Forschung zur Verfügung stehen.

Die SPD hat sich immer gegen die Eigenheimzulage ausgesprochen. Erst 2005 ist es uns in der Großen Koalition gelungen, diese größte Einzelsubvention in diesem Land zum Januar 2006 abzuschaffen, zu beenden. Ich will daran erinnern – Sie können die letzten drei Subventionsberichte der Bundesregierung gerne lesen –: Im Jahr 2006 hat der Staat den Menschen noch 9,2 Milliarden Euro gegeben, die das gerne als zusätzliches Salär entgegengenommen haben, um ein Haus auf der grünen Wiese zu bauen. Vielleicht für die Zuschauer:

Wenn Sie als Ehepaar 140 000 Euro verdient haben, dann haben Sie noch ein paar Tausend Euro vom Staat bekommen, um sich das

Haus auf der grünen Wiese zu leisten.

Wir haben gesagt: „Das ist keine Subvention, die wir uns leisten können; wir wollen in Bildung und Forschung investieren“, und haben es geschafft, diese Subvention abzubauen.

Sie liegt heute bei über 1,6 Milliarden Euro; 700 Millionen Euro davon trägt der Bund.

Die Abschaffung der Subvention hat in dem Zeitraum seit 2006 für den Bundesfinanzminister zu Entlastungen in Höhe von etwa 14 Milliarden Euro geführt. Es ist richtig, dass er diese Spielräume genutzt hat, um in Bildung und Forschung zu investieren. Das war eine gute Tat, und das war wichtig. Aber es war nicht Ihre Idee, diese Subvention abzuschaffen und Steuermittel für Bildung und Forschung zur Verfügung zu stellen, sondern das geht auf die Idee und das Handeln der SPD zurück.

Aber diese Zitrone ist ausgepresst. In zwei Jahren wird aus dieser Quelle kein Geld mehr kommen. Jetzt ist die Frage an Sie: Woher werden Sie das Geld für weitere Forschungs- und Bildungsinvestitionen nehmen? Man sieht es am Haushalt, dass Sie keine Ideen haben. Für das Jahr 2013 sind 13,7 Milliarden Euro für den Bildungs- und Forschungsetat vorgesehen. 2014 – es ist Wahlkampf – legen Sie noch eine Schippe drauf und stellen 13,8 Milliarden Euro bereit. Dann aber sinkt dieser Etat das erste Mal seit 15 Jahren auf 13,5 Milliarden Euro, und da bleibt er.

Woher nehmen Sie das Geld? Wo planen Sie die Mittel für den Hochschulpakt ein, die wir jetzt schon brauchen? Die sind in der mittelfristigen Finanzplanung nicht vorgesehen. Sie versprechen als CDU sogar noch einen Aufwuchs von 5 Prozent für den Pakt für Forschung

und Innovation. Woher nehmen Sie das Geld? Ich bin auf die Antworten, die Sie gleich geben werden, gespannt.

Weitere Subventionserlöse gibt es nicht mehr. Die Antwort der CSU darauf, Herr Rupperecht: Sie wollen die Eigenheimzulage wieder einführen. Sie wollen dafür wieder Geld ausgeben.

Die Bürger werden im September die Entscheidung zu treffen haben, wie es weitergeht. Die große Lüge übrigens ist: Sie erhöhen zwar den Etat um 100 Millionen Euro für das nächste Jahr, aber die globale Minderausgabe wird auf 620 Millionen Euro festgelegt. Das ist so, als würde ich meinen Kindern sagen: Ich erhöhe euer Taschengeld von 10 auf 11 Euro, aber hinzu kommt eine globale Minderausgabe von 3 Euro.

Dann werden meine Kinder fragen: Was ist das denn? Meine Antwort: Ihr dürft nur 8 Euro ausgeben; 3 Euro müsst ihr mir zurückgeben.

Dann werden meine Kinder sagen: Das ist aber Betrug! - Da haben sie recht.

Mit dieser globalen Minderausgabe schreiben Sie schon heute vor, dass die Mittel für Forschungsorganisationen und Projekte gekürzt werden. Auch hier bin ich sehr gespannt auf Ihre Antworten.

Wir als Sozialdemokraten sagen: Wir wollen mehr in Bildung und Forschung investieren. Das wird Geld kosten. Deswegen sagen wir, dass diejenigen, die als Verheiratete 200 000 Euro im Jahr verdienen, einen höheren Spitzensteuersatz bezahlen müssen, weil sich diese Investitionen lohnen und die Stärkeren besser an dieser gesellschaftlichen Aufgabe beteiligt werden. Ich bin sehr gespannt, wie Sie Ihre Versprechen einhalten wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Martin Neumann, FDP:

Wir haben Bildung und Forschung wieder in den Mittelpunkt gerückt



Martin Neumann (*1956)
Landesliste Brandenburg

Es war schon abenteuerlich, lieber Kollege Röspel, was Sie hier für einen unterirdischen Debattenbeitrag abgeliefert haben.

Ich könnte zu all den Fragen, die Sie hier aufgeworfen haben, sagen, welche Antworten diese Koalition darauf hat; leider fehlt mir die Zeit dazu.

Forschung und Innovation sind Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg, für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Die Ressourcen Bildung und Wissenschaft – das haben wir in den Debatten gemeinsam immer wieder betont – garantieren als Einziges den wirtschaftlichen Erfolg unserer Republik.

Die Hightech-Strategie hat wesentliche Impulse für Wirtschaft und Wissenschaft gegeben. Dieser Erfolg ist dieser Koalition zu verdanken. Es war nicht die SPD, lie-

ber Kollege Röspel, die in dieser Legislatur die Hightech-Strategie 2020 weiterentwickelt hat. Sie brüsten sich zwar damit, die Hightech-Strategie erfunden zu haben.

Tatsächlich aber haben erst FDP und Union die Hightech-Strategie aus dem Wirrwarr dieser einzelnen Maßnahmen zu einem Gesamtkonzept von Forschung und Innovation gemacht.

Es war die christlich-liberale Koalition, die die Hightech-Strategie genau auf diese fünf zentralen Handlungsfelder zugeschnitten hat. Es war auch die christlich-liberale Koalition, die den Schwerpunkt der Hightech-Strategie auf die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen gelegt hat. Dafür dürfen Sie uns gern loben.

Schließlich bestätigt auch die Expertenkommission Forschung und Innovation, kurz EFI genannt, in ihrem Jahresbericht 2012, dass die Weiterentwicklung der Hightech-Strategie gelungen sei. Auch im EFI-Bericht 2013 wird unsere Missionsorientierung – darauf kommt es an –, die Bündelung, diese klare Transparenz auf den Forschungsfeldern, gelobt.

Ich betone an dieser Stelle ganz deutlich, dass die EFI-Kommission eine weitere Schärfung gefordert hat. Dieser Forderung kommen wir

mit der Auswahl von zehn Zukunftspunkten nach. Das ist genau das, was in Zukunft den Erfolg der Hightech-Strategie ausmachen wird.

In den Bereichen Klima und Energie, Gesundheit und Ernährung, Kommunikation, Mobilität und Sicherheit konzentrieren sich etwa drei Viertel der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der Wirtschaft. In diesen fünf Schlüsselsektoren überwiegen die Kooperationsbeziehungen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sowie zwischen den Wissenschaftseinrichtungen. Es war geradezu ein Gebot der Hightech-Strategie, die Missionsorientierung fortzuführen. Dass wir mit dieser Ausrichtung auf dem richtigen Weg sind, zeigt uns vor allen Dingen der Vergleich in Europa. So wurde im 8.

Bildung und Wissenschaft garantieren als Einziges unseren wirtschaftlichen Erfolg.

Forschungsrahmenprogramm genau das, was wir beispielhaft gefordert haben, übernommen. Was kann es denn für eine größere Bestätigung geben, als dass man sich in Europa ein Beispiel an unseren Programmen nimmt? Wir sollten uns als europäische Innovations-treiber weiterentwickeln.

Wie überall, in Europa und in den westlichen Industrienationen, müssen wir uns auf unsere eigenen Stärken konzentrieren. Überall geht man dazu über, die Stärken zu fokussieren, sich auf die zentralen

Spitzentechnologiefelder zu konzentrieren und – das ist ganz wichtig – eine aktive Innovationsstrategie zu verfolgen. Ich verweise in diesem Zusammenhang gern – jetzt kommen Beispiele, Kollege Röspel; hören Sie genau zu – auf die Projekte, die vom BMBF auf den Weg gebracht wurden. Ich nenne das Projekt „Kooperation international“. Hier kann man sich auf einer Internetplattform die zentralen Felder, Programme und Strategien anschauen und sehen, was andere in Europa machen.

Ich muss nicht betonen, dass wir uns in einem internationalen Wettlauf befinden und gerade auf dem Sektor der Hochtechnologie gefordert werden. Wir haben in Deutschland früher als alle anderen die richtigen Weichen gestellt. Wir werden also auch in Zukunft mit der von uns geprägten Hightech-Strategie Erfolg haben.

Neben der Hightech-Strategie haben wir weitere wichtige Impulse in das Wissenschaftssystem gegeben. Ich sage es deutlich: Von der Opposition kamen an dieser Stelle keine Impulse. Ich kenne keine Programme der Opposition, wohl aber die aus dem BMBF. Ich nenne als Beispiel das Projekt „Nationale Forschungsstrategie Bio-Ökonomie 2030“.

Hier gab es unter der letzten rot-grünen Regierung, also zu Zeiten von Technik- und Industrie-feindlichkeit, ein nur in Ansätzen existentes Rahmenprogramm Biotechnologie.

Das Rahmenprogramm Gesundheitsforschung wurde 2010 von uns aufgelegt und ragt mit seinen rund 5,5 Milliarden Euro Förder-volumen deutlich über alles hi-

naus, was Rot-Grün im Haushalt 2005 für Forschung und Entwicklung insgesamt eingesetzt hat.

Es gibt weitere Programme wie den Aktionsplan Nanotechnologie 2015, das Rahmenprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit“ oder – darüber haben wir jüngst diskutiert – die Forschungsagenda zum demografischen Wandel mit dem Titel „Das Alter hat Zukunft“. Ich könnte diese Auflistung beliebig fortsetzen.

Ich stelle fest: Die Erfolge dieser Koalition sind sichtbar.

Nur Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sind für diese Erfolge blind. Das wollen Sie wahrscheinlich auch sein. Ich sage Ihnen

ganz ehrlich: Wir lassen uns unsere Erfolge und guten Ansätze nicht kaputt diskutieren. Wir haben die vier Regierungsjahre genutzt und den Haushalt auf 13,8 Milliarden Euro aufgestockt. In diesen vier Jahren haben wir 13 Milliarden Euro mehr in Bildung und Forschung im Vergleich zu Rot-Grün investiert – hören Sie gut zu! –, welche seinerzeit nur 900 Millionen Euro eingesetzt haben. Hier sieht man den großen Unterschied.

Im Gegensatz zu Ihnen haben wir Bildung und Forschung wirklich wieder in den Mittelpunkt der Politik gerückt.

Zum Schluss: Der gravierende Unterschied zu Ihnen ist, dass wir nicht große Reden schwingen, sondern Prioritäten setzen und neben der Haushaltskonsolidierung eine klare und konsistente Strategie verfolgen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich stelle fest: Die Erfolge dieser Koalition sind sichtbar.

Dr. Petra Sitte, DIE LINKE:

Zielgerichtete Forschungsförderung anstatt Steuergeschenke



Petra Sitte (*1960)
Wahlkreis Halle

Wir wollen mit 1,2 Prozent der Weltbevölkerung unsere Rolle als viertgrößte Industrienation und unseren Wohlstand bewahren. – Wie Sie sich vorstellen können, stammt dieser Satz nicht von mir, sondern von der Forschungsministerin Frau Wanka. Er wirft neben einer für mich sehr eigenartigen Subbotschaft unweigerlich die Frage auf, was Wohlstand für das 21. Jahrhundert eigentlich bedeutet und welchen Beitrag Forschung zu diesem Wohlstand leisten kann. Die Hightech-Strategie gibt weder in der alten noch in der neuen Fassung überzeugende Antworten. Die Zukunftsprojekte dieser Strategie, so wird es in der Einleitung des Aktionsplans gesagt, sollen sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten. Klingt toll, das sagen aber alle hier in diesem Haus.

Welche Bedürfnisse haben denn Menschen, die einer Hightech-Strategie dieses Zuschnitts bedürfen? Die Bundesregierung, so scheint mir, wird es nicht herausgefunden haben; denn Sie stecken seit Jahren in dieses Programm Milliarden Euro, ohne dass Menschen mit ihrem Alltagswissen und ihren Erfahrungen wirklich in die inhaltliche Ausrichtung des Programms eingebunden worden wären. Demzufolge bleiben dann eben auch soziale, soziologische, kulturelle und auch viele Alltagsfragen in diesem Programm unberücksichtigt. Unter „nah am Menschen“ verstehe ich etwas anderes.

Das alles glauben Sie mir jetzt wieder nicht, und deshalb habe ich mir ein paar Beispiele herausgesucht. Teil der Hightech-Strategie ist auch das Zukunftsprojekt mit dem klingenden Namen „Auch im Alter ein selbstbestimmtes Leben führen“. Das will natürlich jede und jeder in diesem Land, und das ist auch richtig.

Aber warum konzentrieren Sie sich einseitig auf die technische Unterstützung von Seniorinnen und

Senioren und von zu Pflegenden? Da werden Sensoren für alle Wohnräume und Betten entwickelt, die Daten gehen dann an Pflegepersonen und Ärzte, Ältere sollen mit Navigationssystemen ausgestattet werden, die ihnen den Weg durch den Verkehrsdschungel zeigen, Pflegenden sollen durch Roboter unterstützt werden, ganze Wohnungen sollen mit digitalen Steuerungs- und Kontrollsystemen ausgestattet werden. Das alles klingt ganz toll, aber im Alltag sind diese Technologien überhaupt nicht angekommen. Ihnen fehlen nämlich die technikbegeisterten und vor allem die zahlungskraftigen Abnehmerinnen und Abnehmer für solche Technologien. So viel Undankbarkeit am Ende aber auch!

Da hat das Ministerium nun aber sofort reagiert, es hat das messerscharf erkannt und letzten Freitag einen neuen Plan veröffentlicht. Es wird eine neue Förderausschreibung herausgegeben, noch eine zu den 19 000. Man will jetzt kommunale Beratungsstellen einrichten mit dem Titel „Besser Leben im Alter durch Technik“. Dem Unwissen über Assistenzsysteme soll durch Aufklärung bei der Zielgruppe zu Leibe gerückt werden – super.

Fällt eigentlich niemandem von den Koalitionsfraktionen auf, dass Sie das Pferd von hinten aufzäumen?

Müsste nicht vielmehr gefragt werden, was ältere Menschen brauchen, um sicherer, gesünder und sorgenfreier zu leben? Vermutlich würde jetzt die Hälfte der Bevölkerung sowieso sagen: Als Erstes brauche ich eine sichere Rente. – Aber das kommt in den Hightechträumen gar nicht vor.

Wir sagen: Wer wissen will, was Menschen brauchen, muss mit ihnen und ihren Interessenvertretungen reden und darf sich nicht als Erstes an die Vorstandsetagen von Technologieunternehmen wenden. Da kann man doch gleich den Storch vor den Krötentunnel setzen. Lassen Sie endlich Sozial- und Behindertenverbände, lassen Sie Umweltorganisationen, lassen Sie Gewerkschaften und Kirchen mit an Ihren grünen Tisch. Neues wird so viel eher an den tatsächlichen Bedürfnissen entwickelt, und es wird dann auch von den Leuten angenommen.

Ein zweites Beispiel. Die Hightech-Strategie will nachhaltige Mobilität sichern. Auch das klingt super.

1 Million Elektrofahrzeuge soll auf Deutschlands Straßen bis 2020 fahren. Seit 2008 gab es alleine für dieses Programm eine fette Milliarde. Hersteller wie Daimler und BMW konnten sich über großzügige Fördermittel freuen. Das Problem ist aber: Bis heute düsen kaum Elektroautos über die Straßen. Ups – wieso das denn? Zu viele technische Probleme sind ungelöst: Wie bitte schön soll ein Großstadtbewohner im vierten Stock seine Autobatterie laden? Infrastruktur zum Laden des Autos deckt die Milliarde gerade nicht ab. Und vor dem alltäglichen Stauwahnwitz hilft eben auch kein Elektroauto. Außerdem muss man das neue Schmuckstück ja auch irgendwo parken – großartig für die Städte.

Dabei kommt dann genau das heraus, was ich vorhin schon angesprochen habe: Wenn man nur eine Seite fragt, dann wird es einseitig. Die Expertenkommission für Forschung und Innovation hat Ihnen das ja auch schon aufgeschrieben; sie hat kritisiert, dass sich diese Hightech-Strategie zu sehr an „kurzfristigen kommerziellen Interessen“

orientiert. Eine solche Förderpolitik ist – um es zu wiederholen – nicht nachhaltig, sondern bleibt einseitig.

Meine Damen und Herren, wir haben in unserem Antrag „Soziale Innovationen und

Dienstleistungsinnovationen erforschen und fördern“ gezeigt – so viel, Herr Neumann, zu dem Punkt, dass die Opposition ja nichts einbringe –, worin neue Ansätze bestehen könnten. Der Antrag ist nicht der Weisheit letzter Schluss, aber wir sollten über diese Fragen reden.

Wir fassen den Innovationsbegriff weiter: Unter Innovation verstehen wir eben nicht nur neue Technik, auch wenn sie natürlich an vielen Stellen hilfreich sein kann; das ist überhaupt keine Frage. Denn Innovationen sollten für alle Lebensbereiche und aus allen Lebensbereichen gedacht werden. Die Lösungen sind dann ebenso vielfältig wie manchmal auch verblüffend einfach, und gerade durch diese Einfachheit sind sie oft besonders innovativ. Das kann dann durchaus auch mal bedeuten, dass vielleicht Verkehrs- und Alltagslotsen aus Fleisch und Blut viel sinnvoller sind. Sie tauchen im Stadtbild als Helferinnen und Helfer auf, sind ansprechbar und können gemeinsam mit Technik viel flexibler helfen.

Technik – das wissen wir alle; diese Erfahrung haben wir auch in unseren Familien gemacht – kann Ältere, insbesondere natürlich auch Menschen mit Demenz, viel eher einschüchtern, als dass sie ihnen hilft. Andere Länder sind längst auf solche Ideen gekommen, aber in Deutschland, nein, in Deutschland setzt man immer noch auf wunderschöne dicke Bedienungsanleitungen.

Innovationen, meine Damen und Herren, gehören aber vor allem in den Bereich Dienstleistungen. Wer über Arbeitsplätze und Wohlstand in diesem Land spricht, der kommt an diesem Sektor gar nicht vorbei. Knapp drei Viertel der Beschäftigten arbeiten in diesem Sektor, und drei Viertel der Wertschöpfung aus unserem Land kommen aus diesem Bereich. Wissen wird dabei natürlich immer wichtiger. Wissensintensive Dienstleistungen sind mit einem Anteil von 37 Prozent viel bedeutender als forschungsintensive Industrieprodukte. Diese haben nämlich nur einen Anteil von 14 Prozent an der Wertschöpfung.

Ob nun Klimawandel oder Energiewende, ob Nachhaltigkeit im Verkehrs- oder Gesundheitswesen – ohne moderne öffentliche und private Dienstleistungen werden wir keine dieser Herausforderungen bewältigen. Aber was macht unsere teure Bundesregierung? Sie spart. Genau in den Förderprogrammen, wo es um Dienstleistungen gehen müsste, steckt fast nichts drin. Da haben Sie sich überhaupt nicht engagiert. Jeder von uns will einen modernen, leistungsfähigen Staat. Deshalb müssen wir unser Gemeinwesen konditionieren. Das tun Sie aber nicht.

Dabei, meine Damen und Herren, erleben wir jeden Tag den Innovationsstau im Dienstleistungsbereich. Denken Sie an die Deutsche Bahn! Da fallen mir auf Anhieb 100 Ideen ein, wie Betriebsabläufe, wie Ausstattung oder wie der Service zu verbessern wären. Oder denken Sie an Ihr kommunales Krankenhaus, an die Jugendämter, die tagtäglich klug und umsichtig handeln müssen, um schwierige Familienprobleme zu lösen.

Diese Dienstleistungen müssen Sie genauso fördern. Es geht dabei um bessere Arbeitsabläufe für Bürgerinnen und Bürger, aber es geht natürlich auch um gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Die Verwaltung zu modernisieren, heißt nicht, einfach Tausende Leute zu entlassen und den Effektivitätsdruck zu erhöhen. Dienstleistungen sind nicht das notwendige Übel der Informationsgesellschaft, sondern sie sind ihr Kerngeschäft. Darin drückt sich lebendiges Gemeinwesen aus. Wir fordern seit Jahren bessere Förderung und sind damit

nicht allein. Gewerkschaften wie Verdi haben dazu Konzepte entwickelt, aber auch die vorhin schon zitierte Expertenkommission Forschung und Innovation hat dazu aufgerufen.

Wie kann nun das neue Wissen beschafft werden? Wir haben in unserem Antrag folgenden Vorschlag unterbreitet: Man könnte den Zugriff auf Innovationsgutscheine – das Bundeswirtschaftsministerium gibt sie bereits heraus und stellt sie kleinen und mittleren Unternehmen bereit – auf öffentliche Dienstleistungsbereiche ausweiten. Dann könnten eben auch Universitäten und Hochschulen von solchen Aufträgen profitieren. Warum sollen das kommunale Krankenhaus,

die Arbeitsagentur, Kitaträger oder Nahverkehrsunternehmen nicht ebensolche Aufträge zu ihrer eigenen Innovation auslösen?

Meine Damen und Herren, wir haben es trotzdem mit einer Innovationsblockade der neueren Art zu tun. Die Bundesregierung kündigt seit Jahren die steuerliche Forschungsförderung an. Seit Jahren wird darüber heiß gestritten. Der Nutzen dieser steuerlichen Forschungsförderung ist überhaupt nicht erwiesen. Es gibt dazu ganz unterschiedliche Aussagen. Was aber geblieben ist: Die Unternehmerverbände bohren.

So kann man auf der Basis dieser unsicheren Sachlage feststellen, dass beispielsweise Österreich mit einem solchen Steuerbonus in diesem Bereich einen Aufschwung zu verzeichnen hat. Aber es gibt auch Beispiele dafür, dass Länder, etwa Großbritannien, Frankreich oder die Niederlande, trotz des Steuerbonus in den letzten Jahren in der Forschungstätigkeit eingebrochen sind. Die Besten in Europa, Schweden, die Schweiz und Finnland, kommen gänzlich ohne eine solche Forschungsförderung aus.

Hier ist der steuerliche Bonus vor allem daran gescheitert, dass es kein Gegenfinanzierungskonzept gibt. Was ich nun gar nicht verstehe: Sie wollen diesen Bonus nach dem Gießkannenprinzip verteilen. Das Hauptanliegen der FDP war doch immer: Bloß kein öffentliches Geld nach dem Gießkannenprinzip ausgeben. Sehr eigenartig!

Kurzum, wir wollen keine Steuergeschenke. Wir wollen bei einer zielgerichteten Forschungsförderung bleiben.

Meine Damen und Herren, auch Forschungspolitik muss man modernisieren. Das Wissen von morgen wird eben nur dann im Morgen ankommen, wenn es heute offen und demokratisch gewonnen wird. Schließlich wollen wir Wissen von allen für alle entwickeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Man könnte den Zugriff auf Innovationsgutscheine auf den öffentlichen Dienst ausweiten.

Wir erleben jeden Tag den Innovationsstau im Dienstleistungsbereich.

Krista Sager, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Keine Antwort auf die Fragen der zukünftigen Forschungspolitik



Krista Sager (*1953)
Landesliste Hamburg

Die interessante Frage heute ist doch: Was meint die neue Bundesministerin Wanka, wie es zukünftig in der Forschungspolitik in Deutschland weitergehen soll? Eine Antwort darauf bekommen wir sicher nicht aus einer Drucksache der Bundesregierung vom März letzten Jahres über Aktivitäten, die sich noch auf die Zeit davor beziehen.

Aber zu ihrer zukünftigen Forschungspolitik hat die neue Bundesministerin Wanka so wenig gesagt, dass nur der Schluss bleibt, dass sie im Herbst ihre Zukunft schon hinter sich hat.

Meine Damen und Herren, da bleibt doch nur noch die alte Fußballregel: Die Wahrheit ist auf dem Platz.

Wo ist der Platz, der zeigt, wie es um die Zukunft bestellt ist? In den neuen Daten zum Etat der neuen Ministerin! Ein Blick auf diese neuen Daten zeigt: Schon 2014 soll es mit plus 0,5 Prozent Haushaltsmitteln nicht einmal mehr einen Inflationsausgleich geben. Das ist schlechter als die meisten Verträge, die die Länder mit ihren eigenen Hochschulen gemacht haben.

Frau Wanka, Sie haben zu Recht gesagt: Vorsprung muss man halten. Wenn aber nicht einmal ein Inflationsausgleich gewährt wird, gelingt das mit Sicherheit nicht. Schon 2014 sollen Ausgabenkürzungen in der Größenordnung von fast 5 Prozent des Budgets umgesetzt werden. Wenn man sich die mittelfristige Finanzplanung anschaut, erkennt man, dass weitere Kürzungen und Minderausgaben vorgesehen sind. Wenn man den Parteitagbeschluss der CDU einspeist, dass es zukünftig weiterhin jedes Jahr Aufwüchse um 5 Prozent für den Pakt für Forschung und Innovation geben soll, dann ergibt sich bereits im Jahr 2017 ein Einsparbedarf von über 1 Milliarde Euro. Das sind die Tatsachen.

Keiner bestreitet hier, dass Sie in den letzten Jahren erhebliche Mittel in das Wissenschaftssystem eingespeist haben.

Aber wie nachhaltig ist das? Sie haben in den letzten Jahren ein Riesenerkerker veranstaltet, das sich jetzt als Strohfeuer herausstellt, weil Sie es nicht durchhalten können. Was haben Sie im Hinblick auf das 3-Prozent-Ziel – Sie haben zu Recht davon gesprochen, Frau Wanka – vor? Wollen Sie das 3-Prozent-Ziel nur einmal kurz antippen, und dann gehen die Mittel wieder nach unten? So wie Sie Ihren Haushaltsplan angelegt haben, werden Sie das 3-Prozent-Ziel mit Sicherheit nicht in Richtung 3,5 Prozent überschreiten, sondern Sie werden die Mittel wieder nach unten fahren. So sieht das nach Ihrer bisherigen Planung aus!

Frau Wanka, Sie haben gestern im Ausschuss gesagt, wir sollten uns mal keine Sorgen darum machen. Wenn man als wenig verwöhnte Landesministerin auf die Bundesebene kommt, hat man vielleicht erst einmal den Eindruck, man sei reich ausgestattet; da werde schon genügend Luft sein. Die Frage ist: Wo sehen Sie

den Speck, aus dem zukünftig der Hochschulpakt, die von Ihnen angekündigte gründliche BAföG-Reform und die Betreuungsprämie geschnitten werden sollen? Dazu haben Sie uns gestern nichts gesagt, und dazu haben Sie uns auch heute nichts gesagt.

Ich habe den Eindruck, dass Sie bei Ihrem Parteitagbeschluss – weitere 5 Prozent jedes Jahr für den Pakt für Forschung und Innovation, eine große BAföG-Reform – mit ungedeckten Schecks herumwedeln und sich ausschließlich darauf verlassen, dass die Verhandlungen mit den klammen

Sie finanzieren ein schädliches Projekt zu Lasten von Bildung, Forschung und der Zukunft.

Bundesländern sich so schwierig gestalten, dass Sie gar nicht in die Verlegenheit kommen, Ihre ungedeckten Schecks am Ende auch einlösen zu müssen.

Eine besondere Erwähnung verdient an dieser Stelle durchaus auch das Projekt Betreuungsprämie. Wir können feststellen, dass dieses Projekt den Etat für Bildung und Forschung im nächsten Jahr schon mit 51 Millionen Euro und 2015 mit jährlich 100 Millionen Euro belastet. Zu diesem Projekt haben nicht nur die Bildungsforscher, sondern auch die Expertenkommission für Forschung und Innovation der Bundesregierung gesagt, dass es für unsere Zukunft ausgesprochen schädlich ist.

Sie finanzieren also ein schädliches Projekt zu Lasten von Bildung und Forschung und zu Lasten der Zukunft.

Das unterstreicht noch einmal das ausgeprägte Talent der Bundesregie-

rung, immer wieder die falschen Prioritäten zu setzen. Opfer dieses Talents, immer wieder die falschen Prioritäten zu setzen, wird jetzt auch ein Kernprojekt dieser Regierung, nämlich die steuerliche Forschungsförderung.

Die CDU/CSU liebt die Betreuungsprämie mehr, die FDP wollte lieber Hotels subventionieren, und gemeinsam haben sie sich an ein Modell geklammert, das hauptsächlich Großkonzerne beglücken sollte und sich letztlich als unbezahlbar herausgestellt hat.

Interessant ist, dass in den letzten Tagen der Kollege Neumann von der FDP den grünen Vorschlag wieder zur Sprache gebracht hat, nämlich die steuerliche Forschungsförderung auf kleine und mittlere Unternehmen zu konzentrieren, die nicht unbedingt von der Projektförderung profitieren. Das Blöde ist nur, dass das nicht die Stimme der Vernunft in einer lieblosen Ausläufe ist, sondern dass es hier wie in vielen gescheiterten Beziehungen offensichtlich nur noch um Schuldzuweisung geht, also darum, wer am Ende die Verantwortung dafür übernehmen muss, dass ein Projekt doch nichts wird.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass deutlich ist, dass sowohl von der Regierungsseite als auch von der Fraktionsseite dieses Beziehungsmodell tatsächlich gescheitert ist und dass wir von dieser Koalition für die Forschungspolitik in Zukunft leider auch nichts mehr zu erwarten haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Albert Rupprecht, CDU/CSU:

Herausragende Innovationskultur



Albert Rupprecht (*1968)
Wahlkreis Weiden

Herr Röspel, Frau Sager, das ist hier jedes Jahr dieselbe Veranstaltung. Es wird gesagt: Der Haushalt ist dramatisch; es wird hier und dort gespart. – Aber im Ergebnis haben Sie schlichtweg nie recht behalten.

Sie haben am Anfang der Legislatur gesagt, dass wir die angekündigten zusätzlichen 12 Milliarden Euro nie und nimmer schaffen werden. Das Ergebnis ist, dass wir mit 13 Milliarden Euro das Ziel von 12 Milliarden Euro übertroffen haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, die linken Parteien streiten wieder einmal wie die Kesselflicker über Sinn und Unsinn der Hartz-IV-Reformen. Einige behaupten, die Hartz-IV-Reformen seien die zentrale Ursache für die Stärke und den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands. Das ist natürlich vollkommener Unsinn. Wirtschaftlich ist Deutschland deswegen so erfolgreich und so stark, weil wir Spitzenunternehmen mit Spitzenprodukten in Deutschland haben, die die gesamte Welt nachfragt und braucht. Wegen Hartz IV gibt es keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Wegen Hartz IV gibt es kein

einziges zusätzliches Patent, und es gibt wegen Hartz IV keinen Euro Umsatz mehr.

Entscheidend für die wirtschaftliche Stärke ist die Innovationskraft unserer Unternehmen in diesem Land.

Die deutschen Unternehmen liefern deswegen Spitzenprodukte in die Welt, weil sie eine Infrastruktur in Deutschland vorfinden, die ihnen das ermöglicht. Deutschland hat eine herausragende Forschungsinfrastruktur. Ich versuche, dies an einem konkreten Beispiel darzustellen. Ähnliche Beispiele ließen sich überall in Deutschland finden.

Siemens Medizintechnik am Standort Kemnath in Nordostbayern ist Weltmarktführer im Bereich der

Computertomografie. Dort arbeiten 1 400 Beschäftigte, 140 Beschäftigte ausschließlich in der Entwicklung. Klar ist, dass sie mit ihren Entwicklungen immer zwei Jahre Vorsprung haben müssen. Die Innovationsgeschwindigkeit ist außerordentlich dynamisch. Die Weltmärkte erzwingen diese Geschwindigkeit. Dieser Vorsprung ist deswegen möglich, weil es eine Forschungsinfrastruktur regionaler Art gibt, die eine Verzahnung ermöglicht mit Forschungseinrichtungen, mit der Forschungscommunity-Medizincluster in Erlangen; Hochschulen in Erlangen, Nürnberg und Weiden – sowie mit kleinen mittelständischen Unternehmen, die im Forschungsverbund mitarbeiten und als Zulieferer innovative Produkte liefern.

Entscheidend für die wirtschaftliche Stärke ist die Innovationskraft in diesem Land.

Diese gute Forschungsinfrastruktur ist der Grund, warum Deutschland so gut dasteht. Die Menschen, die in diesem Bereich zusammenarbeiten, müssen sich kennenlernen und zueinander Vertrauen haben. Dies ist nicht über das Internet zu

machen. Regionale und nationale Cluster ermöglichen dies. Ohne diese Forschungsinfrastruktur gäbe es Siemens Medizintechnik an diesem Standort nicht. Ohne diese Forschungsinfrastruktur gäbe es auch die Arbeitsplätze bei den Zulieferern im Mittelstand nicht.

Deswegen: Nicht Hartz IV, sondern Innovationskraft ist das Zauberwort für Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland.

Es stellt sich dann die Frage: Was trägt der Bund dazu bei? In den vergangenen Jahren haben wir massiv in die Forschungsinfrastruktur investiert. Die Zahlen wurden angesprochen. Wir haben das 3-Prozent-Ziel mit derzeit 2,9 Prozent fast erreicht. Wir haben erstmals die USA überholt. Deutschland ist das zweitwichtigste Zielland für Forschungsinvestitionen multinationaler Unternehmen weltweit. 570 000 Menschen sind in Deutschland im Bereich Forschung und Entwicklung beschäftigt. Das ist gegenüber 2005, als wir an die Regierung gekommen sind, ein Zuwachs um sagenhafte 19 Prozent. Das ist eine großartige Ent-

Fortsetzung von Seite 5: Albert Rupprecht (CDU/CSU)

wicklung, auf die wir sehr stolz sein können.

Bund, Länder und Wirtschaft zusammen finanzierten im Jahr 2011 Forschung und Entwicklung mit 75 Milliarden Euro – ein Spitzenwert. Das ist gegenüber 2005 ein Anstieg um 34 Prozent. Das machen die Unternehmen nicht aus Liebe zum Standort Deutschland, sondern weil wir mit staatlichen Mitteln eine attraktive Forschungsinfrastruktur aufgebaut haben. Die Bundespolitik hat daran einen substantiellen Anteil. Ich sage sogar: Die Bundespolitik ist bei diesem Thema Vorreiter und Taktgeber zugleich.

Wir haben den Haushalt des Forschungsministeriums gegenüber 2005 um sage und schreibe 82 Prozent erhöht. Die Zuwachsraten im Bundeshaushalt sind wesentlich höher als die in allen Landeshaushal-

ten und der Wirtschaft. Deswegen schneiden wir auch bei allen Innovationsindikatoren weltweit gut ab. Egal, welchen Sie nehmen: Wir sind immer in der Spitzengruppe vertreten. Diese Gruppe besteht aus den USA, der Schweiz, aus nordeuropäischen Ländern wie Finnland, Schweden und Dänemark sowie aus asiatischen Ländern wie Japan, Singapur und Korea. Ich finde, dass das ein Grund ist, stolz zu sein; dieses gute Abschneiden fällt nicht vom Himmel, sondern es war und ist für die Bundespolitik ein riesiger Kraftakt.

Das EFI-Gutachten besagt im Kern, dass wir keine Radikalreformen brauchen, weil wir auf dem richtigen Weg sind, weil die Richtung stimmt. Das EFI-Gutachten gibt uns allerdings punktuell Aufträge und Ideen mit auf den Weg. Ich teile diese Bewertung, und deswegen geht es in ei-

ner so grundsätzlichen Debatte wie der heutigen natürlich auch darum, wohin die Reise gehen soll.

Wichtig ist beispielsweise die Frage des Mittelaufwuchses; letztendlich geht es also wieder um die Frage des Geldes. Frau Ministerin hat bereits angesprochen, dass sich natürlich die Frage stellt, wie es weitergeht, wenn wir das 3-Prozent-Ziel erreicht haben. Wir werden uns dafür verwenden, 3,5 Prozent als Ziel festzuschreiben. Das wird ohne Zweifel ein Kraftakt werden, aber das werden wir uns gemeinsam vornehmen.

Wir beabsichtigen außerdem, den Pakt für Forschung und Innovation fortzuführen und einen Mittelaufwuchs von 5 Prozent für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu realisieren.

Ich möchte abschließend die steuerliche Forschungsförderung

ansprechen. Das, Frau Sager, ist in der Tat das einzige substanzielle Thema aus unserem Koalitionsvertrag, das wir in dieser Legislaturperiode nicht geschultert haben. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass eine entsprechende Initiative im Moment überhaupt keinen Sinn machen würde, weil der rot-grün dominierte Bundesrat keinerlei Bereitschaft zeigen würde, ihr zuzustimmen.

Frau Sager, Sie reden davon, in der nächsten Legislaturperiode die steuerliche Forschungsförderung auszubauen. Gleichzeitig haben aber sowohl Sie als auch die SPD Steuererhöhungen in Milliardenhöhe für die nächste Legislaturperiode angekündigt.

Sie wollen den Unternehmen, denen Sie auf der einen Seite durch steuerliche Forschungsförderung Ei-

genkapital für Investitionen in Innovationen und Forschung zur Verfügung stellen wollen, auf der anderen Seite Milliarden aus der Tasche ziehen.

Sie lassen in Ihrer Steuererhöhungsdiskussion praktisch keine Steuerart – Einkommensteuer, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer – aus. Das läuft auf das Prinzip „linke Tasche – rechte Tasche“ hinaus. Sie entziehen den Unternehmen die Substanz und geben ihnen dafür ein paar Krümel. Das ist verlogen und falsch.

Liebe Frau Sager und liebe Kollegen von der SPD, solange Sie an diesen Steuererhöhungsplänen festhalten, ist all das, was Sie über steuerliche Forschungsförderung schwadronieren, unglauwürdig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Michael Gerdes, SPD:

Alle Möglichkeiten unserer Gesellschaft verbessern



Michael Gerdes (*1960)
Wahlkreis Bottrop – Recklinghausen III

Wir diskutieren hier heute an prominenter Stelle ein Dokument, das ein Jahr lang keine Beachtung fand. Man könnte meinen, Schwarz-Gelb fände, der Inhalt der vorliegenden Unterrichtung sei nicht der Rede wert, und ganz abwegig ist der Gedanke ja wohl nicht. Hier werden Vorhaben und Aktionspläne vollmundig angekündigt. Es geht um eine gute Zukunft für unsere Gesellschaft. Es geht um nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand für Deutschland, und das ist die politische Botschaft, die wir alle unterschreiben. Konkret fassbar werden die Vorhaben der Hightech-Strategie allerdings nur selten.

Zahlen allein sagen nicht alles aus. Schauen wir zum Beispiel auf das Projekt „Intelligenter Umbau der Energieversorgung“. Bei der Zielsetzung sind wir uns absolut einig: Wir alle wollen in naher Zukunft eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung. Die Frage ist aber: Wie kommen wir da hin? Wel-

che Forschungsaktivitäten sind nötig? Wo und wie führen wir Ideen zusammen?

Deutschland ist Europas stärkstes Industrieland und gleichzeitig der größte Energieverbraucher in der EU. Vor diesem Hintergrund haben wir uns den kompletten Umbau der Energieinfrastruktur vorgenommen. Das Ziel ist ambitioniert. Es zu erreichen, erfordert einerseits ein schlüssiges, gut koordiniertes Konzept. Andererseits brauchen wir dafür eine starke, leistungsfähige und breit aufgestellte Forschungslandschaft. Wir brauchen alle klugen Köpfe, um neue Technologien, neue Materialien und neue Energiedienstleistungen zu entwickeln, und genau hier sehe ich das Problem.

Das 6. Energieforschungsprogramm ist zwar seit September 2011 in Kraft; aber es wird der Tragweite und Bedeutung der Energiewende nicht gerecht, schon allein deshalb, weil die Energieforschung zerstückelt ist. Zu viele Ressorts wollen mitmischen. Das führt dazu, dass die Wissenschaft nur schwer erkennen kann: Welches Ministerium hat den Hut auf, und wer kann gegebenenfalls Forschungsgelder verteilen?

Gerade die kleinen Unternehmen mit wenigen Mitarbeitern haben es hier, nebenbei bemerkt, noch schwerer. Sie haben zwar gute Ideen, aber es fehlt an Kapazitäten, um die Bürokratie des Förderdschungels zu durchdringen.

Darüber hinaus verhindert die Zerstückelung der Forschungsprogramme notwendige Synergien. Wir brauchen einen ganzheitlichen Blick, damit die Umgestaltung der Energieversorgung gelingt. Die vielen kleinen Forschungsprojekte

müssen zusammengeführt werden, damit sich ein neues System entwickelt.

Zu dieser Einschätzung komme ich übrigens nicht, weil ich derzeit Oppositionspolitiker bin. Nein, das sagen auch die Berater der Bundesregierung. Herr Kollege Neumann, auch ich darf die Expertenkommission Forschung und Innovation, EFI, zitieren. In ihrem aktuellen Gutachten steht auch: „Die Fragmentierung der Zuständigkeiten für die Energieforschung in Deutschland ist -bizarr.“

Vor wenigen Tagen hat sich nun unsere neue Ministerin, Frau Wanka, die Kritik der Experten zu Herzen genommen: Sie hat der Öffentlichkeit die Nationale Forschungsplattform Energiewende vorgestellt.

Hier sollen Energien und Ideen gebündelt werden. - Und jetzt lobe ich: Ich begrüße diesen Ansatz.

Jetzt kommen wir zum größten Fehler des 6. Energieforschungsprogramms: Es ist die mangelhafte finanzielle Ausstattung der Energieforschung. Schwarz-Gelb baut auf das Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“. Wir alle kennen die Zahlen: Der Preis der CO₂-Zertifikate ist deutlich geringer als erwartet. Somit fehlt das Geld bei der Energieforschung. Der Spiegel berichtet aktuell von einer Streichliste im Ressort von Herrn Altmaier. Demnach stehen die Förderprogramme zur Elektromobilität und zur Erforschung von Stromspeichern vor dem Aus. Das sind zentrale Bausteine der

Energiewende. Mit diesen Förderschwerpunkten haben sich Union und FDP gerühmt, und nun findet die Forschungsförderung in diesem Sektor nicht statt. - So viel zum Thema Prioritätensetzung.

Das zeigt mir: Diese Regierung hat bei der Energiewende keinen Plan.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte noch einen anderen Teil der Hightech-Strategie ansprechen. Unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ – Frau Ministerin, Sie sprachen es an – kann man lesen, wie sich die Arbeitswelt immer mehr automatisiert und wie sehr Informations- und Kommunikationstechnologien die Produktion der Zukunft bestimmen; das ist so weit richtig. Unsere Wettbewerbsfähigkeit hängt davon ab, wie effektiv und effizient Arbeitsprozesse ablaufen. Computer machen alles smart: das Handy, die Fa-

brik oder die Produktion. Wer aber in den Ausführungen der Bundesregierung deutlich zu kurz kommt, ist der Mensch.

Gute und innovative Produkte gibt es nur mit gut ausgebildeten Menschen.

Da stellt sich die Frage: Wie werden die Arbeitnehmer in den Fabriken auf die neuen Technologien vorbereitet? Was bietet die Bundesregierung an, um Aus- und Weiterbildung zu verbessern? Wie wird auf neue Berufsbilder reagiert?

Hier muss einerseits die Forschung zur Zukunft der Arbeit und Humanisierung der Arbeitswelt verstärkt werden. Andererseits brauchen wir eine Bildungs- und Qualifikationsoffensive. Die Industrieprozesse sind -zunehmend wissensbasiert. Unsere Chancen sind hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit produktionsbezogenem Know-how und großem Fachwissen. Das Wissen der Menschen muss durch gute Bil-

Die Politik muss die Gestaltung der Arbeitswelt von morgen aktiv begleiten.

dungsprogramme gesichert und weiterentwickelt werden. In diesem Zusammenhang wäre es sinnvoll, den Übergang zwischen beruflicher Bildung und Hochschule zu verbessern, zum Beispiel durch den Ausbau der Aufstiegsstipendien.

Deutschland ist ein Industrieland. Damit das so bleibt, müssen wir auf die grundlegenden Herausforderungen unserer Zeit reagieren.

Globalisierung, Umwelt- und Klimaschutz, Rohstoffverknappung, technologische Innovation und demografische Entwicklung werden die Industrie weiter verändern. Es kommt deshalb auf die Zusammenarbeit der kreativen Köpfe in Industrie, Dienstleistungen und Wissenschaft an.

Aufgabe der Politik muss es sein, die Gestaltung der Arbeitswelt von morgen aktiv zu begleiten. Wissen und Information sind notwendige Bedingungen für den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen und die beruflichen Perspektiven der Beschäftigten.

Wir müssen alles tun, um die Möglichkeiten unserer Gesellschaft zu verbessern. Dazu gehört die gezielte Einwanderung von Fachkräften. Dazu gehört die Chance auf Ausbildung. Dazu gehört die höhere Durchlässigkeit des Bildungssystems. Dazu gehören auch Anreize für berufs begleitende Qualifizierungsmaßnahmen.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Birgit Homburger (FDP), Dr. Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Heinz Riesenhuber (CDU/CSU), Lothar Binding (SPD), Axel Knoerig (CDU/CSU) und Michael Kretschmer (CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

Debatte über die soziale Gestaltung der Energiewende / 231. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 21. März 2013

Caren Lay, DIE LINKE:

Stromsperren wenigstens im Winter verbieten



Caren Lay (*1972)
Landesliste Sachsen

In der letzten Woche konnten wir der Presse entnehmen, dass der Stromkonzern Eon im vergangenen Jahr einen Gewinn von 2,6 Milliarden Euro eingefahren hat. Das ist zweifellos gut für Eon-Chef Johannes Teyssen. Er wird nicht am Hungertuch nagen müssen; denn er gönnte sich eine Gehaltserhöhung, die sich gewaschen hat. Der Arme musste bislang mit einem Jahresgehalt von 4,5 Millionen Euro auskommen.

Jetzt soll sein Einkommen auf 5,7 Millionen Euro jährlich steigen.

Immerhin wird er sich zukünftig keine Sorgen darüber machen müssen, wie er die Stromrechnung bezahlt. Ganz anders sieht das für die Beschäftigten aus, die Eon zuvor entlassen hat. Ganz anders sieht es auch für die Hunderttausenden Menschen in diesem Land aus, denen der Strom im vergangenen Jahr abgestellt wurde. Das darf nicht sein. Das ist eine soziale Schieflage in der Energiewende, die wir als Linke so nicht hinnehmen können.

Dann stellt sich Eon-Chef Teyssen auch noch hin und fürchtet sich öffentlich vor schwierigen Zeiten für sein Unternehmen. Da kann ich nur sagen: Wenn er auf seine Gehaltserhöhung verzichten würde, dann hätte er schon so manchen Arbeitsplatz in seinem Unternehmen sichern können.

Nehmen wir als Beispiel Berlin. Hier lebt jeder Sechste von Hartz IV. Die steigenden Strompreise werden für diese Menschen, aber auch für Geringverdiener zu einem massiven Problem. Die steigenden Kosten für Gas und Heizung kommen hinzu. Nach Angaben der Verbraucherverbände steigt die Zahl derjenigen, die Beratung wegen explodierender Strom- und Gaspreise brauchen, enorm an. Deswegen sagen wir als Linke: Es muss endlich etwas passieren, um den rasanten Anstieg der

Energiekosten, der Strom-, der Heiz- und der Gaskosten, zu reduzieren.

Und siehe da! Selbst die Bundesregierung hat dieses Problem erkannt und will eine Strompreisbremse nachliefern. Heute Nachmittag findet der sogenannte Energiegipfel im Kanzleramt statt. Ich kann nur sagen: Diesen Alarmismus hätten Sie sich sparen können, wenn Sie hier in diesem Hohen Hause vor zweieinhalb Jahren unseren linken Vorschlägen für eine effektive Strompreisbremse zugestimmt hätten. Sie haben sie abgelehnt. Sie haben jedes Jahr abgelehnt, wenn wir ein Strompreis-moratorium gefordert haben. Das muss an dieser Stelle gesagt werden.

Die Vorschläge, die Union und FDP bisher vorgelegt haben, sind nichts anderes als ein weiterer Frontalangriff gegen die erneuerbaren Energien. Sie sagen Strompreisbremse, meinen aber Erneuerbare-Energien-Bremse. Das muss an dieser Stelle ganz deutlich gesagt werden.

Das ist der Unterschied zwischen unserer und Ihrer Energiepolitik: Wir wollen verhindern, dass sich die Chefs der vier großen Energiekonzerne weiterhin auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher die Taschen vollstopfen. Sie betreiben Propaganda gegen die Solar- und Windkraftbranche.

Es ist doch paradox: Ausgerechnet diese schwarz-gelbe Koalition, die sich ansonsten so gerne wirtschaftsnah gibt, lässt die Solarbranche einfach den Bach runtergehen. Allein in meinem Wahlkreis sind in den letzten Monaten drei Solarfirmen pleitegegangen. Viele Stadtwerke hatten den Bau von Solaranlagen geplant und wollten neue Solarfelder erschließen. Aber durch das Hü und Hott in Ihrer Förderpolitik sind diese Vorhaben einfach nicht mehr realisiert worden. Ich finde, so kann man mit einer Zukunftsbranche nicht umgehen. Das kann doch nicht wahr sein.

Während Sie der Solar- und Windkraftbranche einen Frontalangriff bereiten, sorgen Sie gleichzeitig dafür, dass ausgerechnet diejenigen Industriebetriebe, die viel Strom verbrauchen, auch noch von der Öffentlichkeit unterstützt werden, weil wir als Verbraucher oder als Steuerzahler deren Stromrechnung mit bezahlen. Das ist doch völlig absurd.

Diese Industrierabatte sind massiv angestiegen. Vor zwei Jahren lagen sie noch bei 8 Milliarden Euro. Im letzten Jahr waren es schon 10 Milliarden Euro. In diesem Jahr werden es schätzungsweise etwa 16 Milliar-

den Euro sein, Milliarden, die wir als Steuerzahler und Verbraucher für die Industrie mit bezahlen. Das kann so nicht weitergehen.

Es wäre so einfach, die Strompreise zu senken. Die deutliche Reduzierung der Industrierabatte ist das eine. Ich kann wirklich nicht erkennen, warum Flughäfen, Geflügelzüchter und Saunaaanlagen von diesen Stromkosten befreit werden sollen, und das auf Kosten der Allgemeinheit.

Ein zweites Beispiel. Sie haben 2007 ohne Not die Strompreisauflage der Länder abgeschafft. Seitdem steigen die Preise noch mehr. Deswegen sagen wir als Linke: Wir

Die Energiewende darf nicht auf Kosten der Schwachen in der Gesellschaft gehen.

wollen eine effektive staatliche Preisaufsicht, die die Preise auch wirklich genehmigt und die eingreifen kann. Das ist etwas ganz anderes als die Markttransparenzstelle, die nur beschreiben soll und über die wir gleich noch diskutieren.

Drittens sagen wir: Die Energiewende ist notwendig, aber sie darf nicht auf Kosten der Schwachen in dieser Gesellschaft gehen. Deshalb wollen wir die Stromsteuer - besser bekannt als Ökosteuer - senken. Wir

als Linke haben schon immer kritisiert, dass sie völlig unsozial ist. Warum soll denn eine vierköpfige Familie mehr Stromsteuer bezahlen als ein Singlehaushalt, der vielleicht besser verdienend ist? Ich frage

mich sowieso, was an dieser Stromsteuer eigentlich öko ist. Dahinter steht doch der Gedanke: Wir machen den Strom teuer, und dann wird nicht so viel verbraucht. - Das ist großer Unsinn und unsozial noch dazu.

Als wir als Linke die Senkung der Stromsteuer vor ein paar Monaten vorgeschlagen haben, haben viele andere gesagt: Schon wieder ein absurder linker Vorschlag. - Ich freue mich, dass diese Forderung - so kann ich es der Presse entnehmen - jetzt wenigstens auch von der SPD mit unterstützt wird. Ich freue mich immer, wenn gute Ideen der Linken übernommen werden.

Ich hoffe, dass auch die Grünen jetzt über ihren Schatten springen und diese alten Zöpfe tatsächlich abschneiden.

Ein allerletzter Punkt. Wir als Linke wollen die unsäglichen Stromsperren endlich verbieten. Stellen Sie sich das doch einmal vor bei diesem Wetter, bei 20 Zentimetern Schnee: Das Licht geht nicht an, Sie können sich keinen Tee und keine warme Suppe kochen. So kann es einfach nicht weitergehen. Das ist einfach unmenschlich. Deswegen sagen wir: Folgen wir doch bitte dem Beispiel von Frankreich, und lassen Sie uns diese Stromsperren verbieten, wenigstens im Winter.

(Beifall bei der Linken)

Thomas Bareiß, CDU/CSU:

EEG-Strukturen mit Instrumenten des Wettbewerbs anpacken



Thomas Bareiß (*1975)
Wahlkreis Zollernalb – Sigmaringen

Liebe Frau Lay, Ihr Redebeitrag hat wieder einmal bewiesen, dass die Linke immer noch nicht in der sozialen Marktwirtschaft angekommen ist.

Er zeigt aber noch eines, nämlich dass die Linke am Problem vorbeiredet und nur eine Verteilungsdebatte führt, aber nicht das wirkliche Problem adressiert. Sie müssen sich doch die Struktur der Strompreise anschauen. Wir haben in den letzten Jahren erlebt, dass die EEG-Umlage massiv gestiegen ist. Im letzten Jahr hat eine vierköpfige Familie eine EEG-Umlage in Höhe von 160 Euro gezahlt.

In diesem Jahr zahlt eine vierköpfige Familie eine EEG-Umlage in Höhe von 240 Euro. Wenn wir nicht aufpassen, dann werden wir im nächsten Jahr eine Erhöhung um weitere 75 Euro erleben und bei 315 Euro liegen.

Deshalb muss man die Strukturen des EEG anpacken, mit Instrumenten des Markts und des Wettbewerbs. Dann werden wir auch die Strompreise wieder in den Griff bekommen. Wir brauchen aber keine Verteilungsdebatten wie die, die Sie angestoßen haben.

Die Senkung der Stromsteuer, die anscheinend jetzt einhellig von Rot-Grün gefordert wird, führt zu einer Ersparnis von nur 22 Euro für eine vierköpfige Familie. Die Strompreiserhöhung durch die EEG-Umlage droht aber im Herbst. Diese wird 75 Euro betragen. Die Senkung der Stromsteuer wird also durch diese Erhöhung der Umlage komplett aufgefressen. Deshalb ist auch das keine Lösung. Wir brauchen eine grundsätzliche Lösung. Deshalb liegt jetzt die Strompreisbremse auf dem Tisch.

Darüber wird heute debattiert. Deshalb werden wir grundsätzliche Fragen aufwerfen, zu denen auch Sie einmal Stellung beziehen müssen. Wir stellen die grundsätzlichen Fragen, aber Sie präsentieren nur unterschiedliche Positionen.

Wenn man an das EEG herangeht und die Frage stellt, wie das EEG zukünftig aussehen soll, dann antwortete Sigmar Gabriel: Das EEG muss grundsätzlich reformiert werden. - So hat er es vor kurzem getan. Aber Herr Kelber aus Ihrer Fraktion hat vor zwei Wochen gesagt, das EEG sei genau richtig und dürfe nicht reformiert werden; es müsse so bleiben, wie es ist. Das ist keine Lösung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir müssen - auch da sind sich die Experten ja einig - grundsätzlich an das EEG herangehen. Die Idee, die EEG-Umlage für die nächsten zwei Jahre einzufrieren, um aufzuzeigen, wo wir in den nächsten Jahren investieren können und wollen, in welchen Bereichen Investitionen am

Wir brauchen die Verknüpfung von konventionellen Kraftwerksparks mit den erneuerbaren Energien.

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7: Thomas Bareiß (CDU/CSU)

wirtschaftlichsten sind, bietet den richtigen Ansatz dafür, in den nächsten Jahren wirtschaftlich und marktkonform zu agieren.

Ein weiterer Punkt, der zeigt, wie unterschiedlich die Opposition in die Debatte geht, ist die Befreiung der Industrie von der EEG-Umlage, die, wie wir gerade gehört haben, angepackt werden soll, die aber laut Frau Lay in manchen Bereichen komplett gestrichen werden soll. Frau Kraft macht sich zur Vorkämpferin für die Industrie.

Die SPD-Fraktion hier lamentiert etwas herum, und die Grünen wollen am liebsten mit der Axt an die Befreiung der Industrie von der EEG-Umlage heran. Wir haben in den letzten zwei Jahren den industriellen Mittelstand, der im Wettbewerb steht, massiv von der EEG-Umlage befreit und damit Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze möglich gemacht.

Das ist eine Industriepolitik, die wettbewerbsfreundlich ist und dafür sorgt, dass die Energiewende nicht zum Arbeitsplatzkiller wird, sondern zum Arbeitsplatzschaffer.

Ich möchte noch an einem weiteren Beispiel zeigen, wie unterschiedlich die Opposition hier in die Debatte geht – das hat mich irritiert –:

Gestern hatten wir eine große Debatte im Wirtschaftsausschuss, in der sich gezeigt hat, dass die SPD anscheinend die Stromsteuersenkung will. Die Grünen haben gestern im Wirtschaftsausschuss noch gegen die Stromsteuersenkung gestimmt.

Heute muss ich im Tagesspiegel lesen: SPD und Grüne wollen die Stromsteuersenkung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesem Hin und Her werden wir die Energiewende nicht schaffen.

Wir brauchen endlich auch von Ihrer Seite Vorschläge, die umsetzbar sind und uns ein klares Bild liefern.

Wir haben im Gegensatz zu Ihnen in den letzten drei Jahren ganz entscheidende Weichen im EEG gestellt. Wir haben das EEG weiterentwickelt. Wir haben es intelligenter und vor allem auch bezahlbar gemacht.

Gegen Ihren Widerstand haben wir das EEG im Bereich der Solarenergie reformiert. Wir haben im Bereich der Solarenergie eine Reduktion der EEG-Vergütung um 70 Prozent erreicht – von 43 auf 16 Cent. Damit entlasten wir die Verbraucher in den kommenden 20 Jahren um 2 Milliarden Euro. Das ist ein großer Erfolg.

Wir haben einen „atmenden Deckel“ eingeführt, der die Vergütung intelligent nach Höhe des Zubaus anpasst und sie entsprechend reduziert, wenn der Zubau zu hoch wird. Diese Maßnahmen haben Sie immer bekämpft.

Sie haben immer den Untergang der Solarbranche gesehen.

Das Gegenteil war der Fall. In den letzten drei Jahren gab es Rekordwer-

te bei den Zubauraten, die es in keinem anderen Land auf dieser Welt gibt.

Wir haben Effizienz und Einsparungen ermöglicht. Wir haben – Frau Lay, hören Sie zu! – für einkommensschwache Haushalte ganz konkret Stromsparmaßnahmen durchgeführt. Wir haben Beratungen gemacht. 80 000 Haushalte haben davon profitiert; 86 Euro im Schnitt hat jeder dieser Haushalte pro Jahr gespart. Das sind ganz konkrete Maß-

nahmen, bei denen wir den Menschen als mündigen Bürger ansehen, der in die Lage versetzt werden muss, seine Stromrechnung selbst zu bezahlen und sich stromsparend zu verhalten.

Wir haben die Energieeffizienz im Bereich des Gebäudebestandes wie keine andere Regierung vor uns vorangebracht.

1,8 Milliarden Euro haben wir über das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm in den Gebäudebestand investiert, und wir haben dafür gesorgt, dass die Gebäudesanierungsrate Stück für Stück nach oben geht. Die Energieeffizienzwerte erreichen auch hier ein Rekordniveau.

Wir haben mehr Transparenz für die Verbraucher geschaffen. Verbraucher können unter so vielen Stromlieferanten wie noch nie auswählen.

Allein dieses Jahr kann jeder im Schnitt unter 50 Stromanbietern auswählen. Das sind 25 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren.

Wir haben die Bedingungen für einen Wechsel wesentlich erleichtert. Wir haben die Fristen verkürzt. Wenn heute ein Verbraucher den Stromanbieter wechselt und zum günstigsten Anbieter geht, kann er im Schnitt 200 Euro sparen. Das sind Zeichen dafür, dass Markt und Wettbewerb funktionieren. Dies sollte beispielhaft für andere Gebiete sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch einen anderen Bereich ansprechen, der mir sehr wichtig ist, nämlich den Industriestandort Deutschland. Mit Blick darauf müssen wir dafür sorgen, dass wir bei der Energiewende keine Arbeitsplätze verlieren, sondern gewinnen. Deutschland hat einen Industrieanteil von 26 Prozent, Großbritannien von 13 Prozent, Frankreich von 12 Prozent. Das zeigt, dass wir ein ganz besonderes Augenmerk auf unsere Industrie richten müssen.

Die Industrie hat heute schon einen großen Anteil am EEG-Bereich: 6 Milliarden Euro zahlt die deutsche Industrie. 5,7 Millionen Menschen haben in diesem Sektor einen Arbeitsplatz. Deshalb ist unser Anliegen, dafür zu sorgen, dass gerade diejenige Industrie, die im Wettbewerb steht, nicht über Gebühr belastet wird. Auch diese Balance werden wir mit der Strompreisbremse entsprechend hinbekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, das Wichtigste

wird sein, dass wir uns, aufbauend auf der Strompreisbremse, über die langfristige Ausgestaltung des EEG unterhalten. Die ersten 20 Prozent waren mit dem EEG sicherlich machbar. Es war das richtige Instrument, den Markteintritt zu gestalten. Um aber die nächsten 20 Prozent zu erreichen, brauchen wir eine neue Rahmensetzung.

Da werden vor allen Dingen Sie gefordert sein; denn Sie müssen dann die Anzahl der heiligen Kühe, die Sie überall haben – ich verweise auf die Subventionsmaschinerie, die Sie losgetreten haben –, auf ein gesundes Maß reduzieren.

Hubertus Heil, SPD:

Die Energiewende ist eine der größten Herausforderungen



Hubertus Heil (*1972)
Wahlkreis Gifhorn – Peine

Ohne Zweifel ist die Energiewende eine der größten Herausforderungen, vor denen unser Land, vor denen unsere Wirtschaft, vor denen unsere Gesellschaft steht. Aber, Herr Bareiß, meine Damen und Herren, dafür muss man nicht solche Reden halten. Wenn man in der Regierungsverantwortung ist – noch sind Sie ja Teil der Regierungsfaktionen –, dann darf man nicht solche Reden halten, sondern man muss Gesetzentwürfe vorlegen. Dazu sind Sie nicht in der Lage.

Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, haben den Menschen nach Fukushima eine saubere, eine sichere und eine bezahlbare Energiewende versprochen, und Sie sind es, die diese drei Versprechen im Moment brechen. Aus der Verantwortung werden wir Sie nicht entlassen.

Insofern muss man in dieser Debatte eines klarmachen: Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land machen sich massiv Sorgen über steigende Energiepreise und auch über steigende Strompreise, die ein Teil der Energiekosten sind, die auf sie zukommen. In dem Befund sind wir uns möglicherweise einig.

Weil diese Regierung diese Sorge drei, vier Jahre lang ignoriert hat, weil sie das Gefühl hat, dass ihr das bei den

Sie müssen Wettbewerb und Markt im Bereich der erneuerbaren Energien zulassen. Das können die erneuerbaren Energien auch leisten, und wir sollten es ihnen zuvertrauen.

Wir brauchen eine Synchronisation von Netzausbau und erneuerbaren Energien. Wir brauchen die Verknüpfung von konventionellen Kraftwerksparks mit den erneuerbaren Energien.

Wir brauchen mehr Eigenverantwortung, gerade im Bereich der erneuerbaren Energien, Eigenverantwortung für mehr Markt und Wettbewerb.

Wir haben konkrete Vorschläge.

Die Frage ist, inwieweit Sie dabei in den nächsten Jahren mitmachen.

Wir brauchen mehr Europa; auch das ist ein wichtiger Punkt. Das wird in den nächsten Jahren eine ganz, ganz große Rolle spielen. Da wird sich zeigen, inwiefern Sie bei der Energiewende mitmachen und dafür sorgen, dass sie nicht nur eine Subventionsmaschine wird, sondern auch ein Erfolgsfaktor für Deutschland und damit langfristig Arbeitsplätze sichert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wahlen auf die Füße fallen könnte, kommt Herr Altmaier kurz vor Toreschluss mit der Wundertüte „Strompreisbremse“ um die Ecke. Herr Bundesumweltminister Altmaier, jemand, der sich mit dieser Materie auskennt – das will ich Ihnen mal ein bisschen unterstellen –, weiß, dass das, was Sie vorgeschlagen haben, das Eingeständnis dieser Koalition ist, dass sie in dieser Legislaturperiode nicht mehr in der Lage ist, die grundlegenden Fragen der Energiewende anzugehen. Was notwendig ist für den Netzausbau – eine neue Ordnung des Strommarkts, ein neues Strommarktdesign –, was notwendig ist, um die Energiewende besser zu managen, all das findet sich nicht in Ihren Vorschlägen. Deshalb ist die Strompreisbremse im Wesentlichen erst einmal Überschriftenpolitik, nichts anderes.

Wenn man dann unter diese Überschriften guckt, kommt man zu dem Schluss: Es ist zweifelhaft, ob das, was Sie vorschlagen, die Energiekosten bremst; aber es ist sicher, dass das, was Sie vorschlagen, die Energiewende bremst, meine Damen und Herren.

Sie wissen ganz genau, dass Sie Vorschläge gemacht haben, die nicht nur im Bereich der erneuerbaren Energien, sondern in der gesamten deutschen Wirtschaft zu Kopfschütteln führen. Wie man glauben kann, Investoren würden dadurch nicht verunsichert, wenn man in den Altbestand eingreift, und das Vertrauen in den Industriestandort Deutschland würde nicht unterminiert, das kann mir keiner vernünftig erklären, und Sie wissen auch ganz genau, dass dieser Unsinn nicht zu machen ist.

Reden wir doch einmal über das, was heute miteinander möglich ist! Wenn diese Koalition einräumen muss – ich beklage das –, dass wir

dem Grunde nach die wesentlichen Entscheidungen dafür, dass die Energiewende wieder vom Kopf auf die Füße kommt, leider erst im Herbst dieses Jahres, nach der Bundestagswahl, angehen können, dann sind wir durchaus bereit, über kurzfristige Maßnahmen zu reden. Wenn ich von „wir“ spreche, dann meine ich die rot-grün geführten Bundesländer, Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam. Wir haben Ihnen vorgeschlagen, dass wir über drei Bereiche reden:

Wir sollten erstens über die Frage reden: Was kann kurzfristig innerhalb des EEG passieren? Da gibt es durchaus kleinere Maßnahmen, über die man reden kann, die nicht die gesamte Branche verunsichern, die aber die Möglichkeit schaffen, den Anstieg der EEG-Umlage zu bremsen. Wir können über die Marktprämie reden. Wir

können über bestimmte Boni reden, die Sie in vielen Bereichen eingeführt haben.

Wir sollten zweitens auch über die Frage reden: Wie gehen wir in Deutschland mit energieintensiven Betrieben um? Dazu habe ich heute in der Zeitung gelesen, dass Herr Ramsauer, der gerade den Saal verlassen hat, einen offenen Brief an den Bundesminister Altmaier schreibt. Was ist denn das für ein Vorgang, Herr Altmaier? Rösler, Altmaier und Ramsauer, die drei von der Zankstelle! „Ressortabstimmung“ ist ein Fremdwort in dieser Regierung. Das ist ein Teil des Problems.

Ich habe also in der Zeitung gelesen, dass Herr Ramsauer beklagt, dass der Altmaier der Deutschen Bahn AG Hunderte von Millionen entziehen will. Er will in diesem Bereich tatsächlich auch die Bahn belasten. Was ist eigentlich die Haltung der Bundeskanzlerin in dieser Frage? Gibt es über-

Die Bürger machen sich massiv Sorgen über steigende Energie- und Strompreise.

haupt einen Standpunkt dieser Regierung? Das würde uns als Opposition interessieren, und die Öffentlichkeit auch.

Wir haben Ihnen vorgeschlagen, dass wir im Bereich der energieintensiven Unternehmen nicht um einzelne Branchen feilschen, sondern dass wir uns auf die Systematik konzentrieren. Die Systematik ist, dass energieintensive Unternehmen, die Effizienzmaßnahmen ergriffen haben und die im internationalen Wettbewerb stehen, weiterhin zu Recht befreit sind, damit wir Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland halten, aber dass wir Maßnahmen ergreifen müssen, damit Trittbrettfahrer, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen, da rauskommen. Lassen Sie uns über die Systematik reden und dieses unwürdige Gefeiße zwischen Bundesministern beenden, meine Damen und Herren!

Wir haben Ihnen drittens vorgeschlagen, dass wir, wenn im Bereich der erneuerbaren Energien etwas getan werden kann und muss, wenn im Bereich der energieintensiven Betriebe etwas getan werden muss, auch über uns, über den Staat, reden. Tatsache ist, dass Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble über die gestiegene EEG-Umlage ungeplant pro Jahr 1 Milliarde Euro mehr an Mehrwertsteuer einnimmt. Deshalb ist unser Vorschlag, im Bereich der Stromsteuer etwas zu tun, nur fair. Wenn alle einen Beitrag leisten sollen, dann sollte auch der Bundeshaushalt einen solchen Beitrag leisten. Angesichts der Tatsache, dass der Anteil der erneuerbaren Energien in Deutschland mittlerweile – Gott sei Dank – 25 Prozent beträgt, ist es vernünftig, entsprechend die Stromsteuer in Deutschland zu senken.

Warum, meine Damen und Herren von der FDP, höre ich eigentlich Einzelstimmen, darunter Ihren Spitzenkandidaten Brüderle, die das gut finden, Herr Breil?

Die Sächsische Staatsregierung findet das gut. Ich höre Sympathien aus Bayern an dieser Stelle. Aber die Blockierer sitzen auf der Regierungsbank. Die Bundeskanzlerin ist heute nicht einmal bereit und in der Lage, über das Thema Stromsteuer zu sprechen. Das ist ein Teil des Problems. Sie sind die Blockadekoalition an diesem Punkt.

Wir wollen etwas tun, um die Verbraucherinnen und Verbraucher kurzfristig zu entlasten.

Herr Altmaier, der heutige Artikel im Tagesspiegel mit der Überschrift „Stromabwärts“ beschreibt, was im Moment passiert. Sie sind durchaus ein eloquenter Kerl. Als Parlamentarischer Geschäftsführer haben wir Sie durchaus durch Ihre humorige Art schätzen gelernt. Aber dass Sie ein richtiger Trickser sind, haben wir in den letzten Monaten erlebt.

Man muss neidlos anerkennen, dass Ihnen mit dem Thema Strompreisbremse ein medialer Coup gelungen ist. Einige Tage später haben Sie mit der Aussage, dass die Energiewende 1 Billion Euro kosten kann, ei-

nen Klops gelandet. Diese Zahlen haben Sie heute nicht vernünftig belegt. Dies ist keine seriöse Debatte. Wir bekommen die wahren Probleme nicht in den Griff, wenn wir die Menschen mit solchen Fantazahlen verunsichern. Wir müssen Klarheit bekommen, was die Zahlen betrifft. Und wir müssen das tun, was wir tun können.

Herr Altmaier, für Sie gilt deshalb der alte Satz von Abraham Lincoln – ich darf zitieren –:

Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen, und das ganze Volk einen Teil der Zeit, aber man kann nicht das ganze Volk die ganze Zeit täuschen!

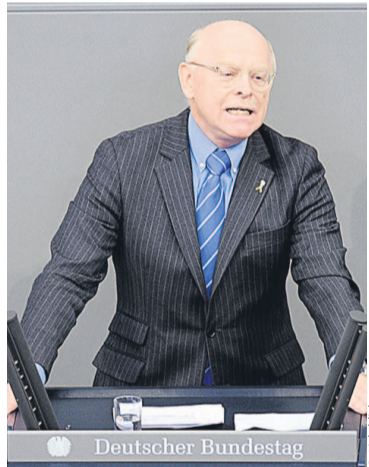
Das, meine Damen und Herren, wird heute offensichtlich werden. Wir sind bereit für kurzfristige Maßnahmen. Wir wollen aber vor allen Din-

gen dafür sorgen, dass die Energiewende kein wirtschaftliches und soziales Risiko ist, sondern ein wirtschaftlicher und sozialer Erfolg für Deutschland. Lassen Sie uns in diesem Haus darüber streiten und die Menschen mit diesen Ablenkungsdebatten nicht weiter verunsichern. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Die SPD-geführten Bundesländer haben Vorschläge gemacht. Sie wollen im Wesentlichen Überschriften produzieren. Das ist der Unterschied und das Problem in Deutschland. Energiewende geht anders. Der Unterschied zwischen Ihnen, zwischen Herrn Altmaier und Herrn Rösler, und uns ist: Wir können Energiewende und Sie nicht.

(Beifall bei der SPD)

Klaus Breil, FDP:

Die Industrie leistet einen Beitrag zum Wohlstand



Klaus Breil (*1945)
Landesliste Bayern

Frau Lay, kurz zu Ihrer Bemerkung über die Gewinne von Eon: Wenn Sie diese im Verhältnis zum Umsatz des Konzerns sehen, dann kommen auch Sie zu der Frage, ob sie genug verdienen, um Erhaltungsinvestitionen tätigen zu können. Das müssen Sie sich einmal genau ansehen.

Meine Damen und Herren, dieser Debatte liegen vier rote Anträge zugrunde, wie sie idealistischer nicht sein könnten. In dreien will die Linke einerseits für die Beibehaltung des EEG in seiner jetzigen Form eintreten, also für einen tendenziell höheren Strompreis, und andererseits die Stromsperrungen verbieten. Sie möchte uns weismachen, sie hätte Ahnung von Energiepolitik. Gar nichts haben Sie!

Wer soll das alles bezahlen? Die FDP hat sich als erste und einzige Partei mit dem Thema „Bezahlbarkeit von Strom“ beschäftigt.

Meine Damen und Herren, wir haben in der Sommerpause eine Arbeitsgruppe eingesetzt, an der ich ebenso wie meine Kollegen Michael Kauch und Horst Meierhofer intensiv teilge-

nommen habe. Gemeinsam mit weiteren Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern haben wir ein dreistufiges Verfahren ausgearbeitet. Mit diesem Verfahren wollen wir die Energiewende, das Energiekonzept dieser Bundesregierung, auch bei bezahlbaren Strompreisen zum Erfolg führen.

Herr Kollege Heil, Sie werden jetzt eine weitere Stimme unter vielen vernahmen; Sie haben ja gerade die Stimme unseres Fraktionsvorsitzenden, Rainer Brüderle, angesprochen. Unser Vorschlag zur kurzfristigen Entlastung der privaten Stromverbraucher war es, die Stromsteuer in Höhe der zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen infolge der Anhebung der EEG-Umlage zu reduzieren.

Das entspräche in etwa einem Windfall Profit in Höhe von 500 Millionen Euro. Darauf könnte der Staat zugunsten der Kaufkraft der Bürger verzichten.

Das betrifft Einnahmen, die zuvor in keinem Haushalt budgetiert gewesen sind.

Ein ähnliches Volumen würde sich bei der Anwendung des verminderten Mehrwertsteuersatzes von 7 Prozent anstelle von 19 Prozent auf die gesamte EEG-Umlage ergeben.

Ich will nur sagen, dass es mehrere Optionen gibt.

In einem weiteren Schritt wollen wir dann mehr Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien in die Direktvermarktung überführen. Letzten Endes wollen wir den Energieversorgern und Stadtwerken einen von Jahr zu Jahr steigenden Anteil aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms in ihrem Portfolio vorgeben. Das entspricht dem Mengenmodell.



Demonstration vergangene Woche vor dem Kanzleramt

die im internationalen Wettbewerb stehen, fallen ständig und teils subtil Standortentscheidungen. Laut Angaben der statistischen Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank sind die Umsätze der deutschen Industrie an ihren Standorten im Ausland ebenso hoch wie im Inland. Statistisch gesehen, geht es also bei jeder Standortentscheidung eines Unternehmens um die Frage: Machen wir das im Inland, oder machen wir das im Ausland?

EU-Kommissar Günther Oettinger hat recht, wenn er immer wieder vor der schleichenden Deindustrialisierung warnt.

Es lässt sich auch durch das geflügelte Ignorieren der Opposition nicht kaputtrechnen, dass die Industrie einen bedeutenden Beitrag zu unserem Bruttoinlandsprodukt leistet und dass dieser Beitrag die Basis für unseren Wohlstand, für den Erhalt unseres Steueraufkommens und des Sozialversicherungssystems ist.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit der Strompreisbremse ist des Weiteren vorgesehen, die Vergütung für Neuanlagen bestimmter Energieträger anzupassen.

Bis gestern sah ich das Unternehmen „Strompreisbremse“ noch auf einem guten Weg.

Allerdings war ich sehr überrascht, als ich lesen musste, dass einige Mitglieder der Opposition, ohne dass sie überhaupt Teil der Bund-Länder-Arbeitsgruppe waren, die Verhandlungen zur Strompreisbremse für gescheitert erklärt haben. Frau Höhn, Ihre Erklärung dazu kann ich nur als höhnisch auffassen.

Ich appelliere daher an die Ministerpräsidenten der 16 Länder, die heute mit der Kanzlerin am Verhandlungstisch sitzen: Lassen Sie die Interessen der Verbraucher nicht außer Acht, und entlassen Sie die erneuerbaren Energien nicht aus der Pflicht, ihren Beitrag zur Bezahlbarkeit der Energiewende zu leisten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir reden hier über Geld, dass nicht uns, sondern den Stromverbrauchern gehört.

Dr. Thomas Gambke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Energiekosten sind teils nicht mehr zumutbare Kostenbelastung



Thomas Gambke (*1949)
Landesliste Bayern

Meine Damen und Herren! Eine Debatte über die Energiewende ist immer sehr wichtig; denn die Energiewende ist ein zentrales Projekt. Aber anstatt über die wirklich großen Herausforderungen sachlich zu debattieren, reden wir hier über die schöne Erfindung „Strompreisbremse“.

Um es gleich ganz deutlich zu sagen und Fehlinterpretationen vorzubeugen: Wir Grüne nehmen die aktuellen Kostensteigerungen durchaus ernst. Aber wir müssen in diesem

Zusammenhang auch die sozialen Verwerfungen in den Blick nehmen, die aktuell in Deutschland und auch in Europa zu verzeichnen sind. Lassen Sie mich auf folgende Tatsache hinweisen: Dass viele Menschen die Energiekosten, insbesondere die Stromkosten, als eine nicht mehr zumutbare Kostenbelastung sehen, spielt sich vor dem Hintergrund ab, dass ganze Gruppen in der Bevölkerung durch Minijobs, durch fehlenden Mindestlohn, durch die fehlende Infrastruktur für Bildung abgehängt werden. Das ist das eigentliche soziale Problem; es sind nicht nur die Energiekosten.

Zur Industrie. Ich kenne einen namhaften Hersteller in Rheinland-Pfalz, der gerade ein Verwaltungsgebäude errichtet und in Betrieb genommen hat. Mehr als 100 Prozent des Energieverbrauches deckt er durch erneuerbare Energien ab. Obwohl sich dieses familiengeführte Unternehmen in einem sehr harten Wettbewerb befindet, ist das möglich, und zwar dank dem EEG.

Ich kenne ein weiteres Unternehmen, einen Zulieferer bei mir in Bayern, mit einem wunderschönen Dach, auf dem man eine tolle Pho-

tovoltaikanlage installieren könnte. Aber hinter dem Unternehmen steht ein Finanzinvestor, der sagt: Alle meine Investitionen müssen sich innerhalb von drei Jahren rechnen. – Obwohl wir mehrfach vorstellig geworden sind, sagt er: Nein, es gibt keine Photovoltaikanlage auf dem Dach; denn ich habe keine Investitionssicherheit mehr.

Das zentrale Problem, das Sie heute zu verantworten haben, Herr Umweltminister, ist dieses Hin und Her. Dabei denke ich nur an Ihren Kardinalfehler, indem Sie versucht haben, rückwirkend in Verträge einzugreifen. Sie mögen jetzt zurückrudern und sagen: Es gibt auch andere Möglichkeiten. Wenn die erfüllt sind, dann machen wir das nicht. – Aber Sie werden das nicht mehr bekommen; da werden alle Dementis und alle Ankündigungen nicht mehr helfen. Sie haben eine tiefe Verunsicherung bei der Industrie herbeigeführt. Sie wird sich in Zukunft sehr genau überlegen, ob sie

nachhaltig, das heißt langfristig, Investitionen in erneuerbare Energien vornimmt, und das haben Sie zu verantworten.

Wir müssen die Strompreiserhöhung in den richtigen Kontext stellen. Das wahre Problem der Energiekosten liegt doch im Anstieg der Kosten für alle endlichen Ressourcen, insbesondere für Öl.

Keiner redet heute über die Heizkostensteigerung durch die Preissteigerung bei fossilen Brennstoffen. Es ist doch schon eine recht dreiste Lüge – dies ist mehrfach nachgewiesen worden –, den erneuerbaren Energien den Stromkostenanstieg in die Schuhe zu schieben.

Wir müssen auch die sozialen Verwerfungen in den Blick nehmen, die aktuell zu verzeichnen sind.

Meine Damen und Herren, diese Koalition hat seit drei Jahren die Energiepolitik zu verantworten, und wir haben mit großer Mehrheit, mit uns, den Ausstieg aus der Atomenergie entschieden. Herr Breil sagt jetzt, dass die FDP im letzten August eine Arbeitsgruppe gegründet hat.

Herr Breil, das Thema Energiewende liegt seit drei Jahren in Ihrer Verantwortung; in der Verantwortung von uns allen ist es seit mindestens zehn Jahren. In dieser Zeit haben wir gearbeitet; das EEG wurde beschlossen.

Jetzt geht es doch darum, diese drei Dinge – Ausbau der erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und

Energieeinsparung – endlich umzusetzen.

Wir müssen uns doch ehrlich machen.

Herr Nüßlein, wir gehören beide der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ an. Wir müssen uns doch einfach einmal damit auseinandersetzen, dass die Ressourcen endlich sind und dass wir 1,6 Erden – die Deutschen sogar 2,5 Erden – pro Jahr verbrauchen.

Angesichts dessen wollen wir jetzt Preissenkungen vornehmen? Wir wissen doch von dem von Experten als Rebound-Effekt bezeichneten Phänomen, dass der Verbrauch steigt, wenn wir die Kosten senken. Was wir brauchen, ist, dass die Energiezertifikate endlich wieder zur Wirksamkeit gebracht werden. Wir müssen anfangen, eine verlässliche Politik zu machen, damit die Industrie weiß, worauf es hinausläuft; wir dürfen nicht so herumeiern, wie wir es im Moment erleben.

Meine Damen und Herren, ich fasse mich kurz: Diese Koalition ist leider im Begriff, die Energiewende an die Wand zu fahren. Ich vertraue darauf, dass bei den Bürgern nach wie vor eine hohe Zustimmung zur Energiewende besteht. Gott sei Dank sind Sie nur noch kurz in der Regierung. Danach werden wir das Thema richtig anpacken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Georg Nüßlein, CDU/CSU:

Die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben



Georg Nüßlein (*1969)
Wahlkreis Neu-Ulm

Wir diskutieren hier das wirtschaftspolitische Thema schlechthin, nämlich die Energiewende. Selbstverständlich hat Wirtschaftspolitik immer auch eine soziale Dimension. Aber ich kann Ihnen sagen: Es geht hier überhaupt nicht um Verteilungsfragen. Zunächst einmal geht es um die Frage, wie wir die Energiewende

schaffen, ohne unsere Industrie und unser Gewerbe zu beschädigen. Diese sind in einer schwierigen Situation, weil die Energiepreise steigen. Wenn man über soziale Themen diskutiert, muss man daher über diese Frage diskutieren. Sozial ist, was Arbeit schafft – das ist das Entscheidende, nicht die Frage, ob man Sozialtarife einführt und was man für den unteren Einkommensbereich machen kann.

Ich sage das ganz explizit, weil bei uns mittlerweile die Mittelschicht – damit meine ich nicht nur den gewerblichen Mittelstand, sondern auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – in allen Bereichen in eine Zangenbewegung gerät, ganz gleich, ob es um Ihre Steuerpläne geht oder das, was wir im Bereich der Energiewende machen. Man entlastet die ganz oben und die ganz unten, und die in der Mitte zahlen die Zeche. Wenn wir darüber diskutieren, bin ich eng bei Ihnen und diskutiere gerne mit. Ich verteidige aber auch ganz explizit

die Befreiungen im Bereich der Industrie, die wir bei der letzten Novellierung des EEG vorgenommen haben; sie waren wohlüberlegt. Es ging darum, den Mittelstand an dieser Stelle einzubeziehen. Mich ärgert, was insbesondere von den Grünen hierzu an Meldungen gekommen ist. Tritts Behauptung, wir hätten sogar Golfplätze befreit, ist reine Polemik, ist erstunken und erlogen.

Trotzdem hat das ein Journalist vom anderen abgeschrieben, und so wurde es weitergetragen.

Es ging Ihnen doch darum, so zu tun, als ob die EEG-Umlage in Höhe von 5,277 Cent pro Kilowattstunde schlicht und einfach der Tatsache geschuldet war, dass wir zusätzliche Befreiungen eingeführt haben. Das ist aber eben nicht wahr. Die Befreiungen gelten für insgesamt 94 Terawattstunden; die sind privilegiert. Den erheblichen Teil dieser Privilegierung hat im Übrigen Rot-Grün wohlüberlegt beschlossen.

Nur 5,2 Terawattstunden sind hinzugekommen. Jetzt sind es 94 Terawattstunden. Das muss man sich einmal überlegen. Sie versuchen, hier einen komplett anderen Eindruck zu erwecken. Wenn es Ihnen ernst ist mit der Energiewende, wenn Sie das Thema unterstützen wollen, dann bitte ich Sie dringend: Hören Sie auf, die Tatsachen zu verdrehen!

Als Sie diese Befreiungen eingeführt haben, ging es um eine Differenz bei den Kosten von 0,2 Cent. So war das bei Einführung des EEG. Diese Differenz ist permanent größer geworden. Warum? Weil der Bereich der erneuerbaren Energien stark ausgebaut wurde – in der Tat –, aber auch, weil es uns nicht gelungen ist, die Entwicklung auf dem Markt im EEG abzubilden.

Das ist die zentrale Schwäche des EEG, das ich im Übrigen immer verteidige. Die zentrale Schwäche besteht darin, dass die Politik ständig nachsteuern muss.

Bundesminister Altmaier hat einen Reformvorschlag unterbreitet. Er hat Sie doch erst wachgerüttelt. Hat man vorher etwas über Diskussionen in der SPD über die Kosten

gehört, Herr Heil? Sie sind auf einen fahrenden Zug aufgesprungen. Sie haben den Zug gerade noch erwischt.

Sie haben quasi gerufen: Halt! Davon sind ja auch unsere Leute betroffen. Die, die in der Industrie arbeiten, müssen die Zeche zahlen. – Jetzt hängen Sie sich dran und sagen: Wir waren schon immer dabei.

Das gilt im Übrigen für die ganze linke Seite dieses Hauses.

Ich sage Ihnen ganz offen: Wir haben zum Thema Energiewende immer klar gesagt, dass sie nicht zum Nulltarif zu haben ist, dass das eine teure Operation wird.

Mich ärgert heute noch, dass ich mich von Ihnen allen immer wieder als Lobbyist der Atomwirtschaft habe beschimpfen lassen müssen, zum Beispiel, wenn es darum ging, RWE und anderen zu helfen.

Uns ging es um den Wirtschaftsstandort, uns ging es um die Strompreise. Darum ging es uns. Wir haben genau im Blick gehabt, was an der Stelle passiert.

Um zu vermeiden, dass gleich das übliche Spielchen gespielt wird und behauptet wird: „Der stellt die Energiewende infrage“, sage ich: Ich stel-

Selbstverständlich hat Wirtschaftspolitik immer auch eine soziale Dimension.

le die Energiewende überhaupt nicht infrage, in keiner Weise. Da ich den Bereich der erneuerbaren Energien und das EEG immer protegiert habe, kann man mir das nicht unterstellen. Es ist schon ein Skandal sondergleichen, wenn Sie jetzt so tun, als hätten sich die Kosten ganz anders entwickelt, wenn Sie in den letzten drei Jahren die Verantwortung getragen hätten. Das ist scheinheilig bis zum Anschlag.

Ich nenne Ihnen beispielhaft einen Punkt, an dem wir jetzt nachsteuern müssen: die Windkraft. Ich halte es für vernünftig, hier zu einer Spreizung zu kommen. Es gibt Verträge, nach denen Landwirte 50 000 bis 80 000 Euro Pacht für 2 000 bzw. 3 000 Quadratmeter Grund bekommen sollen, damit auf diesem Land ein Windrad gebaut werden kann. Das sind Hyperrenditen – das kann man gar nicht genauer in einen Vertrag schreiben –; das sieht ein Blinder mit Krückstock. An dieser Stelle müssen wir nachsteu-

ern. Wir müssen auf der einen Seite kostengünstig mit Wind Strom produzieren können, auf der anderen Seite aber auch den regionalen Ausgleich im Blick haben. Ich halte eine Spreizung für einen sehr guten und sehr richtigen Weg, Herr Umweltminister. Das kann man auf alle Fälle mittragen.

Vorhin wurde grundsätzlich über das Thema EEG diskutiert. Ich kann nicht erkennen, ob es eine bessere Alternative gegeben hätte. Zum Quotenmodell hat der Kollege Fell Richtiges und Wichtiges gesagt. Ich sehe das ganz genauso.

Das Quotenmodell ist in der Theorie eine gute Geschichte. Da der Markt aber nicht funktioniert, sondern von einem Oligopol gekennzeichnet ist, ist das keine Alternative. Wenn er funktionieren würde, wäre das ein diskutabler Weg.

Weil Sie hier so schreien, sage ich: Ich bin gespannt, wie Ihre Handreichung aussehen wird. Ich bin gespannt, wie Sie das, was Herr Alt-

maier vorgeschlagen hat, mitgestalten werden, wie Sie zeigen werden, dass Sie das Thema wirklich ernst nehmen. Darüber wird mit den Ländern gesprochen werden. Die Öffentlichkeit muss wissen, dass es immer die Länder sind – Stichwort „Mehrheit im Bundesrat“ –, die bremsen.

Die Bayern haben immer die richtigen Vorschläge zur richtigen Zeit gemacht und das Thema sauber mitgestaltet. Im Übrigen sind wir, wenn es um die erneuerbaren Energien geht, schon viel, viel weiter als manches andere Bundesland.

Lassen Sie mich aber noch die wesentlichen Dinge nennen, von denen ich meine, dass sie nach der Wahl ganz entscheidend sein werden.

Dabei geht es auch um das neue Marktdesign, für das wir lastflexible Preise brauchen. Speicherung und Last können am Ende nur über lastflexible Preise gesteuert werden. Da besteht für den Staat,

was seinen Teil angeht, in der Tat die Notwendigkeit, über die Belastung durch den Strompreis – unabhängig vom Stromaufkommen und von der Stromnachfrage – nachzudenken. Deshalb bitte ich, an der Stelle auch die Vorschläge der FDP zur Strompreisbremse im Blick zu haben und darüber nachzudenken, wie man über die Steuerseite, aber auch über die Liquiditätsreserve kurzfristig einen Beitrag dazu leisten kann, dass die Preise nicht weiter steigen. Ich bin auch dafür, Kollege Breil, dass wir uns dabei sehr stark an der Mehrwertsteuer orientieren; denn da sind die Länder mit im Boot. Die Herrschaften können dann wieder einmal deutlich zeigen, wie ernst sie es meinen. Wahrscheinlich wird das Gleiche wie bei der Energieeffizienz passieren.

Wenn es darauf ankommt, werden Sie die Hosentaschen herausziehen und sagen: Da ist nichts drin.

Wir haben lange genug in unseren Ländern schlecht gewirtschaftet; wir können keinen Beitrag zur Energiewende leisten, weil wir nichts mehr haben bzw. weil wir das Geld verpulvert haben. – Das werden wir an der Stelle erleben.

Meine Damen und Herren, wir brauchen einen Leistungsmarkt. Dafür sind umfangreiche Umstellungen notwendig. Ich glaube, dass die rechte Seite des Hauses nicht nur die Kraft, sondern auch den ökonomischen Verstand hat, das sinnvoll und vor allem ideologiefrei zu machen.

Deshalb bin ich überzeugt, dass die Wählerinnen und Wähler wissen, wem sie das Thema in Zeiten, die wirtschaftlich wieder ein bisschen schwieriger werden könnten, an die Hand geben sollten.

In diesem Sinne vielen herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Rolf Hempelmann, SPD:

Die Energiewende kostet eine Billion



Rolf Hempelmann (*1948)
Wahlkreis Essen II

Vor ein paar Tagen hat Herr Minister Altmaier ein für ihn neues Thema entdeckt, und zwar die Kosten der Energiewende. Die SPD-Bundestagsfraktion befasst sich seit längerem mit diesem Thema.

Im Juni 2012 hat sie dazu eine Große Anfrage an die Bundesregierung gestellt. – Wenn die Mitarbeiter Herrn Altmaier die Chance geben würden, zumindest als Zuhörer an dieser Debatte teilzunehmen, wäre das schön. – Sieben Monate hat es gedauert, bis die Bundesregierung geantwortet hat.

Diese sieben Monate haben wir ihr gegönnt; denn wir haben erwartet, dass dann eine wirklich substanzvolle Antwort kommt. Wenn man sich die Antworten der Bundesregierung anschaut, kann man sich allerdings nur wundern.

Auf die Frage, wie sich die Kosten entwickelt hätten, wenn wir nur in konventionelle Kraftwerke investiert hätten – was ja zeitweilig durchaus der Plan der Bundesregierung war –, wurde geantwortet: Es gibt keine Berechnungen. – Man muss doch wissen, wie hoch die Kosten ohne Energiewende wären! Aber die Antwort lautete: Es gibt dazu keine Berechnungen. – Auf die Frage, wie sich der CO₂-Preis entwickelt hätte, wenn man nur auf konventionelle Kraftwerke gesetzt hätte, wurde geantwortet: Es gibt dazu keine Erkenntnisse. – Auf die Frage nach der Entwicklung der Primärenergiepreise und der Importe in den nächsten Jahren wurde geantwortet: Es gibt dazu keine Erkenntnisse. – Auf die Frage nach den externen Kosten gerade beim Heizen mit Öl und Gas lautete die Antwort der Bundesregierung: Dazu wären umfangreiche Studien notwendig. – Ich weiß gar nicht, warum wir der Bundesregierung sieben Monate Zeit gegeben haben. Auf die Frage nach den Auswirkungen der erneuerbaren Energien auf die Börsenpreise antwortete die Bundesregierung: Es gibt dazu keine Berechnungen. – Außerdem heißt es: „Die Bundesregierung verfolgt die Diskussion ...“

Ich könnte Ihnen weitere Beispiele nennen, will Sie damit aber nicht quälen. Es ist für Sie ja nur noch peinlich, wenn man sieht, dass Sie nach sieben Monaten nicht in der Lage sind, zu den Kosten der Energiewende Substanzielles zu sagen. Das ist offenbar deswegen so, weil

Sie an der Kostenfrage nie wirklich interessiert waren.

Im Februar dieses Jahres stellte Minister Altmaier auf einmal öffentlich fest:

Ich weiß jetzt Bescheid; die Energiewende kostet 1 Billion Euro.

Er hat zwar nicht genau erklärt, woher diese Erkenntnis gekommen ist, und er hat auch nicht aufgeschlüsselt, welche Kostenpositionen es im Einzelnen gibt; aber jetzt steht der Betrag von 1 Billion Euro im Raum. Ich meine, so geht es nicht: dass man auf der einen Seite die offizielle Große Anfrage einer Fraktion mit Unkenntnis „beantwortet“ und auf der anderen Seite öffentlich den Betrag von 1 Billion Euro ins Spiel bringt.

Wenn man einen Blick auf die Website der Bundesregierung wagt, kann man interessanterweise auch dort eine Zahl lesen.

Da steht nämlich: Die Energiewende wird bis zum Jahre 2050 550 Milliarden Euro kosten. – Dort ist also von einer halben Billion Euro die Rede. Da ist Altmaier also mal eben halbiert worden.

Gut, das wäre nicht so schlimm; ich meine die halbe Billion Euro. Das ist aber immer noch ein ordentlicher Betrag.

Wenn man sich die Website genauer anschaut – Herr Altmaier, auch Sie werden das in der Zwischenzeit ja einmal getan haben –,

stellt man fest, dass dort auch steht: Das sind ungefähr 15 Milliarden Euro jährlich. – Das ist eine Zahl, die ein bisschen überschaubarer ist; da bekommt man keinen ganz so großen Schrecken. Außerdem steht da: Die Einsparungen bei den Rohstoffkosten betragen schon jetzt – schon jetzt, also bei einem Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien in Höhe von 25 Prozent – 5,8 Milliarden Euro im Jahr.

Das ist eine schöne Sache. Darüber reden Sie aber gar nicht öffentlich, wenn es darum geht, die Kosten bremsen zu wollen; denn das könnte in der Debatte eventuell schädlich für Sie sein.

Die Einsparungen bei den Rohstoffkosten betragen also schon jetzt 5,8 Milliarden Euro pro Jahr. Das muss man einmal hochrechnen.

Stellen Sie sich vor, der Anteil der erneuerbaren Energien würde irgendwann einmal 50 Prozent betragen. Wie viel Geld würden wir dann bei den Rohstoffimporten einsparen? Kann es am Ende vielleicht sogar passieren, dass daraus ein Plusgeschäft wird? Darüber dürfen Sie aber nicht reden; denn dann könnten Sie die Strompreise ja nicht mehr bremsen.

Lieber Herr Minister, ich sage es einmal so: Anscheinend verfügt die Bundesregierung ja doch über ein paar Erkenntnisse. Es wäre ganz nützlich, wenn sie in die Debatte eingebracht würden. Wie ich sehe, unterhalten Sie sich gerade schon angeregt mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer Ihrer Fraktion. Das ist ja vielleicht ein erster positiver Effekt.

Zurück zur Website der Bundesregierung. Wahrscheinlich ist der Mi-

nister Snookerspieler und schaut hin und wieder Fernsehen. Da gibt es nämlich immer die sogenannten FAQ, die Frequently Asked Questions. Die Bundesregierung hat sich wohl gedacht: Das machen wir auch. Schließlich spielt jeder zweite Deutsche Snooker, und wir wollen ja die Mehrheit der Bevölkerung erreichen. Wir stellen uns jetzt einmal selber Fragen. – Unter anderem stellt sich die Bundesregierung die Frage, Herr Nüsslein: Verteuern die erneuerbaren Energien die Energiewende? – Wissen Sie, was die Bundesregierung sich selber als Antwort gibt? Sie sagt: Nein.

Wir wollen den Anstieg der Strompreise wegen der erneuerbaren Energien bremsen; aber die Bundesregierung selber sagt, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien die Strompreise gar nicht verteuert. Was ist das denn? Da steht: Es gibt diesen Effekt an der Börse – nach dem wir übrigens in unserer Großen Anfrage gefragt haben, worauf wir noch keine Antwort bekommen haben. Jetzt weiß Herr Altmaier: Da gibt es diesen Börsenpreiseffekt, und deswegen ist das alles gar nicht so schlimm.

An einer Stelle weisen Sie dann auf einen kleinen Schlenker hin: Die Maßnahmen schlagen auf die Haushaltsstrompreise nicht richtig durch. Das ist richtig. Deswegen sagen wir ja auch: Wir müssen an das System ran. Wir müssen uns sehr genau anschauen, wie der Förderrahmen für die erneuerbaren Energien aussehen muss. Das Gleiche gilt für den Marktrahmen für konventionelle Stromerzeugung.

Genau da gehen Sie nicht ran. Warum? Weil es kompliziert ist. Es genügt nicht, mal eben eine Überschrift zu formulieren, sondern darüber muss man richtig nachdenken,

Fortsetzung von Seite 11: Rolf Hempelmann (SPD)

und man muss auch ein bisschen Expertise einholen. Das haben Sie, bisher jedenfalls, nicht getan.

Die Redner der Koalition haben heute wieder nur Ankündigungen gemacht.

Sie haben nach den Vorschlägen der Opposition zum EEG und zur konventionellen Stromerzeugung

gefragt. Wer, bitte schön, stellt denn die Bundesregierung? Sie haben dreieinhalb Jahre Zeit gehabt, und Sie haben zwei Jahre Zeit gehabt nach Einleitung der Energiewende. Es gibt von Ihnen immer noch keinen konkreten Vorschlag.

Wir möchten diese Fragen mit Ihnen konstruktiv lösen. Davor drü-

cken Sie sich; deswegen machen Sie diese Ablenkungsmanöver und reden lieber über Kurzfristmaßnahmen, denen wir uns, das sei noch einmal gesagt, nicht verschließen.

Die Koalition sperrt sich, weil sie im Grunde genommen nur einen Mediencoup im Auge gehabt hat. Meine Damen und Herren, auf die-

se Art und Weise werden wir die Energiewende nicht hinbekommen.

Wenn sich Herr Altmaier jetzt mit Frau Höhn bespricht und mir seine Rückseite zuwendet, hat das sicherlich auch seine Vorzüge. Von der anderen Seite ist die Teilnahme an der Debatte natürlich leichter.

Mir würde dazu einiges einfallen; aber ich will jetzt nicht allzu bildlich werden. Ich schließe lieber meine Rede und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen)

Horst Meierhofer, FDP:

Der Strompreis geht durch die Decke



Horst Meierhofer (*1972)
Landesliste Bayern

Es geht der SPD hauptsächlich um die Stromsteuer; das war ja einer der zentralen Punkte im SPD-Papier. Diesen Vorschlag machen wir selbst seit langem. Wenn man, wie Sie das vorgeschlagen haben, nur an der Stromsteuer ansetzt – mit 25 Prozent –, hilft das nicht viel. Ansonsten kommt von Ihnen gar nichts an Vorschlägen.

Sie müssen lesen, was Ihre Leute machen; kein Einziger davon sitzt hier. Am Nachmittag sitzen dann alle im Bundesrat und blockieren alles. Ihnen geht es nur darum, Wahlkampf zu machen, anstatt zu einer Lösung zu kommen.

Stephan Weil hat gesagt, er lehne das alles grundweg ab, er wolle Strompreissenkungen, sonst gar nichts.

Kollege Heil, ich erkläre Ihnen einmal, warum wir heute hier stehen: Das ist die logische Folge Ihrer Politik von 1999, eine Stromsteuer einzuführen. Die Stromsteuer, Herr Heil – das wissen Sie alle –, haben Sie in der rot-grünen Koalition eingeführt.

Jetzt wollen Sie Gott sei Dank, dass die Stromsteuer endlich gesenkt wird. Sie fordern von uns, die Stromsteuer zu senken.

Dabei ist die Stromsteuer von Ihnen eingeführt worden. Ich sage Ihnen noch, warum Sie sie eingeführt haben: Die Begründung in dem Gesetz war:

Energie ist ein knappes und endliches Gut. Die Preise für seine Nutzung sind in Deutschland zu niedrig.

Sie bieten zu wenig Anreize, vorhandene Energiesparpotentiale auszuschöpfen, erneuerbare Energie stärker auszubauen und energiesparende und ressourcenschonende Produkte und Produktionsverfahren zu entwickeln.

Das ist das, was Sie in Ihr Gesetz geschrieben haben. Herzlichen Glückwunsch! Sie haben Ihr Ziel erreicht: Der Strompreis geht durch die Decke.

Ich möchte einmal kurz darauf hinweisen, was wir in den letzten Jahren bei einzelnen Industrien, bei einzelnen Branchen an Senkungen bei der EEG-Umlage erreicht haben: Allein im Bereich der Photovoltaik wurde die Umlage um über 50 Prozent reduziert. Hans-Josef Fell als letzter aufrechter Lobbyist der Photovoltaik wird wahrscheinlich am jüngsten Tag noch sagen: Die Photovoltaik wird zu wenig gefördert; dafür muss mehr Geld bereitgestellt werden.

Selbst die Grünen geben mittlerweile aber zu, dass man genügend Geld eingespart hat und das auch weiterhin tun könnte.

Es ärgert mich sehr, dass kein einziger konkreter Vorschlag dafür kommt, wie man das besser machen könnte.

Sie blockieren nur und sagen: Nein, wir waschen unsere Hände in Unschuld. Wir haben überhaupt kein Interesse daran, irgendjemandem irgendetwas wegzunehmen. – Glauben Sie, dass es für uns besonders angenehm war, dass wir nach den Vorschlägen und Konsensen, die wir mit Herrn Altmaier und Herrn Rösler hatten, in den letzten Jahren 50 Prozent weniger für die Photovoltaik gegeben haben? Das hat ihnen wirklich wehgetan.

Trotzdem haben wir so viel ausgebaut wie noch nie. Es wurde noch nie so viel ausgebaut wie in den letzten Jahren; das sage ich in jeder Debatte. Ihr Höhepunkt war ein Ausbau um 800 Megawatt im Jahr. Bei uns waren es immer mindestens 7 200 Megawatt.

Das ist der Unterschied zwischen Ihrem Handeln und Ihrem Gewäsch, das Sie verbreiten, ohne inhaltlich tatsächlich etwas geleistet zu haben, außer die Kosten nach oben zu treiben und uns regelmäßig darauf hinzuweisen, dass wir das Geld des Verbrauchers ausgeben. Das ärgert mich furchtbar, weil das sehr geheuchelt ist. Sie haben hier keinen einzigen sinnvollen Vorschlag und lehnen unsere einfach nur ab.

Ich finde Ihre Große Anfrage mit dem Titel „Die Energiewende – Kosten für Verbraucherinnen, Verbraucher und Unternehmen“ köstlich. Sie halten uns vor – der Herr Heil ist jetzt gegangen –, dass man hier die Kosten dämpfen muss, und fordern die Bundesregierung auf, zur kurzfristigen Dämpfung der Kosten eine Verständigung mit den Ländern und der politischen Opposition herbeizuführen. Das ist natürlich wirklich ganz konkret.

Zur Erarbeitung eines neuen Strommarkts sei zunächst eine belastbare Datenbasis in Bezug auf die Energiekosten herzustellen und eine neue Governance-Struktur aufzubauen. Liebe Freunde, das ist doch wirklich nicht das Problem, das wir jetzt haben. Wir müssen uns damit beschäftigen, wie hoch die Kosten sind und wie wir sie senken können.

Mit Blabla werden Sie die Kosten nicht senken, sondern können Sie nur Papier bedrucken. Mehr erreichen Sie als Rot und Grün damit ganz bestimmt nicht.

Jedes Mal, wenn es hinsichtlich der Kostensenkung konkret wird, kommen Sie mit gegenteiligen Vorschlägen und sagen: Nein, wir wollen keinen neuen Netzausbau. – Das könnten Sie übrigens auch einmal erklären, denn die Netzkosten spielen eine entscheidende Rolle; man kann sich hier nicht nur über den Strompreis unterhalten. Das führt ja übrigens dazu, dass die Differenz zum Börsen-

strompreis noch größer wird, wodurch ein Teil des Effekts wieder aufgefressen wird. Damit erreichen Sie vielleicht, dass wir weniger Geld im Bundeshaushalt haben, aber ansonsten kommt von Ihnen leider nur extrem wenig.

Eine solche Schmalspurantwort darauf zu geben, dass uns die Kosten aus dem Ruder gelaufen sind: Das kann man vielleicht in einer drei- bis fünfminütigen Rede tun.

Wir haben dagegen jetzt wirklich circa 15 ganz konkrete Vorschläge zum Thema Wind, zum Thema Biomasse, zum Thema Biogas, zum Thema Wasserkraft und zur Frage, wie man den Netzausbau weiter betreiben kann, gemacht. Diese Punkte tun allen auch weh; das gebe ich gerne zu.

Dass Sie als Opposition nicht bereit sind, sich an den Kosten und damit auch an den Belastungen, die man den Bürgern und der Industrie zum Teil aufbürdet, zu beteiligen und mit uns dafür einzustehen, ist Ihr gutes Recht als Opposition, aber dann tun Sie bitte nicht so, als hätten Sie auch nur das geringste Interesse daran, die Kosten in den Griff zu kriegen. Das haben Sie nämlich mit Sicherheit nicht.

Ob die Kosten in den Griff zu kriegen sind, mag den Grünen, Frau Höhn, völlig egal sein. Das hat ja der geschätzte Kollege Gabriel gestern in der Zeit ganz schön zusammengefasst. Zu den Grünen und dazu, wie sie mit den Strompreisen umgehen, hat er gesagt:

Die Grünen werden nie verstehen, wie eine Verkäuferin bei Aldi denkt. Mit einem B-3-Gehalt versteht man auch nicht, warum einer Krankenschwester nicht egal ist, wie viel der Strom kostet.

Das ist Ihr Koalitionspartner. Was sagen Sie denn dazu?

Hat der Mann recht? – Der Mann hat an dieser Stelle vollkommen recht. Es ist Ihnen egal. Es mag für Ihre Kernzielgruppe auch schnurzpiepegal sein, ob der Strom im Jahr 200 Euro mehr kostet oder nicht.

Im Gegenteil! Vielleicht hat derjenige sogar das Gefühl, damit noch etwas Gutes zu tun. Geholfen haben Sie den Leuten aber nicht.

Herr Gambke, ich habe vorhin gehört, der Mittelstand hätte jetzt die Möglichkeit, etwas zu produzieren. Natürlich! Deswegen haben wir übrigens genau darauf geachtet, dass der Mittelstand nicht schlechter gestellt wird als die Großindustrie.

Das, was Ihr geschätzter Vorgänger Trittin gemacht hat, war, ausschließlich die Großindustrie von der Umlage zu befreien – alles auf Kosten des kleinen Mannes, des kleinen Handwerkers, des Mittelstandes und vor allem des Verbrauchers. Aber Herr Gabriel hat ja gesagt: Wenn jeder, der sich bei den Grünen aufhält, mit B 3 besoldet ist, dann ist das für Sie natürlich vollkommen egal.

Bei uns betragen die Kosten – das ist auch dem Mittelstand zu entnehmen – 0,1 bis 0,2 Cent pro Kilowattstunde. Herr Trittin hatte 0,8 bis 0,9 Cent pro Kilowattstunde beschlossen. Das ist der Unterschied zwischen dem, was Sie gemacht haben, und dem, was wir machen.

Es ist deswegen immer wieder schön, wenn Sie hier Ihre dünnen Vorschläge machen.

Sie sind aber nicht bereit, in eine wirkliche Diskussion mit dem Ziel einzutreten, Ergebnisse zu erhalten.

Es ist hier doch vollkommen klar, dass wir als FDP und in der Koalition mit der CDU/CSU am Schluss nicht alles durchsetzen werden. Wir haben gesagt, dass wir keine rückwirkenden Eingriffe wollen. Wir haben gesagt, dass wir beim Thema Güllebonus jederzeit gesprächsbereit sind. Sie sind nicht gesprächsbereit.

Es kann doch nicht die Grundlage für eine Debatte sein, dass Sie sich darüber beschwerten, dass wir hier nicht alles alleine entscheiden.

Bitte schön, versuchen Sie endlich einmal, sich für einen Kompromiss zu öffnen. Vielleicht schaffen das Ihre Ländervertreter besser als Sie. Ansonsten wird wieder nichts passieren. Das Ergebnis wäre dann, dass die Menschen 6,5 oder 7 Cent pro Kilowattstunde EEG-Umlage bezahlen. Schuld sind dann leider Sie.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

www.dip.bundestag.de/parfors/parfors.htm

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html